

Landgrenzen – Grenzland

Grenzen aus biblischer, kirchlicher und ökonomischer
Sicht / Leben im Grenzland / EU-Erweiterung als Chance
und Gefährdung / Europa als Thema der Ökumene /
Diesseits und jenseits der Grenzen / Berichte über Land-
gemeinde-Erweiterungen / Fragen über Generationen und
Kulturen hinaus

01 / 2004

KIRCHE im ländlichen Raum



» Inhalt

» Z U M T H E M A

- 4 Grenze als biblisch-theologisches Thema** /
Gottfried Schneider
- 9 Grenzziehungen. Kulturpolitische Irenik** /
Andreas Mühling
- 14 Nachhaltige Landwirtschaft im natürlichen
Grenzland** / Aloys Hüttermann
- 19 Grenzziehungen im Zeitalter der Globalisierung –
Wege zum Wohlstand?** / Michael von Hauff
- 23 Die Stimmen der Kirchen vor der EU-Erweite-
rung** / Antje Heider-Rottwilm
- 30 Herausforderungen und Hilfen für EU-Beitritts-
länder** / Günther Verheugen

» A N G E S I C H T S D E R G R E N Z E N

- 34 Die polnische Landwirtschaft vor dem EU-Beitritt**
/ Kasimir Rabsztyń
- 36 Chronische Niedergeschlagenheit. Stimmung auf
dem rumänischen Land** / Gerhild Cosoroaba
- 38 Landgrenzen im Grenzland zur Schweiz** /
Richard Bruskowski
- 40 Das Grüne Band – vom eisernen Vorhang zur
Lebenslinie** / Melanie Kreutz

» W E R K S T A T T

- 42 „Maikäfer flieg!“ – Aus einer pommerschen
Landgemeinde** / Matthias Bartels
- 46 Aus fünf mach eins! – Kirchspielreform in
Mittelfranken** / Christoph Drescher
- 48 Kirchenasyl auf dem Land** / Beate Straeter
- 51 Zwischen den Generationen** / Joachim Steinecke
- 53 Nebenan – doch Welten trennten uns Frauen** /
Helga Seelbach

» R U B R I K E N

- 3 Editorial**
- 28 / 29 Meditation** / Bild
- 54 Unser Kommentar**
- 55 Meldungen**
- 55 Impressum**

» Autorinnen und Autoren

Matthias Bartels, war bisher Pfarrer in Altenhagen, Pommersche Evangelische Kirche

Richard Bruskowski, Freiburg im Breisgau, ist Chefredakteur der Badischen Bauern Zeitung.

Gerhild Cosoroaba, Germanistin, ist Redakteurin der Ev. Monatsschrift „Kirchliche Blätter“, Cisnadia in Rumänien.

Pfarrer Christoph Drescher betreut die Fachstelle „Kirche im Ländlichen Raum“ an der Evang.-Luth. Volkshochschule Hesselberg / Bayern.

Prof. Dr. Michael von Hauff lehrt Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik an der Universität Kaiserslautern.

Antje Heider-Rottwilm, theologische Leiterin der Europa-Abteilung im Kirchenamt der EKD, gehört dem Präsidium der KEK an.

Prof. Dr. Aloys Hüttermann ist Direktor des Instituts für Forstbotanik der Universität Göttingen und sucht Wurzeln der Ökologie im Alten Testament.

Dipl. Ing. Melanie Kreutz, Landschaftsplanerin, assistiert im Projektbüro Grünes Band in Nürnberg.

PD Dr. Andreas Mühling arbeitet als Pastor u.a. an der Ev. Landvolkshochschule Altenkirchen.

Kasimir Rabsztyń lebt in Krakow und ist aktiv in der Bauern-Solidarnosc.

PD Gottfried Schneider, Pfr. i. R., war zuletzt Lehrer für Theologie in Kláipėda, Litauen, lebt jetzt in Storkow/Brandenburg.

Dipl.-Päd. Helga Seelbach arbeitet als Referentin für Erwachsenenbildung an der Ev. LVHS Altenkirchen

Joachim Steinecke, Langenbrettach/Württ., ist als Ruheständler ein Sprecher der „Hohenloher Aktivgruppe 60 plus minus“.

Beate Straeter, Bonn, Theologin und Politikwissenschaftlerin, führt die Geschäfte der Ökumenischen BAG „Asyl in der Kirche“.

Günter Verheugen, EU-Kommissar für die Erweiterung der EU, verantwortet seit 2003 auch die EU-Politik einer „neuen Nachbarschaft“.

Liebe Leserin, lieber Leser,

kennen Sie die Lösung folgender Aufgabe:

„Gegeben sind 9 Punkte in drei Reihen von je 3 Punkten. Verbinde diese als Quadrat angeordneten Punkte mit 4 geraden Strichen ohne abzusetzen!“ –

Probieren Sie es ruhig einmal.

Es gelingt nur, wenn Sie zweifach über die gedachten Grenzen hinaus denken und zeichnen.

Grenzen sind Herausforderungen – für Politik und Dörfer, für Kirchen und Staaten; sie können Ängste und Hoffnungen auslösen. Ihre Verschiebung setzt neue Kräfte und Gefühle von Ungeborgenheit frei.

Manche können wir erst im Überschreiten erkennen, anerkennen oder verwerfen. Andere bleiben ständige Reibungsflächen.

Die „Grenze“ selbst hat Grenzerfahrungen im Überschreiten gemacht: Das westslawische Wort übersprang im Hochmittelalter die gegenwärtige, noch wenige Wochen bestehende EU-Ostgrenze und hat das heimische Wort „Mark“ ersetzt.

Wenn Landgemeindegrenzen wachsen, die EU sich erweitert und der Weltmarkt dominanter wird, entstehen neue Außen-Innen-Verhältnisse. Das kann bedrohen und neuen Schwung verleihen – in Nachbarschaften, Landgemeinden und Regionen ebenso wie im Miteinander der Kirchen und Kulturen.

Unser Titelbild „Blickfang“ einer ersten Grundschulklasse markiert eine Grenze zwischen hell und dunkel. Beidseitig das gleiche Material und Muster: Fichtenzapfen. Die Grenze verdankt sich der jeweiligen Perspektive. Wer von gegenüber schaut, ordnet hell und dunkel entgegengesetzt.

Ob unser Themenheft Sie dazu anregt, die Überschreitbarkeit unterschiedlicher Grenzen abzuwägen und Gleichartiges im Verschiedenen zu entdecken?

Das hofft mit dem Redaktionskreis

Ihr
Werner-Christian Jung

GOTTFRIED SCHNEIDER

Die Grenze als biblisch-theologisches Thema

01 / 2004

4

KIRCHE im ländlichen Raum

Nicht die Theologie, die Philosophie hat die Grenze zum Gegenstand des Nachdenkens gemacht. Aber auch die Philosophie, obwohl sie schon früh auf unauflösbare „Schwierigkeiten“ oder „Verlegenheiten“ (Aporien) gestoßen ist, hat ausdrücklich erst im 20. Jahrhundert in der Philosophie von Karl Jaspers das Thema „Grenzen“ behandelt.

Jaspers hat durch sein Philosophieren eine breite Diskussion eröffnet. In der „Einführung in die Philosophie“ (1950) schreibt er: „Wir sind immer in Situation. Ich kann an ihrer Veränderung arbeiten. Aber es gibt Grenzsituationen, die immer bleiben, was sie sind: ich muß sterben, ich muß leiden, ich muß kämpfen, ich bin dem Zufall unterworfen, ich verstricke mich unausweichlich in Schuld. Die Grenzsituationen sind neben dem Staunen und dem Zweifel der Ursprung der Philosophie. Wir reagieren auf Grenzsituationen durch Verschleierung oder durch Verzweiflung begleitet von

einer Wiederherstellung unseres Selbstseins (Seinsbewußtseins).“

GRENZE ALS PRÜFSTEIN

Angesichts solcher Sätze, die nicht nur philosophisch, sondern in hohem Grade auch theologisch bedeutsam sind, ist es nicht verwunderlich, dass die Theologen die Vorgaben zum Thema „Grenze“ aufgegriffen haben. Sie sind in die lebhafteste philosophische Diskussion eingestiegen und haben, begreiflicherweise für die „Reaktion auf Grenzsituationen“, andere Antworten vorgeschlagen. So wurde für Helmut Thielicke in seiner theologischen „Ethik“ die bald so, bald anders auftretende Grenzerfahrung des Menschen „der Ort der Bewährung des Glaubens“. Es ist leicht, in ruhigen, fest gefügten Zeiten unangefochten seines Glaubens zu leben. Ein festes System der Glaubenslehre macht sich gut über einem tugendhaften Dasein. Aber was ist, wenn Christen aufgeschreckt werden wie

im „Dritten Reich“? Wenn gelogen werden muss, um Freunde zu retten? Wenn Befehle um des Glaubens willen verweigert werden müssen, obwohl doch jeder der Obrigkeit untertan sein soll? Ja, wenn es christlich geboten ist, das Schwert zu nehmen, um noch größeres Unheil abzuwenden? Hautnah wurde die Richtigkeit der Erkenntnis erfahren: Der Ort der Bewährung des Glaubens ist die Grenze. Was in der Ethik einleuchtend ist, wurde von Paul Tillich in seiner „Systematischen Theologie“ zum theologischen Denkprinzip erhoben: „Die Grenze ist der Ort der Erkenntnis.“ Das muss ja soviel heißen wie: Für den theologischen Denker wird die Grenze zum Prüfstein für alles, was er auszusagen hat. Hier ist nicht der Ort, Fragen auch an diese Position zu stellen. Es ist hinlänglich deutlich, dass und wie die Theologie sich an der philosophischen Erörterung der Grenze und deren unterschiedlichen Spielarten beteiligt hat.

Merkwürdig ist, die biblische Überlieferung steht wohl hinter all den großen theologischen Aussagen zu den Grenzen des Menschen, zu seinen Grenzsituationen und seinen Grenzerfahrungen: Sie sieht ja den Menschen als Geschöpf Gottes und äußert sich geradezu selbstverständlich zum Leben, Leiden und Sterben des Menschen. Sie spricht dramatisch von der Schuld und vom Geschick des Menschen. Sie erzählt von wirklichen Menschen in diesen Zusammenhängen und erörtert die „Grenzsituationen des Menschen“ nicht abgehoben. Deswegen enthält sie auch vieles „Allzumenschliche“. Aber diese Überlieferung ist bei den großen Denkanstrengungen nicht unter dem Stichwort „Grenze und Grenzen“ nachbuchstabiert und untersucht worden. Dem Verfasser ist kein größeres Nachschlagewerk zur Exegese der biblischen Überlieferung bekannt, das einen Beitrag zum Thema „Grenze“ enthielte. Weder die Theologien des Alten noch die des Neuen Testaments bieten irgendwelche Ausführungen

zu „Grenze und Grenzen“. Ist die Grenze überhaupt kein biblisch-theologisches Thema?

LAND ALS SEGEN, ...

Ein Blick in die hebräische Konkordanz zum Alten Testament bietet eine Fülle an Stellen, wo das im Hebräischen geläufigste Wort für ‚Grenze‘ und ‚Gebiet‘ steht. Auch die Verwandten des Begriffs Grenze, wie Frist und Reichweite, finden sich durchaus. Aber die Durchsicht dieser zahlreichen Stellen zeigt sofort, „Grenze“ bezieht sich in der Bibel auf ganz konkrete Tatbestände, auf das Land, in dem Israel wohnt oder zu wohnen beabsichtigt, auf die sogenannte „Landnahme“, genauer gesagt, „Grenze“ bezieht sich auf die Vorstellung, die das spätere Israel beim Erzählen seiner Glaubensgeschichte von dieser Landnahme in nun schon lange zurückliegender Zeit hat. In diesem Zusammenhang gewinnt die „Grenze“, und zwar die jeweils ganz konkrete, ein solches theologisches Gewicht wie das „verheißene Land“, das Land, das Gott den Vätern Israels zu geben geschworen hat. Nach dem großen Geschichtswerk des Alten Testaments, das vom 5. Mosebuch bis zum Ende des 2. Königebuchs reicht und eine relativ späte Bearbeitung sehr alter Quellenstücke darstellt, ist der Landbesitz Israels in seinen Grenzen ein besonderer Segen Gottes, in dem sich die Bundestreue Gottes zu seinem Volk äußert. Aber dieser Segen ist nun umgekehrt auch an die Bundestreue seitens Israels gebunden. Dieser Segen kann also durch Israels Verhalten gefährdet sein oder gar verspielt werden. Das später im Land ansässige Israel hat den Grenzen seiner Wohnsitze eine durchaus religiöse Weihe gegeben. Die Grenzen sind nicht durch einen historischen Prozess entstanden, sondern feierlich durch das Los bestimmt worden. Die Glaubenshelden der Vorzeit wie Mose und Josua haben, so die Überlieferung, den späteren Mitgliedern des Zwölfstämmebundes ihre Landsitze zugewiesen und bestimmt, „wieweit sie woh-

nen sollten.“ In den ältesten Überlieferungen, die sich im Richterbuch finden, werden die Grenzen des Wohngebietes gegen Eindringlinge durch ein besonderes Aufgebot Israels zum „Heiligen Krieg“ verteidigt. Diese uns befremdliche Institution hat sehr wahrscheinlich auch eine Rolle bei der „wirklichen“ Landnahme der Nomadenvölker im Kulturland gespielt. Man muss die „wirkliche“ Landnahme von dem Bild, das die Glaubensgeschichte entwirft, unterscheiden.

Es sind eben Menschen einer späteren Zeit, für die der Zwölfstämmeverband längst eine geschichtliche und religiöse Größe ist, von deren Zustandekommen man sich ein Bild macht, aber im Grunde Genaueres nicht mehr weiß.

... ALS ERFÜLLUNG ...

Unter diesem Blickwinkel ist in 4. Mose 32 zu lesen, wo davon berichtet wird, dass die Stämme Ruben und Gad das Ostjordanland für sich beanspruchen, weil sie viel Vieh besitzen und das Gebiet ein gutes Weideland ist, und welche Rolle Mose dabei spielt. Mose stimmt den Wünschen von Ruben und Gad, zu denen sich ein Teil des Stammes Manasse gesellt, nur zu, wenn sie dem Heerbann Israels ein entsprechendes Kontingent stellen, bis auch die restlichen zehneinhalb Stämme „ihre“ Wohnsitze eingenommen haben. Die Städte- und Ortsnamen markieren die Grenzen des beanspruchten Gebiets. Dasselbe gilt für den großen Überlieferungsabschnitt in Josua 13-21, wo von der „Einnahme“ des Landes Kanaan berichtet wird, sicher darin historisch getreu, dass es sich eher um ein Einsickern als ein Einnehmen handelt. In den starken Städten bleiben die kanaanäischen Stämme die Herren. Trotzdem werden sie kühn in das nach Norden, Süden und Westen große Siedlungsgebiet Israels einbezogen. Entscheidend für die Bewertung aber ist der Schluss des 21. Kapitels, der den Grundgedanken formuliert: Die Verheißung hat sich erfüllt. Israels Landbesitz und dessen Gren-

» Das Hebräische kennt keinen vergeistigten, im Bereich des Philosophischen angesiedelten Begriff „Grenze“. Ein solcher Begriff wäre im hebräischen Denken eine Abstraktion.

zen sind Erfüllung der Verheißung. Diese theologische Bedeutung von Land und Grenzen hat Israel in seiner Glaubensgeschichte sehr ernstgenommen. Ein Echo davon ist auch der Umgang des heutigen Staates Israel mit dem in sich kostbaren Land und der Funktion seiner Grenzen.

... UND ALS UNVERRÜCKBARES ERBE

In der alttestamentlichen Überlieferung spielt neben dem Verheißungscharakter des Landes noch der Gedanke an das Land als „unveräußerliches Erbe“ eine große Rolle. Das Land als Ganzes in seinen Grenzen ist das von Gott zugewiesene Erbteil. Ja, jeder einzelne Israelit, der Land besaß, betrachtete dieses als sein gottgege-

benes Erbteil. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet die Geschichte von dem König Ahab (1. Kön 21), wie er den Weinberg Naboths an sich bringt. Gott duldet diesen Frevel am Erbe Naboths nicht. Deswegen lässt er durch seinen Propheten Elia Ahab den sicheren Untergang voraussagen. Schon im Gesetz Israels wird das Verrücken von Grenzsteinen als ein besonderer Frevel unter Strafe gestellt. Die prophetische Predigt stellt diesen Frevel als einen Beweis für die Verderbtheit Israels, für dessen Abfall von seinem Gott, heraus (Hos 5,10). Es gibt keine Gegebenheit im Leben des Israeliten, die von dem Bund Gottes ausgenommen wäre. Das Land des Einzelnen, ja das Land als Ganzes mit seinen Grenzen ist unter dem Blickwinkel des Bundes zu betrachten und hat an dessen theologischer Bedeutung teil. Die Grenze schützt Israels Erbe, das die Erfüllung von Gottes Landverheißung ist. Wir beobachten also in der alttestamentlichen Überlieferung einen sehr konkreten Grenzbegriff, eingebettet in ein großes, das Leben der Israeliten umfassendes System.

Die konkreten Grenzen haben die Funktion, das Erbteil zu sichern. Unterhalb dieser Funktion sind alle möglichen Vorkommnisse an der Grenze hinüber und herüber zweitrangig.

Es wird jetzt klar, warum das Nachdenken über die Grenze in der theologischen Ethik und in der systematischen Theologie nicht an den eben skizzierten Befund in der biblischen Überlieferung anknüpfen konnte: Das Hebräische kennt keinen vergeistigten, im Bereich des Philosophischen angesiedelten Begriff „Grenze“. Ein solcher Begriff wäre im hebräischen Denken eine Abstraktion. Die biblische Überlieferung denkt aber nicht in Abstraktionen. Sie erzählt nicht von Begriffen, sondern sie teilt höchst bedeutsame Tatbestände mit, die tiefe Wahrheiten über den Menschen enthüllen und damit zu Predigten für den Menschen werden.

BEGRENZTES, UMGRENZTES GESCHÖPF

So ist die Geschichte vom „Sündenfall des Menschen“ in 1. Mose 3 für jeden Leser einsichtig eine Erzählung von einer dem Geschöpf Gottes gesetzten Grenze, gezogen in dem Gebot Gottes, und von der Überschreitung dieser Grenze mit allen Folgen dieses Schrittes. War vor der Grenzüberschreitung das Verhältnis zwischen Schöpfer und Geschöpf ungetrübt, ohne Bruch und Schaden, so ist nun danach die erste, ganz klare Erkenntnis die unüberschreitbare Grenze zwischen Schöpfer und Geschöpf. Das Geschöpf steht hilflos und „nackt“ vor seinem Schöpfer. Es kann den getanen Schritt nicht mehr rückgängig machen, wenn es das auch wollte. Die Vertreibung aus dem Paradies unterstreicht noch einmal die nun bestehende ganz klare Grenzziehung. Der Mensch ist kein Halbgott wie in den Mythen, er wird nie vergottet werden und ein ewiges Dasein unter den Sternen haben, auch wenn er immer sein will wie Gott. Hier ist eine für das Menschenbild und für alles, was nach biblischer Überlieferung zum Menschen zu sagen ist, ganz klare Grenze gezogen. Der Mensch wird im Schweiß seines Angesichts sein Brot essen müssen, Schmerzen und Leid bei der Geburt und im Leben danach werden ihm nicht erspart bleiben, er wird die Grenzen seines Lebens anerkennen müssen, er wird seine letzte Grenze im Tod erfahren. Hier äußert sich kein negatives Menschenbild. Hier ist ein sehr tiefes Wissen von der Grenze des Menschen festgehalten, der ganz auf Erbarmen angewiesene Stand des Menschen vor Gott. Auch ohne einen philosophischen Grenzbegriff kennt die biblische Überlieferung den damit gemeinten Sachverhalt, ja sie siedelt ihn grundlegend im Gottesverhältnis an und lässt ihn nicht erst beim Durchschreiten aller menschlichen Möglichkeiten entdeckt werden!

Auch wenn der Begriff Grenze nicht vorkommt, werden doch im mosaischen Bund Gottes mit seinem Volk in der Bun-

dessatzung der Zehn Gebote klare Grenzen gesetzt; bei deren Überschreitung der Mensch vermeintlich Leben dazugewinnt, in Wahrheit aber sein Leben verspielt. Der Mensch steht also immer an einer Linie, wo er zu entscheiden hat – bis hierher und nicht weiter.

Oder doch weiter?

Das Dasein des Menschen ist ein ungrenztes Feld. Sicher zum Schutz des Menschen. Jenseits seiner Grenzen könnte er einem Wahn verfallen und sein Menschsein verlieren. Er könnte für diesen Verlust nichts Adäquates gewinnen. Die Grenze ist, biblisch-theologisch gesehen, für den Menschen mit seinem Dasein gegeben und insofern immer präsent, zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort. Sie mag in manchem Fall als Verhängnis empfunden werden, im anderen Fall ist sie der Garant eines wirklich menschlichen Daseins.

GRENZE ALS VERHÄNGNIS: AUFGEHOBEN

Das Schrifttum des Neuen Testaments kommt aus einer im Namen Gottes alle Grenzen überwindenden Missionsbewegung. Jesu Verkündigung vom „Reich Gottes“ lässt an keiner Stelle mehr die Beschränkung auf die geographischen und theologisch interpretierten Grenzen Israels erkennen. Wo er selbst von seiner Sendung nur an Israel spricht, geschieht das in gerade die Grenzen Israels überschreitenden, der Mission unter den Heidenvölkern dienenden Überlieferungsstücken. Der geradezu beispielhafte Vertreter dieser Missionsbewegung, Paulus, wird schließlich sagen: „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Knecht noch Freier, hier ist nicht Mann noch Weib.“ (Gal 3, 28). Allen diesen vorhandenen Grenzen zwischen Mensch und Mensch wird ihre Aufhebung in Christus gegenübergestellt. Der gekommene Messias Jesus erfüllt das tiefste Sehnen in der Glaubensgeschichte Israels. Er selbst durch sein Erscheinen stellt den Menschen in eine neue, gänzlich veränderte

Lage angesichts aller Grenzen. Die christliche Glaubensbewegung hat von der ihr von Anfang an eingestifteten Kraft zur Überwindung von Grenzen nichts verloren.

Es nimmt deswegen nicht wunder, dass im Neuen Testament das im Griechischen geläufige Wort für geographische Grenzen kein einziges Mal vorkommt. Aber ebenso wenig begegnet das von der griechischen Philosophie geschaffene Wort für einen vergeistigten Grenzbegriff. Nur das Tätigkeitswort, das in unserem alle Grenzen umgreifenden Fremdwort aus dem griechischen „Horizont“ lebendig ist, findet sich an einigen Stellen, die von hoher theologischer Bedeutung sind: Gott hat bestimmt, gefügt und gesetzt, dass jetzt der eine Weltheiland und Erlöser verkündigt werden soll als der Anspruch Gottes an seine Menschen, ja in Mark 16,15 gar an alle Kreatur. Auch die Kreatur soll von der Glaubensgeschichte im Namen des Christus einen Gewinn haben. Hier ist auch die Grenze zwischen dem Menschen und anderen Geschöpfen umgriffen. Um der wirklichen Verankerung dieser neuen Gottesbotschaft in der Realität willen hat die Theologie die Frage diskutiert (zunächst bezogen auf das Abendmahl), ob das „Begrenzte“ (finitum) das „Unbegrenzte“ (infinitem) in sich „fassen könne“ (capax) oder „nicht“ (non), und staunend darauf mit Ja geantwortet. Mit Recht. Denn in Christus ist biblisch-theologisch die Überwindung der Grenze als Verhängnis des Menschen vorgegeben. Deswegen befindet sich der Mensch in seinen Grenzsituationen und den Erfahrungen an der Grenze gegenüber in einer völlig neuen Lage. ‹‹

Grenzziehungen.

Kulturpolitische Irenik und die Frage nach dem Heil

Kulturpolitik, also die Entscheidungen und Handlungen im Bereich von Erziehung und Bildung, Kunst und Religion, Wissenschaft und Forschung, steht auf der politischen Agenda zur Zeit weit oben. Staatliche Institutionen, Kirchen, religiöse Gemeinschaften, Verbände, Gewerkschaften wie private Interessengemeinschaften suchen ihre Beziehungen untereinander abzustimmen und ringen um die immer knapper werdenden finanziellen Mittel. Mit der gesellschaftlichen Unsicherheit steigen die gesellschaftlichen Ansprüche an die Kulturpolitik. Die Bandbreite reicht von Themen, wie der kulturellen Identität ländlicher Bevölkerung, der Integration von Aussiedlern in dörfliche Strukturen, über das Problem einer möglichen Gleichstellung von christlichen mit nichtchristlichen Religionsgemeinschaften bis hin zum Leit- oder Schreckensbild einer multikulturellen Gesellschaft. Auch nach der Zukunft von Bildungsmöglichkeiten in sich entleerenden Landstrichen wird grundsätzlich gefragt.

UNAUFGEBBARES KOMMUNIZIEREN

An diesem kulturpolitischen Diskurs sind Kirchen und Theologie in nur eingeschränktem Maße beteiligt. Zwar wird ihnen in ethischen und sozialen Fragen noch immer Beachtung entgegengebracht, doch ihre kulturpolitische Bedeutung scheint, trotz zahlreicher kirchlicher Bemühungen in den letzten Jahren, deutlich zurückgegangen zu sein. Wie lässt sich dieser Befund erklären? Weshalb haben Kirchen ihre kulturell gestaltende Kraft, die sie früher im ländlichen Kontext einmal besaßen, weitgehend verloren? Erklärungsmuster wie „Säkularisierung“ oder „religiöse Beliebigkeit“ greifen allerdings zu kurz. Das Problem liegt tiefer – im kirchlichen Selbstverständnis.

In den vergangenen Jahrzehnten hat ein grundlegender Paradigmenwechsel innerhalb des kirchlichen Selbstverständnisses stattgefunden. Die bis dahin allen Konfessionskirchen gemeinsame Überzeugung, eine „Heilsinstitution“ zu sein, wurde zumindest im Protestantismus, teilweise auch innerhalb der römisch-katholischen Kirche, aufgegeben. Der über Jahrhunderte hinweg vertretene Anspruch, öffentlich allgemein verbindliche Grenzen zu markieren, deren Beachtung für die Gläubigen heilsnotwendig sei, wurde zurückgenommen. Dieser Wechsel hat Konsequenzen für das gegenwärtige Zeugnis der Kirchen und ihre öffentliche Wahrnehmung: Wie sprechen Kirchen heute von ihrem Glauben, wie von der Gnade Gottes? Wie machen sie Erlösung

und gelebte Spiritualität erfahrbar? Und schließlich: Wie markieren sie innerhalb des gesellschaftlichen Dialoges die Grenzen jener Glaubensüberzeugungen, die ihrer Überzeugung nach nicht aufgegeben werden dürfen?

Die Antworten auf diese Fragen bestimmen maßgeblich das kirchliche Gesicht und Gewicht gerade in kulturpolitischen Diskussionen.

ZWILLINGSSCHWESTERN POLEMIK UND IRENIK

Vor diesem Hintergrund formuliere ich zwei Thesen:

1. Kirchen und Theologie leben überall in Traditionslinien. Die Gewichtung der Tradition ist zwar unterschiedlich, kann gar theologisch bedeutungslos erscheinen, aber Geschichte ist in markierbaren Grenzen stets präsent. Das bestimmt nicht nur den theologischen Zugang zur Kulturpolitik, sondern auch ihre gegenwärtigen Diskussionen wie ihre Chancen.

Zur Tradition von Theologie und Kirchen gehört die Begegnung. Begegnung der religiös wie kulturell Getrennten war durchgängig Polemik. Begegnung als Polemik war aggressiv und wollte Irrtümer beim je anderen aufdecken. Irrtümer waren Krankheiten, die gebessert werden sollten. Im Streit durchgesetzt, führte diese Überzeugung zu schweren gesellschaftlichen Konflikten, zu Glaubenskriegen. Der Erfolg bestimmte Sieger und Besiegte. Polemik war Streit-, sogar Kriegswissenschaft, ausformuliert als Dogmatik oder Kirchenrecht, abgesichert durch Kirchenzucht und kirchliche Lebensformen. Sie prägte die Kulturpolitik und leitete so über in Bereiche der Lebensgestaltung, des liturgischen Handelns, des wissenschaftlichen Ethos und der künstlerischen Fassung des Glaubens. Kulturpolitische Polemik nimmt diese Tradition auf und betont das Besondere, das je Eigene seiner Überzeugung. Sie neigt dazu, andere zu verurteilen.

» Die Grenzen der göttlichen Erlösung wurden dabei nicht mehr nur theologisch festgehalten, sondern auch juristisch umgesetzt. Theologische Heilsgrenzen gemäß der jeweils territorial gültigen Bekenntnisgrundlagen endeten damit in der Regel an der betreffenden Landesgrenze. «

2. Trotz des Säkularisierungsprozesses gab und gibt es immer Kontakte und Begegnungen zwischen Theologie, Kirchen und gesellschaftlich relevanten Gruppen.

Zur Geschichte der kulturpolitischen Beziehungen der Kirchen gehörte auch Versöhnungshandeln. Begegnung als Irenik war und ist eine Zwillingschwester der Polemik. Statt polemischer Auseinandersetzung war die theologische Zielsetzung nun die engagierte Versöhnung getrennter Chris-

ten und ihrer Kirchenwesen auf dem Boden fundamentaler, d.h. jeden Christen bindender Heilsgüter und Glaubenslehren. Statt strittiger Auseinandersetzung stand die gemeinsame Suche nach einem Konsens im Vordergrund.

HEILLOSE ZERRISSENHEIT

Die Begegnung, also der gesellschaftliche Dialog, in den die Konfessionskirchen seit dem 16. Jahrhundert eintraten, bewegte sich stets zwischen diesen beiden Polen von Polemik und Versöhnungshandeln: Als gestaltende, oftmals miteinander konkurrierende Kräfte eröffneten sie den Menschen Lebensräume und markierten zugleich Grenzen, deren Überschreiten mit dem Verlust des „Seelenheils“ massiv sanktioniert wurden.

Insbesondere seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert zeigten sich die Konsequenzen der konfessionellen Grenzziehungen, die Mitteleuropa erfasst hatten, mit ganzer Wucht. Wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens, wie Ehe und Familie, Schule und Bildung, Armen- und Krankenfürsorge, Aufgabenbereiche also, die bisher, mit wenigen städtischen Ausnahmen, allein in der Kompetenz der Kirche gelegen hatten, wurden dem Einfluss weltlicher, jedoch stark konfessionell geprägter Kräfte geöffnet.

Die Gnade Gottes schien somit – bis ins 18. Jahrhundert hinein – eindeutig zugeordnet zu sein. Mit gegenseitigen Verdammungen waren die Menschen rasch zur Hand. Göttliches „Heil“ wurde stets nur der eigenen Position und ihren Anhängern zuteil. Die Grenzen der göttlichen Erlösung wurden dabei nicht mehr nur theologisch festgehalten, sondern auch juristisch umgesetzt. Theologische Heilsgrenzen gemäß der jeweils territorial gültigen Bekenntnisgrundlagen endeten damit in der Regel an der betreffenden Landesgrenze.

So wurde auch die Kulturpolitik „konfessionell“ ausgestaltet – die weiterhin kirchlich, nun aber insbesondere auch staat-

lich geförderte Musik, die Dichtung, die Malerei, die Architektur, die Bildungs- und Sozialpolitik erhielten ihre konfessionelle Prägung. Doch hier zeigten sich rasch die Schattenseiten dieses Modernisierungsprozesses: Zum ersten Mal standen sich konfessionell geprägte Kultureinheiten frontal gegenüber, die die territorial verfassten mitteleuropäischen Gesellschaften tiefer und nachhaltiger spalten sollten, als die Politik es je konnte. Religiös motivierte gesellschaftliche, politische und kulturelle „Grenzen“ wurden sichtbar. Die reiche, gerade zu neuen, fruchtbaren Austauschprozessen zwischen Nord und Süd, zwischen Humanismus und Volksfrömmigkeit ansetzende mitteleuropäische Kulturszene des frühen 16. Jahrhunderts wurde zerrissen, die auseinanderdriftenden konfessionellen Machtblöcke belauerten sich, militärisch hochgerüstet, höchst misstrauisch. Das 16. Jahrhundert endete in einer gesellschaftlichen Krise – einer Krise, die den Territorialstaaten eine kulturpolitische „Abgrenzung“ nach außen wie eine kulturpolitische „Uniformität“ nach innen bescherte.

UNBEHAGLICHE GRENZZIEHUNGEN

Um so bemerkenswerter sind die Bemühungen einiger Theologen und Politiker, die sich am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges im Interesse einer friedlichen Weiterentwicklung von Kirchen, Politik, Staat und Gesellschaft um die rasche Beilegung der Krise bemühten. Die Geschichtswissenschaft verlieh ihren Bemühungen das Attribut „irenisch“. Gemeinsam ist allen Irenikern die Hoffnung, dass sich ein gemeinsames Fundament, die sog. „Fundamentalartikel“, finden lasse, auf dem ein theologisches wie politisches Miteinander möglich sei. Die vor dem Dreißigjährigen Krieg zu beobachtenden irenischen Bemühungen, im wesentlichen in der Kurpfalz, unterstützten meist die offizielle politische Linie der Kurpfalz. Diese Irenik war somit politisch motiviert und Ausdrucksform des politischen Selbsterhaltungstriebes der Reformierten

und fühlte sich allein der innerprotestantischen Auseinandersetzung verpflichtet. Sie erstrebte außenpolitische Stabilität innerhalb des protestantischen Lagers und stand innenpolitisch im Dienst einer konfessionellen Ausgestaltung des betreffenden Territoriums. Die Fragen nach den Grenzen des Heils wurden somit politisch beantwortet.

Auf diese Weise politisch korrumpiert, war die Irenik letztlich zum Scheitern verurteilt. Die meist unüberbrückbaren Grenzen zwischen den Konfessionskirchen und ihren kulturellen Lebensäußerungen sollten bis ins 20. Jahrhundert hinein gerade im ländlichen Raum deutlich spürbar bleiben. Katholische wie evangelische Milieubildungen trugen zur Abgrenzung ebenso bei wie kirchliche Bekräftigungen, dass nur die eigene theologische Position den Gläubigen das Heil garantieren könne. Kirchen verstanden sich, hierin von diversen Bekenntnisaussagen gestützt, als „Heilsinstitution“, die ausschließlich ihren eigenen Anhängern ein möglichst intaktes Gottesverhältnis zusichern können. Diese konfessionell geprägten sozialen Lebensformen, verbunden mit kulturellen Abgrenzungen, bestimmten bis ins 20. Jahrhundert hinein das ländliche Leben. Soziale, kulturelle wie kirchliche Grenzüberschreitungen wurden gesellschaftlich sanktioniert.

GEGEN HEILSGEFÄHRDUNG UND BELIEBIGKEIT

Die vergangenen Jahrzehnte brachten grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen mit sich. Kirchen werden weitgehend nicht mehr als „Heilsinstitutionen“ wahrgenommen, die in die politische, soziale und kulturelle Lebensgestaltung der Menschen eingreifen können. Und es macht den Eindruck, als sei eine Grenzziehung in dieser Frage kirchlicherseits auch recht unbequem geworden. „Heil“, also ein ganzheitliches intaktes Gottesverhältnis, mag als Zielvorgabe den Menschen vermittelbar sein. Die möglichen Gefährdungen dieses Verhältnisses zwischen Gott und den Menschen zu

artikulieren, auch die menschlichen Anfechtungen, Gleichgültigkeiten und Verwirrungen anzusprechen, Protest dagegen zu erheben und die damit notwendigerweise einhergehenden Grenzziehungen vorzunehmen, scheinen allerdings für manchen kirchlichen Repräsentanten höchst unpopulär zu sein. Der Eigengesetzlichkeit der Märkte, den politisch gestaltenden Kräften und den kulturell schaffenden Bewegungen gegenüber verstummen sie vielfach. Als eine Konsequenz des konfessionellen Erbes lässt sich das kirchliche Unbehagen an deutlichen Grenzziehungen, also an Differenzierungen von heilvollen, bzw. unheilvollen Entwicklungen festhalten, das wiederum einen Verlust öffentlicher Wahrnehmung kirchlicher Positionen innerhalb der Gesellschaft impliziert.

Wie sollen die Kirchen auf diese Situation reagieren? Ein Zurück in den Konfessionalismus kann es nicht mehr geben.

Indem die Kirchen nun ihre eigenen Traditionslinien wahrnehmen und neu beleben, können sie in der Kulturpolitik Grenzziehungen vornehmen, ohne dabei zugleich fundamentalistischen Denkmustern zu verfallen. Diese Wiederbelebung nicht in ängstlicher Polemik, sondern aus einer selbstbewussten Versöhnungsabsicht heraus zu gestalten, impliziert durchaus auch Grenzziehungen. Denn menschenverachtende Tendenzen liegen nicht in Gottes Absicht und gefährden das Heil.

So könnte ein Blick auf die christliche Irenik in dieser Frage weiterhelfen: Wenn es ihr gelang, politische Unabhängigkeit zu wahren, dann widersprach sie jeglichem verabsolutierenden Machtanspruch und postulierte einen gemeinsamen, gleichberechtigten Dialog von Kirchen, Bildungsinstitutionen, Politik und Verwaltung. Zugleich widersetzte sie sich nicht nur einem konfessionalistisch geprägten Konzept, sondern auch jeglicher inhaltlicher Beliebigkeit. Es war ein Kernsatz der Irenik: Nur ein offener

Dialog unter den gesellschaftlich relevanten Kräften, in dem die eigenen Positionen deutlich erkennbar bleiben, kann zu einem gesellschaftlichen Ausgleich führen.

FÜR EINE KULTURPOLITISCHE IRENIK

So impliziert diese politisch unabhängige christliche Irenik mit Blick auf die heutige kulturpolitische Situation Konsequenzen. Einige davon möchte ich knapp skizzieren.

- » Kulturpolitische Irenik ermöglicht es Christinnen und Christen, fernab möglicher Vereinnahmungsversuche und Frontstellungen mit kulturpolitisch relevanten Kräften in einen Konsultationsprozess einzutreten. Konsultationsprozess bedeutet, bestehende Vorbehalte abzubauen, Argumente auszutauschen, diese miteinander zu beraten und schließlich auf der Grundlage der Gespräche Position zu beziehen.
- » Sie ist christliche Irenik und bedeutet daher Dialog. Sie bedarf einer Begegnung der Überzeugungen, Lebenserfahrungen und der Theologien. Aus christlicher Sicht muss der Konsens, zumindest die Annäherung in den Grundüberzeugungen, aus den Traditionslinien der Kirchen erarbeitet werden. Gerade eine kulturpolitische Irenik muss den mühsamen Weg einer Suche nach dem Konsens beschreiten. Dabei ist ein von allen am Gespräch beteiligten Seiten akzeptiertes Wertefundament anzustreben. Dies gilt für das ökumenische Gespräch ebenso wie für den Dialog mit Angehörigen anderer Religionen und Kulturen. Zugleich weist die Irenik auf einen entscheidenden inhaltlichen Vorsprung christlicher Kirchen gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppierungen hin: Sie sind spirituelle Zentren.
- » Sie übernimmt in diesem Prozess die Rolle einer Anwältin der Überlieferung. Theologie und Kirchen leisten mit ihren z.T. neu gegründeten (Dorf-)Schulen, Akademien, Landvolkshochschulen und

Erwachsenenbildungsangeboten eine wichtige Funktion gerade im ländlichen Raum, der zahlreiche Traditionsabbrüche erlebt. Gegenüber der Tendenz zum kollektiven Erinnerungsverlust setzt sich die Irenik für die Weiterentwicklung und vitale Ausgestaltung des kulturellen Gedächtnisses ein.

- » Sie darf nicht mit inhaltlicher Beliebigkeit einhergehen, sondern ist als theologische Kraft der Differenzierung in den Auseinandersetzungen um das kulturpolitische Leitbild der Gesellschaft notwendig. Kulturpolitische Irenik kann dazu beitragen, dass gesellschaftlicher Pluralismus auf dem Land akzeptiert und gestärkt wird, ohne dabei die notwendigen Integrationsbemühungen zurückzustellen. Dies gelingt ihr aber nur, wenn sie im öffentlichen Diskurs ihre Grenzziehungen nicht nur postuliert, sondern auch zur Diskussion stellt: Schöpfungs-glaube, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit, christliche Werte und ihre Vermittlung gehören zur Kultur.

Grenzziehungen? Aber ja doch! Allerdings sollten sich Theologie und Kirchen dabei an ihr irenisches Erbes erinnern. Sie werden davon profitieren. Sie sind dann gesellschaftlich nicht mehr tonangebend, auch politisch machtlos – dafür aber weniger langweilig, fast schon zur Wiederentdeckung reif. <<

» LITERATUR:

- » Johannes Brosseder (Hg.), Dialogfähige Theologie, Hamburg, Neukirchen-Vluyn 1998.
- » Heinz Duchhardt und Gerhard May (Hgg.), Union – Konversion – Toleranz, Mainz 2000.
- » Wilhem Holtmann, Art. Irenik, in: TRE 16, 1993, 268-273.
- » Peter Kawerau, Die ökumenische Idee seit der Reformation, Stuttgart 1968.

Nachhaltige Landwirtschaft im natürlichen Grenzland.

Ein Blick in das alte Palästina

So haltet das ganze Gebot, das ich dir heute befehle, damit ihr stark seid und hineinkommt und das Land in Besitz nehmt, ... und damit ihr eure Tage verlängert in dem Land, ... das von Milch und Honig überfließt. Denn das Land, in das du kommst, um es in Besitz zu nehmen, ist nicht wie das Land Ägypten, von wo ihr ausgezogen seid, wo du deine Saat sätest und mit deinem Fuß wässertest wie einen Gemüsegarten, sondern das Land, in das ihr hinüberzieht, ..., ist ein Land mit Bergen und Tälern – vom Regen des Himmels trinkt es Wasser –, (5.Mose 11,8-11)

Die oben zitierte Einleitung in das Deuteronomistische Gesetzeswerk zeigt das komplette Programm auf, wie man am Rande der Wüste unter schwierigen ökologischen Bedingungen überleben kann. Es enthält einmal die korrekte ökologische Darstellung des Landes, in dem die Israeliten siedelten. Es beschreibt eindrucksvoll, was das Land nicht ist, beschreibt dann seine schwierige Ökologie und weist darauf hin, dass man unter solch schwierigen Bedingungen nur dann eine über lange Zeit hin erfolgreiche Landwirtschaft betreiben kann, wenn man sich an bestimmte Regeln hält.

MILCH UND HONIG: DIE MACCHIE

Beginnen wir mit der ökologischen Beschreibung des Landes. Es wird deutlich gesagt, mit welcher Orografie (Einfluss des Geländes auf das Wetter) wir es zu tun haben: Einem Bergland, in dem nur Regenfeldbau möglich ist. Es wird dafür der Code „ein Land, das von Milch und Honig überfließt“ benutzt. Dieser wird heute – in irrtümlicher Weise – als Beschreibung eines sehr fruchtbaren Landes, um nicht zu sagen Schlaraffenlandes, verstanden. Dieses Missverständnis wird allerdings schon im Text ganz klar ausgeräumt, indem dort geschrieben wird, dass das Land ganz anders ist, als es in Ägypten der Fall war. Ägypten hatte die fruchtbarsten Böden der Antike und war die Kornkammer des Mittelmeerraums. So

etwas ist also ganz eindeutig nicht gemeint. Der Ausdruck „Milch und Honig“ signalisiert vielmehr, dass das Land ökologisch ziemlich herunter gekommen ist. „Milch“ bedeutet, dass von Zeit zu Zeit ein paar Nomaden dort ihre Ziegen oder Schafe weiden lassen. „Honig“ meint, dass man von wilden, freilebenden Bienen Honig beziehen kann. Pflanzensoziologisch ist die Macchie gemeint.

Für Nomaden, die ja in diesem Text angesprochen sind, ist ein Land von Milch und Honig dennoch sehr attraktiv. Für sie bedeutet diese Bezeichnung, dass das Land ein von der Bevölkerung verlassenes Ackerland ist, das man besiedeln und landwirtschaftlich nutzen kann. Diese Vorstellung entspricht auch den archäologischen Befunden: Vor dem Zeitpunkt, den man für die Landnahme ansetzt, war die in diesen Bergen ansässige Bevölkerung – wahrscheinlich durch Übernutzung der Böden – fast völlig zusammengebrochen.

KALK, WASSER, TERRASSEN: ÖKOLOGIE DES LANDES

Die Geologie des Landes Israel, des Jüdischen Berglandes, ist ziemlich einfach: Das überall vorhandene Ausgangsgestein ist Kalk. Die Böden, die daraus entstehen, sind extrem verletzlich. Solange sie schonend bewirtschaftet werden, bringen sie reiche Ernten, sobald man sie auch nur für kurze Zeit übernutzt, verkarsten sie und es kann Jahrhunderte dauern, bis sie sich wieder erholen können.

Der zweite wichtige ökologische Faktor ist der Wasserhaushalt. Dieser wird von zwei Faktoren bestimmt: Den Niederschlägen und der potentiellen Evapotranspiration, also dem Gegenteil von Regen (Wasser wird in die Atmosphäre zurückgegeben). Aus beiden Faktoren werden dann Feuchte-regime berechnet. Wie aus der Abbildung 1 hervorgeht, ist die potentielle Evapotranspiration auch im relativ regenreichen Bergland drei- bis fünfmal so hoch wie die Niederschlagsmenge. Dies bedeutet, dass auch

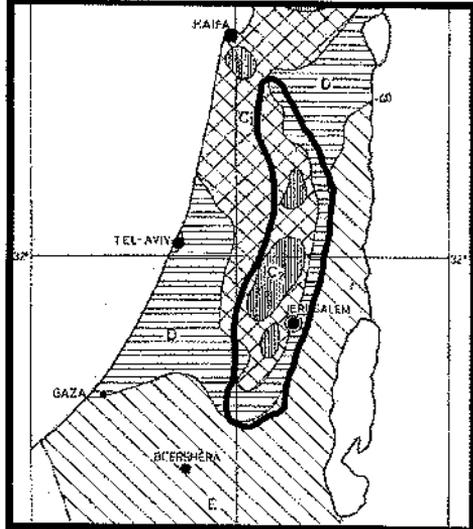


Abb. 1. Siedlungsgebiet der Israeliten in den Jüdischen Bergen (umrandet), dargestellt auf einer Karte der Bodenfeuchte. Bodenfeuchte (nach Thornthwaite): C1: mit Wasser stark unterversorgt, C2: mit Wasser unterversorgt, D: Halbwüste, E: Wüste

die Standorte im Bergland ein Wasserdefizit aufweisen. Zudem fällt der Regen hauptsächlich im Winter. Von Ende April bis Anfang November fallen praktisch keine Niederschläge. Abbildung 1 verdeutlicht ferner die extreme Variation im Wasserhaushalt. Am östlichen und südlichen Rand des Berglandes treten innerhalb einer Entfernung von 20 km größere Standortsunterschiede auf, als es in Europa bei Distanzen von mehreren Hunderten von Kilometern der Fall ist.

Die einzige Möglichkeit, in einer solch trockenen und bergigen Landschaft Ackerbau zu treiben, war, Terrassen anzulegen. Diese fangen den vom Hang ablaufenden Regen auf und verhindern die Erosion der dünnen Böden. Die Überreste dieser Jahrtausende alten Terrassen kann man noch heute überall im Jüdischen Bergland finden (Abb. 2). Ihre Herstellung forderte ganz sicher den „Schweiß des Angesichtes“ vieler Generationen.



Überreste von uralten Terrassen im Judäischen Bergland. Ihre Herstellung ermöglichte den Israeliten erst ihre nachhaltige Landwirtschaft.

Der Bau von Terrassen allein hätte allerdings nicht ausgereicht, um über Jahrhunderte hinweg nachhaltig zu siedeln. Dies ermöglichten erst die Regeln, die die religiösen Führer der Israeliten für die Bewirtschaftung ihres Landes aufstellten.

BRACHE, KOMPOST, EXKREMENTE: BEWIRTSCHAFTUNGSGESETZE

Ein ganz wesentlicher Aspekt dieses Regelwerks war der Aufbau und der Erhalt von Humus im Boden. Generell durften die landwirtschaftlichen Flächen alle sieben Jahre nicht bewirtschaftet werden, es galt dann nämlich das Sabbat-Jahr (2. Mose 23:10-11; 3. Mose 25:1-5). Die Einhaltung dieses Sabbatjahrs, dem Vorläufer der Dreifelderwirtschaft unseres Mittelalters, war sehr streng. Auch die Römer kannten das Sabbatjahr. Tacitus machte sich über die faulen Juden lustig, während Cäsar den Juden sogar in Sabbatjahren die überall im Reich erhobene Kopfsteuer, seine wichtigste Einnahmequelle, erließ. Alle sieben Sabbatjahre wurde sogar ein weiteres Brachjahr eingeschoben, das Jubeljahr (3. Mose 25:8-13). Ein anderes Gesetz verbot, in einem neu gepflanzten Obstgarten die Früchte der ersten drei Fruchtjahre zu ernten. Sie mussten auf dem Schlag belassen werden (3. Mose 19:23-25).

Aus bodenkundlicher Sicht ist insbesondere auf Standorten, die aus der Verwitterung von Kalkstein entstehen und leicht verkarsten, der Erhalt des Humus im Boden für dessen Fruchtbarkeit unbedingt erforderlich. Humus ist nicht nur als Teil des Ton-Humus-Komplexes für die Nährstoffversorgung der Böden wichtig, darüber hinaus ist er auf Standorten mit unzureichender Wasserversorgung unerlässlich für die Wasserspeicherung. Diese spielte natürlich bei den sehr unregelmäßig fallenden Niederschlägen im Judäischen Bergland für den Ernterfolg und das Überleben der Bäume eine entscheidende Rolle.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu wissen, dass die jüdischen Bauern der Antike die einzigen waren, die zu der Zeit eine intensive und systematische Kompostwirtschaft betrieben. Der Prophet Jesaja beschreibt anschaulich, dass sogar das Stroh zerkleinert wird, bevor es in die Kompostgrube kommt (Jes 25,10). Diesem Kompost wurde noch Salpeter zugesetzt, den man aus dem Jordantal bezog. Nach der Umwandlung des Pflanzenmaterials zu Humus wurde der Kompost dann auf die Felder ausgebracht. Die Juden nutzten jede nur mögliche Nährstoffquelle zur Düngung aus. Sie gingen sogar so weit, dass in den Zeiten, als es noch den Tempel gab und dort Tiere geopfert wurden, deren Blut vom Altar abgewaschen, das Wasser aufgefangen und als Dünger verwendet wurde. Prof. Evenari, einer der besten Kenner der antiken Landwirtschaftstechniken im Nahen Osten, vermutete, dass sogar systematisch Urin und Exkremente aufgesammelt und für Düngungszwecke aufgearbeitet wurden. Damit waren die Israeliten ihrer Zeit weit voraus. Im gesamten Mittelmeerbereich wurde kein organischer Dünger eingesetzt, sondern nur der sehr stickstoffhaltige Mist der Hühner und Tauben auf die Felder gebracht.

SPEISEGESETZE UND NATURSCHUTZ

Die Fürsorge für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit kommt auch in einer anderen

Vorschrift zum Tragen: Es durfte kein Getreide zwischen Weinstöcken oder Fruchtbäumen ausgesät werden. Dies hätte den Boden zu stark ausgelaugt und letztlich ruiniert.

Auch die Speisegesetze dienten der Nachhaltigkeit: Die Ausbeutung der Natur sollte in Grenzen und die Ökosysteme weitgehend so intakt gehalten werden, dass allzu schlimme Schädlingskalamitäten durch natürliche Antagonisten verhindert werden konnten. Dies zeigt sich ganz deutlich an der Liste der reinen (für den menschlichen Verzehr erlaubten) und unreinen (unter Naturschutz gestellten) Tiere und Vögel. Die Zucht von Schweinen, bei deren Mast pro Kilo Fleisch ca. 10 Kilo auch für den Menschen geeignete Nahrungsmittel eingesetzt werden mussten, war verboten. Die Reichen durften mit Nahrungsmitteln keine Völlerei treiben. Andererseits wurden alle Tiere und Vögel, die sich von Mäusen und Ratten oder Heuschrecken ernährten, unter strengen Schutz gestellt.

Der Prophet Jesaja wusste auch, dass es nicht nur wichtig war, die richtigen Tiere zu schützen, man musste ihnen auch genügend Flächen belassen. Was passiert, wenn man auch die allerletzten Fleckchen Erde intensiv beackert, wird von ihm drastisch dargestellt:

„Weh euch, die ihr Haus an Haus reiht und Feld an Feld fügt, bis kein Platz mehr da ist und ihr allein im Land ansässig seid. Meine Ohren hören das Wort des Herrn der Heere: Wahrhaftig, alle eure Häuser sollen veröden. So groß und schön sie auch sind, sie sollen unbewohnt sein. Ein Weinberg von zehn Morgen bringt nur ein Bat (22 L) Wein, ein Hómer (220 L) Saatgut bringt nur ein Efa (22 L) Korn. (Jes 5:8-10)

Wenn man also zuviel aus dem Land herausholen will und alles rigoros zubaut, bringt einem das am Anfang vielleicht etwas – deshalb der Verweis auf die großen und schönen Häuser. Am Ende aber schlägt die Natur erbarmungslos zurück und man erntet fast nichts mehr.

» Die Ausbeutung der Natur sollte in Grenzen und die Ökosysteme weitgehend intakt gehalten werden. Dies zeigt sich an der Liste der reinen (für den menschlichen Verzehr erlaubten) und unreinen (unter Naturschutz gestellten) Tiere und Vögel. «

KLEINVIEH VERBOTEN: HALTUNG IM KONFLIKTFALL

Wie ernst diese Gesetze genommen wurden und wie wichtig den Israeliten die Bewahrung der Schöpfung war, kann man an ihrem Verhalten während der größten ökologischen Katastrophe in ihrer Geschichte sehen. In den Jahren 67–70 n. Chr. zerstörten die Römer im Jüdischen Krieg das Land. Wälder wurden abgeholzt, um Belagerungsmauern zu errichten. Danach wurde das gute Land von den Römern beschlagnahmt. Die Juden waren gezwungen, auf die weniger fruchtbaren Hügel auszuweichen, die für das römische Agrarsystem nicht attraktiv waren.

Was würde nun normalerweise passieren? Das wissen wir aus zahlreichen Beispielen sehr genau: Die Bewohner gehen von der Landwirtschaft, die sich nach einem solchen Desaster kaum noch lohnt, wieder auf die Haltung von Kleinvieh, Ziegen und Schafen, über. So etwas passiert zur Zeit überall auf der ganzen Welt. Die Kleinviehhaltung ist laut UNO- und Weltbankberichten der wichtigste Grund für die globale Ausbreitung der Wüsten, sei es in Mauretanien, Iran oder China.

Nachdem ihre Felder zerstört oder ihnen weggenommen wurden, hätten sich somit auch die Juden wahrscheinlich wieder Herden von Ziegen und Schafen zugelegt. Zumal bei ihnen die Viehhaltung eine große und lange Tradition hatte, König David war ja schließlich auch Hirte gewesen. Allerdings durften sie es nicht. Es wurde ihnen verboten.

Ähnlich wie in Rio 1992 die Mächtigen der Welt, trafen sich um das Jahr 70 n. Chr. die Rabbiner der Juden, um zu entscheiden, was nach der katastrophalen Zerstörung des Landes und der Kultur zu tun sei. Ihr Beschluss: Sie verboten den Juden das Halten von Kleinvieh. Damit wurde den Juden mit der Begründung der Nachhaltigkeit der damals profitabelste Wirtschaftszweig untersagt, obwohl die Bevölkerung materiell am Ende war und das Geld gut hätte brauchen können.

Es ist erstaunlich, dass die Juden dieses Gebot überhaupt einhielten – was wir wissen –, denn die Rabbiner hatten keinerlei politische Macht. Allein durch den Zusammenhalt der Gesellschaft und die soziale Ausgrenzung der Missetäter schafften sie es, dieses Verbot durchzusetzen. Ihnen war auch die biologische Notwendigkeit ihrer Vorgehensweise völlig bewusst, denn im Talmud heißt es:

R. Yishmael sagt: Meine Vorfahren gehörten zu den Hausbesitzern im nördlichen Galiläa und der einzige Grund, warum diese [Besitztümer] zerstört wurden, liegt daran, daß

sie Kleinvieh in den Wäldern weiden ließen. (Babylonischer Talmud, bB.Quam. 80a)

AUS DEM MANGEL: ZUKUNFTSFÄHIG

Betrachtet man das Schrifttum des antiken Israels mit den Augen eines Naturwissenschaftlers, so entsteht vor einem das Bild einer Gesellschaft, die in für uns noch unvorstellbarer Weise von dem Gedanken der Nachhaltigkeit geprägt war. Diese lebte keinesfalls im Überfluss. Sie war durch die folgenden Punkte gekennzeichnet:

- » Ein durch die Gesetze festgelegter schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen, wobei die Natur sogar ein Eigenrecht zum Überleben besaß.
- » Eine Sozialstruktur, die darauf achtete, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht zu weit aufging und sich die Eliten nicht zu stark vom Volk abheben konnten.
- » Eine kapitalistisch organisierte Wirtschaft mit stark sozialer und ökologischer Ausrichtung.

Das Gesellschaftssystem der Israeliten war darauf ausgelegt, mit Mangel gerecht umzugehen. Ihre Gestalter beabsichtigten, eine zukunftsfähige Welt zu entwickeln, in der, mit Gott, die Menschheit überleben kann. Dies ist ihnen ja auch über fast zwei Jahrtausende hinweg in einer Weise gelungen, die bisher leider noch keine Parallelen auf unserer Erde gefunden hat. <<

» WEITERFÜHRENDE LITERATUR:

- » Hüttermann, A.: Die Ökologische Botschaft der Thora – die mosaischen Gesetze aus der Sicht eines Biologen. Naturwissenschaften 80, 147 – 156 (1993)
- » Hüttermann, A.P. und A.H.: Am Anfang war die Ökologie. Naturverständnis im Alten Testament, München 2002 (Taschenbuchausgabe: Herder, Juni 2004)

Grenzziehungen im Zeitalter der Globalisierung – Wege zum Wohlstand?

Das Phänomen der Globalisierung wird besonders anschaulich, wenn man es durch Beispiele belegt: „Professionelle Eishockeysausrüstungen, in Schweden entworfen, in Kanada finanziert und in Cleveland (Ohio/USA) und Dänemark zum vertrieben, in Nordamerika bzw. Europa montiert, werden aus Kunststoffen gefertigt, deren molekulare Struktur im US-Staat Delaware erforscht und patentiert wurde und die in Japan erzeugt werden. Eine Werbekampagne wird in Großbritannien erdacht, Filmaufnahmen dazu werden in Kanada gedreht, in Großbritannien synchronisiert und in New York geschnitten.“

Daraus wird deutlich, was aus wirtschaftlicher Sicht unter Globalisierung zu verstehen ist: Es geht seit etwa Mitte der 70er Jahre sowohl um ein starkes Wachstum des internationalen Handels als auch um eine weltweite Vernetzung bzw. Kooperation wirtschaftlicher Aktivitäten. Im Jahr 2002 beschäftigte die Firma Siemens 426 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon waren zwei Drittel in 190 Staaten dieser Welt beschäftigt. Multinationale Unternehmen werden natürlich ihre Standorte sowohl nach politischer als auch wirtschaftlicher Attraktivität aussuchen und gegebenenfalls Produktionsstandorte verlegen. Dadurch wird die wirtschaft-

liche Bedeutung nationaler Grenzen geringer.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Globalisierungsprozesse nicht alle Länder gleichermaßen erfassen: Globalisierung ist keine wirklich globale Veranstaltung. Es besteht kein Zweifel, dass immer mehr Länder am Globalisierungsprozess beteiligt sind. Dennoch konzentrieren sich die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Aktivitäten primär auf die Industrieländer der Triade „Europa, Nordamerika und Asien“, d. h. auf die OECD-Länder und eine kleine Gruppe von Schwellenländern.

Die Dynamik der Globalisierung lässt sich am Beispiel ausgewählter Kennzahlen verdeutlichen. Während der Weltwarenhan-

del 1948 noch bei 58 Milliarden US-Dollar lag, stieg er bis 1963 auf 157 Milliarden US-Dollar und betrug 1983 bereits 1.835 Milliarden US-Dollar. Im Jahr 2001 betrug der Weltwarenhandel 6.126 Milliarden US-Dollar. Eine andere Kennzahl sind die internationalen Direktinvestitionen, die besonders seit 1985 in starkem Maße angestiegen sind.

URSACHEN DER GLOBALISIERUNG

Die Globalisierung ist im Prinzip kein neues Phänomen. Sie fand bereits im Rahmen der Kolonialisierung statt, indem die Kolonialmächte „ihre Kolonialländer“ für den Auf- bzw. Ausbau ihrer eigenen Volkswirtschaften nutzten. Eine starke Dynamik der Globalisierung setzte jedoch erst Mitte der 1970er Jahre ein, was sich aus einer starken Liberalisierung und Deregulierung der nationalen und internationalen Güter- und Finanzmärkte erklärt. Die Auflösungserscheinungen des sogenannten Ostblocks Ende der achtziger Jahre hat diese Tendenz noch verstärkt.

Eine weitere wichtige Ursache für die Dynamik der Globalisierung sind die starke Verbreitung und rasche technologische Weiterentwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Sie haben dazu geführt, die Welt mit einem dichten Kommunikationsnetz zu „über-spannen“. Dadurch wurde für die Übertragung von Informationen Zeit und Raum aufgehoben. So gibt es beispielsweise einige deutsche Firmen wie die Lufthansa, die ihre Buchhaltung nach Indien verlagert haben. Aber auch sinkende Transportkosten und die zunehmende Vereinheitlichung technischer Normen haben sich positiv auf die Dynamik der Globalisierung ausgewirkt.

Die Globalisierung basiert somit auf folgenden Bestimmungsgründen, die sowohl von den einzelnen nationalen Regierungen als auch im Rahmen internationaler Abkommen gefördert wurden:

- » Liberalisierung,
- » Deregulierung,

- » Privatisierung,
- » mehr Markt, weniger Staat,
- » freier Handel,
- » mehr Wettbewerb.

Insofern ist festzuhalten, dass sich die Dynamik der Globalisierung nicht aus sich selbst heraus erklärt, sondern durch eine entsprechende Gestaltung der Rahmenbedingungen gefördert wurde.

FOLGEN DER GLOBALISIERUNG

Die Globalisierung beeinflusst wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Bedingungen. Dennoch gilt zu berücksichtigen, dass viele der Globalisierung zugeschriebene Folgewirkungen nicht unmittelbar durch die Globalisierung verursacht, sondern von der Globalisierung verstärkt werden.

Das gilt beispielsweise für den internationalen Wettbewerb oder den wirtschaftlichen Strukturwandel. Neben einem zunehmenden Wettbewerb ist weiterhin eine wachsende Spezialisierung und Konzentration von Unternehmen zu beobachten, eine wachsende Transparenz durch die Öffnung der Grenzen und den ungehinderten elektronischen Informationsfluss. Schließlich sind auch Beschäftigungs- und Verteilungswirkungen der Globalisierung zu verzeichnen.

Betrachtet man die Beschäftigungswirkungen genauer, so lässt sich feststellen, dass der immer rascher voranschreitende Strukturwandel zu Veränderungen bei dem Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital beiträgt. Das führt in vielen Ländern zu erheblichen Beschäftigungsproblemen. Die Globalisierung spielt hierbei die Rolle des Katalysators. Auch hier ist festzustellen, dass die Globalisierung die Strukturprobleme nicht erzeugt, sondern sie teilweise in erheblichem Maße beschleunigt. Bei steigenden Qualitäts- und Ausbildungsanforderungen findet eine permanente Verdrängung von Arbeit durch Kapital statt.

Auch die Beurteilung der Verteilungswirkungen ist widersprüchlich. So stellte der UNCTAD-Generalsekretär einmal fest: „Die Globalisierung ist paradoxerweise eine machtvolle Kraft der Integration wie der Marginalisierung. Sie verspricht, zwei Milliarden Frauen und Männer in den schnell wachsenden Entwicklungsländern zum ersten Mal in der Geschichte aktiv in die Weltwirtschaft einzubeziehen. Doch zugleich fürchten hunderte von Millionen Individuen, dass sie von den selben Kräften – vielleicht für immer – von dem Versprechen auf Wohlstand ausgeschlossen werden. Es sind die Arbeitslosen und die Niedriglohnempfänger in denjenigen Sektoren der Industrieländer, die den Anschluss an den Prozess des Wandels verloren haben, und es sind die Armen und Arbeitslosen in vielen Entwicklungsländern, die weiterhin von ein paar Rohstoffen abhängig sind und die von der Globalisierung und Liberalisierung, wenn überhaupt, kaum berührt werden.“

GLOBALISIERUNG DER INTERNATIONALEN FINANZMÄRKTE

Die Globalisierung der internationalen Finanzmärkte weist eine noch viel stärkere Dynamik als der internationale Handel und die verschiedenen Formen der internationalen Kooperationen auf. Nachdem 1973 das weltweite System fester Wechselkurse aufgegeben wurde und dies somit zu einer Freigabe der Wechselkurse führte, setzte eine Welle der Liberalisierung und Deregulierung des Kapitalverkehrs ein. Die Kapitalverkehrskontrollen wurden sukzessive abgeschafft. Im Jahr 1974 begannen die USA und die Schweiz damit, und bis Anfang der 90er Jahre folgten praktisch alle OECD-Länder. In der Bundesrepublik Deutschland wurden bis 1981 alle seit Ende der 50er Jahre eingeführten Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft. Diese Liberalisierungswelle erfolgte ganz wesentlich auf Wunsch bzw. Druck der nationalen und internationalen Finanzwelt.

» Die Dynamik der Globalisierung wurde durch die Regierungen, aber auch durch die großen Konzerne gestärkt. Insofern ist die Globalisierung kein Phänomen, das sich aus sich heraus selbst entwickelt hätte bzw. nicht gesteuert werden könnte.

«

Die Finanzmärkte haben ein Eigenleben entwickelt, das sich weitgehend jeder Kontrolle entzogen hat. An den internationalen Finanzmärkten werden täglich etwa 1,5 Billionen US-Dollar umgesetzt. Geht man von etwa 200 Handelstagen im Jahr aus, so führt dies zu einem Jahresumsatz von 300 Billionen US-Dollar. Das Volumen des Welthandels belief sich im Jahre 2001 auf 6.126 Milliarden US-Dollar. Um den weltweiten Handel zu finanzieren, würden

also die Umsätze von etwa 5 Börsentagen ausreichen. Daraus wird deutlich, dass es längst zu einer Entkopplung von Finanz- und Warenmärkten gekommen ist, wogegen ein zentrales Ziel nationaler bzw. europäischer Wirtschafts- bzw. Geldpolitik ist, den realwirtschaftlichen mit dem monetären Sektor in Einklang zu halten.

Die Liberalisierung und Deregulierung hat für die „westliche Finanzwelt“ sicher eine Reihe von Vorteilen gebracht. Diese Entwicklung hat jedoch auch ganz wesentlich dazu beigetragen, dass seit Mitte der 70er Jahre die Finanz- und Banken Krisen in den Entwicklungsländern deutlich zugenommen haben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Finanz- und Banken Krisen für die betroffenen Entwicklungsländer mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sind. Die Finanzkrisen in Chile (1982-85) und Indonesien (1997-99) führten zu Kosten, die etwa 40 % des Bruttoinlandsproduktes der beiden Länder entsprachen. Gleichzeitig hat die Arbeitslosigkeit und Armut auch in anderen betroffenen Ländern, wie Brasilien, Russland, Südkorea und Thailand, stark zugenommen. Daher wird in diesem Zusammenhang vielfach eine neue „Finanzarchitektur“ gefordert.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Es besteht heute kein Zweifel: Die Globalisierung bietet Chancen, aber auch eine Reihe von Risiken. Während die Chancen vor allem darin bestehen, dass heute im Prinzip alle Länder und auch deren Bevölkerung in ein weltweites Netz der Kommunikation eingebunden sind und damit jederzeit Zugang zu Informationen haben, wurden auch die Risiken insbesondere der internationalen Finanzmärkte, aufgezeigt.

Weiterhin gilt festzuhalten, dass die Dynamik der Globalisierung durch die Regierungen, aber auch durch die großen Konzerne gestärkt wurde. Insofern ist die Globalisierung kein Phänomen, das sich aus sich heraus selbst entwickelt hätte bzw. nicht gesteuert werden könnte. Es gibt vielfältige Vorschläge zur Gestaltung der Globalisierung, die abschließend kurz erwähnt werden sollen. Hervorzuheben sind:

- » Eine neue Welthandelsordnung, in der besonders die Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards weiterentwickelt werden müssen;
- » Schaffung einer internationalen Wettbewerbsordnung, die den Interessen schwächer ebenso wie starker Länder Rechnung tragen muss;
- » Entwicklung einer stabilen Währungs- und Finanzordnung, in der es darum gehen muss, die permanenten Wechselkursinstabilitäten zu begrenzen (z. B. durch die Festlegung von Währungsbandbreiten von etwa 10 %) und/oder die Besteuerung kurzfristiger Kapitalspekulationen auf den internationalen Finanzmärkten (Tobin-Steuer).

Dies könnte mittel- bzw. langfristig zu einer Win-Win-Situation führen, von der sowohl die Industrie- als auch die Entwicklungsländer profitieren könnten. <<

Die Kirchen Europas vor der Erweiterung der EU

„Die Kirchen fördern eine Einigung des europäischen Kontinents. Ohne gemeinsame Werte ist die Einheit dauerhaft nicht zu erreichen. Wir sind überzeugt, dass das spirituelle Erbe des Christentums eine inspirierende Kraft zur Bereicherung Europas darstellt. Aufgrund unseres christlichen Glaubens setzen wir uns für ein humanes und soziales Europa ein, in dem die Menschenrechte und Grundwerte des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Toleranz, der Partizipation und der Solidarität zur Geltung kommen. Wir betonen die Ehrfurcht vor dem Leben, den Wert von Ehe und Familie, den vorrangigen Einsatz für die Armen, die Bereitschaft zur Vergebung und in allem die Barmherzigkeit.

Als Kirchen und als internationale Gemeinschaften müssen wir der Gefahr entgegenzutreten, dass Europa sich zu einem integrierten Westen und einem desintegrierten Osten entwickelt. Auch das Nord-Süd-Gefälle ist zu beachten. Zugleich ist jeder Eurozentrismus zu vermeiden und die Verantwortung Europas für die ganze Menschheit zu stärken, besonders für die Armen in der ganzen Welt.“ („Charta Oecumenica – Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa“, Drittes Kapitel, S.9)

Die Aussagen dieser von den Kirchen Europas im Jahre 2001 unterzeichneten Charta sind nur glaubwürdig auf dem Hintergrund dessen, dass in den ersten beiden Kapiteln der Charta von dem gemeinsamen Glauben, der frohen Botschaft und von dem Willen, die sichtbare Gemeinschaft der Kirchen in Europa zu leben, die Rede ist.

Mit der Erweiterung der Europäischen Union stehen die Kirchen vor ganz neuen Herausforderungen. Wie gut, dass sie auf eine Tradition intensiver Beziehungen über alle Grenzen hinweg aufbauen können. Diese bestehen einerseits in bi- und multilateralen Beziehungen, andererseits in europäischen ökumenischen Gemeinschaften.

ENGAGEMENT AUS GEWACHSENEN BEZIEHUNGEN, ...

Seit Jahrzehnten, insbesondere nach dem Fall des eisernen Vorhangs, besuchen sich Gemeindeglieder und Gruppen über die Grenzen der EU hinweg, um sich kennen zu lernen, um Freundschaften entstehen zu lassen und einander zu unterstützen. Das ist die Basis der Versöhnung unter den Kirchen in Europa. Darüber hinaus gibt es viele multilaterale Gespräche, Konsultati-

onen und Tagungen. Bei allem geht es immer um das, was unser gemeinsamer Auftrag ist: Die Botschaft von der Liebe Gottes in Jesus Christus gemeinsam zu bezeugen in Wort und Tat.

Die vielen bi- und multilateralen Beziehungen sind ein wichtiges Element für das gegenseitige Verstehen im Blick auf die Belastungen der Vergangenheit und für das gemeinsame Engagement für Versöhnung in Europa. Sie geben Gelegenheit, die europäische Idee und Wirklichkeit aus den verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und ermöglichen das Kennenlernen der Anliegen von Kirchen in anderen gesellschaftlichen und kirchlichen Situationen, aber auch Hilfe für Menschen in Not und beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen.

... DURCH DIE KEK UND IHRE CSC, ...

Ein weiteres Instrument ist die Mitarbeit und das Engagement der Kirchen in verschiedenen ökumenischen Gemeinschaften auf europäischer Ebene. Zunächst sei hier die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) genannt.

In ihr sind 127 anglikanische, reformatorische, orthodoxe und altkatholische Kirchen aus allen europäischen Ländern zusammengeschlossen. Wesentliche Funktion der KEK mit Sitz in Genf und Büros in Straßburg und Brüssel ist der theologische Dialog und die Zusammenarbeit dieser nichtkatholischen Kirchen.

Die Gründung der KEK vor mehr als 40 Jahren im dänischen Nykøbing war Zeichen der Versöhnungsbereitschaft der europäischen Kirchen in Nord und Süd, Ost und West nach dem Desaster des Holocaust und des 2. Weltkrieges und damit auch des Versagens der deutschen evangelischen Kirche. Die KEK hat ihre besondere Bedeutung darin bekommen, Gemeinschaft über politische Gräben hinweg aufzubauen und aufrechtzuerhalten, gerade auch zu den Kirchen in den Ländern jenseits des damaligen Eisernen Vorhangs und der heutigen EU-Außengrenze.

Bis zum 1. Januar 1999 nahmen wesentlich nur die west- und südeuropäischen Kirchen in der KEK ihre Interessen gegenüber den EU-Institutionen durch die Europäische Ökumenische Kommission für Kirche und Gesellschaft (EECCS) wahr. In einem behutsamen Prozess wurde die EECCS in die KEK integriert, und die ‚Kommission Kirche und Gesellschaft‘ (CSC) der KEK entstand. Erfahrungen im Dialog mit Europarat, -parlament und -kommission kamen zusammen mit Erfahrungen in Menschenrechtsarbeit, Begleitung der OSZE-Beschlüsse sowie der Unterstützung der KEK-Mitgliedskirchen in Mittel- und Osteuropa, in EU- wie in Beitrittsländern.

Ziel dieses Zusammenschmelzens war vor allem, als Kirchen Europa zu begreifen und mitzugestalten „als Kontinent zwischen Atlantik und Ural, zwischen Nordkap und Mittelmeer“, wie es in der Charta Oecumenica (S. 4) heißt – und nicht zerfallen zu lassen in einen „integrierten Westen und einen desintegrierten Osten“ (S.9).

Der Versöhnungsauftrag der Kirchen macht das Engagement für die unabdingbar, die Opfer der europäischen Einigungsprozesse sind. Also müssen alle Entwicklungen in Europa daraufhin befragt werden, was für Werte ihnen zugrunde liegen und – damit zusammenhängend – was sie bedeuten für die Schwächsten

- » in den EU-Ländern,
- » in den Beitrittsländern,
- » in den Ländern, die zunächst oder gar auf Dauer außen vor bleiben sollen.

Und natürlich muss auch im Blick bleiben, welche Folgen die Entscheidungen auf EU-Ebene für das Engagement und die Rolle der Kirchen haben werden.

So wollen die Mitgliedskirchen der KEK gemeinsam beitragen zur Bewusstseinsbildung, zur Entstehung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses, zu bürgernahen Entscheidungsprozessen, zur Einhaltung der Menschenrechte, zum Entstehen demokratischer Gesellschaften.

In vielen Ländern – Beitrittsländern und erst recht Nicht-Beitrittsländern – sind diese Themen nicht Teil des Selbstverständnisses der Kirchen – und es wird in dieser Hinsicht z.T. noch immer wenig von ihnen erwartet. Andererseits sind sie Institutionen, die gesellschaftliches Bewusstsein prägen und diese Aufgabe bewusst gestalten müssen, wollen sie sich nicht instrumentalisieren lassen.

In der Kommission CSC und ihren Arbeitsgruppen arbeiten nun alle europäischen Kirchen an folgenden Themen:

- » europäischer Einigungsprozess
- » gemeinsame Sicherheit und Abrüstung
- » Nord-Süd-Beziehungen
- » Menschenrechte und Religionsfreiheit
- » Ethnie, Religion und darin begründete Konflikte
- » Beziehungen zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Fragen
- » Landwirtschaft und ländliches Leben
- » Bioethik.

... GEMEINSAM MIT DEN KATHOLIKEN ...

Um die Auswirkungen der gemeinsamen Flüchtlings- und Asylpolitik der EU, um Einflussnahme auf weitere Beschlüsse und die Sensibilisierung der kirchlichen Öffentlichkeit geht es dem römisch-katholischen Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCME), der z.Zt. in Integrationsverhandlungen mit der KEK steht – dann wird auch hier eine gesamteuropäische Arbeit möglich sein.

Weitere Problembereiche, in denen die Zusammenarbeit aller Kirchen über die EU-Grenzen hinaus unabdingbar ist, seien hier nur stichwortartig genannt:

- » Das Problem der Gewalt gegen Frauen, insbesondere des Menschenhandels
- » die Umweltproblematik und
- » die Friedens- und Versöhnungsarbeit in Südosteuropa als Beitrag der Kirchen zum Stabilitätspakt.

Wichtige Daten der Zusammenarbeit von KEK und CCEE sind die Ökumenischen Versammlungen in Basel (1989) und Graz (1997).

... UND DURCH DIE GEMEINSCHAFT EVANGELISCHER KIRCHEN IN EUROPA

Diese Gemeinschaft über die Grenzen der EU hinaus, bisher als Leuenberger Kirchengemeinschaft (LKG) bekannt, schließt 103 lutherische, reformierte, unierte und methodistische Kirchen zusammen, die sich gegenseitig Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft gewähren. Es ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die die Unterschiedlichkeit zwischen einer evangelischen Minderheitenkirche in Spanien, einer lutherischen Staatskirche in Dänemark, einer reformierten Minderheitenkirche in Ungarn und einem methodistischen Kirchenverständnis als Reichtum geistlichen Lebens respektiert und dennoch das Mahl an einem Tisch feiert und sich zu gemeinsamem Zeugnis und Dienst verpflichtet hat.

Das schließt absolut nicht aus, dass es Divergenzen gibt. Die Lehrgesprächsgruppe zu ‚Kirche – Volk – Staat – Nation‘ hat es nicht einfach gehabt, die unterschiedlichen Zugänge zum Verhältnis dieser Lebensbereiche zueinander etwa zwischen den Lutheranern aus der Wojwodina, den französischen Protestanten und den unierten und lutherischen Deutschen in ein gemeinsames Papier zu bringen, zumal diese Frage ja in weiten Regionen Europas, gerade auch in den Beitrittsländern, eine große Brisanz haben.

Eine der Lehrgesprächsgruppen erarbeitet gerade ein Papier zur „Gestalt und Gestaltung protestantischer Kirchen in einem sich verändernden Europa“. Eine andere beschäftigt sich mit dem evangelischen Profil im missionarischen Auftrag der Kirchen in Europa. Die Kirchen in Europa sehen sich gemäß der Charta Oecumenica gemeinsam der Herausforderung gegenüber, den Menschen in Europa das Evangelium zu verkündigen.

DURCH TRANSFORMATION IRRITIERTE KIRCHEN

Die religiösen Prägungen der Beitrittsländer sind unterschiedlich und unterscheiden sich zum Teil von denen der westeuropäischen Mitgliedsstaaten. Vor allem in den baltischen Ländern, aber auch in der Tschechischen Republik ist ein Großteil der Bevölkerung ohne religiöse Prägung oder bezeichnet sich selbst als atheistisch. Mit den wirtschaftlichen und sozialen Modernisierungsprozessen in diesen Gesellschaften geht einher, dass sich den Menschen eine Vielzahl von weltanschaulichen Optionen bietet. Es ist damit zu rechnen, dass die Frömmigkeit und die Zugehörigkeit zur Kirche oder Weltanschauung nicht mehr durch die Herkunft und die Tradition vermittelt werden, sondern dass man sich auf dem Markt der Weltanschauungsangebote frei orientiert.

Viele Kirchen in Mittel- und Osteuropa nehmen eine sehr ambivalente Haltung gegenüber der neueren gesellschaftlichen Entwicklung ein. Auf der einen Seite ist Ende der 80er, Anfang der 90er eine Befreiung von Unterdrückung, Bevormundung und des Versuches eingeleitet worden, Religion aus der Gesellschaft zu eliminieren. Andererseits empfinden diese Kirchen, jetzt auf einmal einer anderen Form von Atheismus ausgesetzt zu sein: Einer westlichen kommerziell geprägten Gesellschaft, in der religiöse Werte im Alltag keine Rolle spielen, und die Arm und Reich gnadenlos gegeneinander ausspielt. Jahrzehntlang hat man sich dagegen wehren müssen, dass die kommunistische Diktatur die Kirche zerstören wollte; nun meint man sich dagegen wehren zu müssen, dass ein westlicher Atheismus die Gesellschaft zersetzt. Die Identität der Kirchen wird deshalb häufig in der Abgrenzung von gesellschaftlichen Prozessen beschrieben, in der Abgrenzung von dem, was sich sozusagen als moderner Kapitalismus entwickelt.

Die evangelischen Kirchen in den allermeisten Beitrittsländern sind (abgesehen von den Sondersituationen in Estland und

» Ein wichtiges Motiv ist zu verhindern, dass die Europäische Erweiterung neue Schranken zwischen EU-Mitglieds- und Nichtmitgliedsländern schafft

Lettland) Minderheitskirchen. Größtenteils kleine Kirchen, zumeist mit einer dominierenden römisch-katholischen Kirche, die schon aufgrund ihrer Tradition und Größe Öffentlichkeitswirkung hat. Aber die Evangelischen unterliegen genau derselben Herausforderung wie die anderen Kirchen auch: Es gilt, in der Öffentlichkeit darzustellen, wofür sie stehen; in der Öffentlichkeit zu sagen, was die eigene Botschaft ist. Das ist eine Herausforderung, sich zu profilieren und wahrgenommen zu werden.

In dieser Situation liegen sowohl Chancen als auch Gefahren.

Die Menschen brauchen die evangelische Botschaft von der Freiheit eines Christenmenschen und von dem Engagement für den Nächsten; sie macht sie frei und gibt ihnen Orientierung, damit sie in einer individualisierten offenen Gesellschaft ein eigenes, verantwortetes Leben vor Gott und vor ihren Mitmenschen führen können. Mit diesem Pfund können die evangelischen Kirchen wuchern.

Aber in manchen evangelischen Diasporakirchen im östlichen Europa wachsen die Tendenzen zu Konfessionalismus und Dogmatismus, die Tendenzen, sich abzuschotten von diesen Individualisierungs- und Säkularisierungsschüben, und darin etwas Feindliches zu sehen. In den zwischenkirchlichen Beziehungen ist dies ein kritisches Thema, bei dem wir im westlichen und östlichen Europa noch weit voneinander entfernt sind.

GRÄBEN ZUSCHÜTTEN

Die Kirchen in den Beitrittsländern und die EKD stellen sich gemeinsam den neuen Aufgaben:

So wurde im deutsch-polnischen Kontaktausschuss zwischen polnischem ökumenischen Rat und EKD beschlossen, ein Projekt in die Wege zu leiten, das eine Betriebsverlagerung von Hameln nach Klodzko in der Nähe von Breslau begleitet und analysiert, was geschieht, wenn die Arbeitsplätze, die Lebenschancen also, aus Deutschland nach Polen wandern. Außerdem wurden zusammen mit dem Polnischen Ökumenischen Rat und mit der Deutschen Römisch-Katholischen Bischofskonferenz Schritte unternommen, um über die zukünftige Außengrenze der EU hinweg die Kirchen aus der Ukraine, aus Belarus und Polen an einen Tisch einzuladen und die Lasten der Vergangenheit gemeinsam aufzuarbeiten – etwas, was wir in der Ökumene als „healing memories“ beschreiben.

Ein wichtiges Motiv ist zu verhindern, dass die Europäische Erweiterung neue Schranken zwischen EU-Mitglieds- und Nichtmitgliedsländern schafft, den neuen „Westlichen Unabhängigen Staaten“ (gemeint sind die westlichen Länder der GUS: Russische Föderation, Belarus, Ukraine, Moldova).

In diesen Ländern werden die gesellschaftlichen Transformationsprozesse vermutlich deutlich langsamer ablaufen als in den Beitrittsländern, aber die Spannungen werden innerhalb dieser Gesellschaften deswegen nicht geringer ausfallen. Das hat zur

Folge, dass an der zukünftigen EU-Ostgrenze, wo viele Jahrzehnte in etwa vergleichbare Systeme und Strukturen aufeinander trafen, ab 01. Mai 2004 die wirtschaftlichen und sozialen Differenzen, die humanitären und die gesellschaftlichen Trennungen wachsen werden. Darum müssen die Kirchen in diesen Ländern über Möglichkeiten nachdenken, wie sie dazu beitragen können, die Grenzen zu überwinden, zu einer Vertiefung der Gräben keinen weiteren Anlass zu geben, sondern, wo es geht, sie zuzuschütten.

DER VERSÖHNUNG VERPFLICHTET

Wenn es um gegenseitige Erwartungen geht, kann das nicht heißen, dass die Kirchen und Christen im Westen bleiben, wie sie sind, und die im Osten sich rapide ändern sollen. Wir haben uns heftig zu ändern und Neues zu erlernen und zu entwickeln. Der Veränderungsprozess betrifft beide Seiten und ist gemeinsam zu gestalten und gemeinsam zu bewältigen.

Es gibt einen großen Bedarf an Versöhnung und Verständigung. In der Charta Oecumenica verpflichten sich die Kirchen Europas, innerhalb wie außerhalb der jetzigen und zukünftigen EU mitzuarbeiten am Prozess der Versöhnung unter Christinnen und Christen in dem immer noch so angespannten und zerrissenen Europa. Dies ist unsere gemeinsame spannende Aufgabe. <<

» LITERATURHINWEISE:

- » Charta Oecumenica – Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa, St. Gallen, Genf 2001, Hg.: Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE), Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), erhältlich über die Europaabteilung der EKD, europa@ekd.de
- » Kirchen im Prozess der Europäischen Integration, Brüssel 2001, Hg.: Konferenz Europäischer Kirchen/Kommission für Kirche und Gesellschaft

ANEMONE BEKEMEIER

GRENZEN? JA – IN GRENZEN

Grenzübertritte müssen pragmatisch angegangen werden: Haben wir einen gültigen Pass, das geforderte Visum, die grüne Karte fürs Auto, Zollerklärung? und doch fordert jede Grenze meine Gefühle heraus: Vorfreude auf manches Unbekannte, vielleicht Abenteuer in einer anderen Landschaft und Kultur, aber auch dieses unbestimmte Empfinden, einem System ausgeliefert zu sein, das meine Sprache nicht mehr verstehen muss ... Vielleicht geht es den Westdeutschen anders – und meine ambivalenten Grenz-Gefühle sind ein Echo der manchmal kafkaesken Erfahrungen mit den Grenzen des Ostblocks, die ja selbst von Bruderland zu Bruderland nicht ohne weiteres zu überschreiten waren, ganz zu schweigen davon, die Grenzen des Systems zu überwinden.

Verständlich, dass für manchen die Öffnung der West-Ost-Grenze zu einem Erlebnis von buchstäblich transzendtem Charakter wurde. Und ich weiß noch, wie merkwürdig mich der erste Übertritt einer EU-Binnengrenze berührt hat: Die Grenz-Erfahrung bleibt aus, wenn man nicht einmal anhalten muss ... Andererseits lag eine große Hoffnung darin, dass so eines Tages alle unsere Grenzen beschaffen sein würden.

Heute weiß ich, dass nicht allein Mauern, Stacheldraht und Selbstschussanlagen eine Grenze unüberwindlich machen.

Wer einmal versucht hat, mit rechtsstaatlichen Mitteln eine junge Freundin aus der Ukraine besuchsweise einzuladen und immer wieder an den deutschen Behörden scheitert, ist erschüttert über die Massivität dieser Grenze, die der Wohlstand um sich zieht.

Was die Brutalität und die Zahl der Opfer betrifft, steht „Schengen“ dem Eisernen Vorhang inzwischen wohl kaum nach. All die Ertrunkenen, Erstickten, Verletzten, gänzlich Desorientierten und Alleingelassenen – wer wird ihnen Denkmäler errichten?

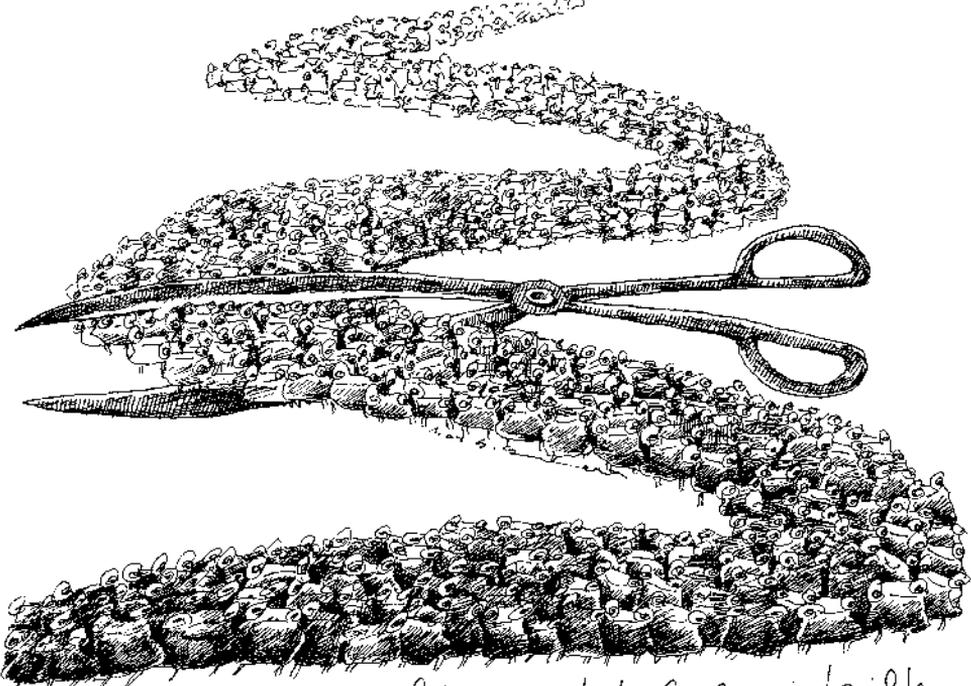
Und es beweist nur einmal mehr die Gewalt der gesichtslosen Macht des Kapitals, dass es wiederum alle Grenzen hinfällig machen kann, wenn das anarchische Gesetz des Marktes es erfordert. Dass Grenzen nicht nur Machtmittel in der Hand von Despoten, sondern auch Schutzinstrumente sein könnten, wird angesichts der EU-Erweiterung deutlich. Wie werden die alten und die neu hinzukommenden Regionen diese Kumulation von Arbeitskräften und Märkten verkraften?

Die vollmundigen Erklärungen, dass mit diesem Schritt die Teilung Europas aufgehoben sei, sollten unseren aufmerksamen Blick auf die Landkarte lenken. Seit wann endet Europa am Fluss Bug? Auf welchem Kontinent gehören Weißrussland, Rumänien und Kroatien? Ist Moskau eine asiatische Metropole? Der Schnitt durch Europa ist nicht geheilt, sondern nur ein Stück nach Osten verschoben.

Geld ist in der Lage, alle Grenzen neu zu ziehen – geographische, soziale und womöglich sogar religiöse. Das sollte unsere Achtsamkeit und Verantwortung herausfordern.

Es wäre schon viel, wenn wir unsere persönlichen Grenzen in die Hand Gottes legen und uns dem grenzenlosen Anspruch des Mammons verweigern.

Am Anfang war das Wort und es war die
Egalisierung der Grenzlinie, die das Denkbare
Zuerst ein-mal



Willkürlich in richtig und falsch einsetzte.

Herausforderungen und Hilfen für den agrarischen Raum der EU–Beitrittsländer

Die Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedsstaaten wird zum 1. Mai 2004 Wirklichkeit. Mit diesem Erweiterungsschritt, dem in wenigen Jahren die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens folgen werden, wird die Bundesrepublik Deutschland nur noch von befreundeten Staaten umgeben sein.

Die Erweiterung folgt strategischen Notwendigkeiten. Sie ist ein dauerhafter Friedensschluss von inzwischen 25 Staaten, in der Erkenntnis, dass Frieden, Sicherheit und damit auch Wohlstand nur in einem geeinten Europa verlässlich bleiben. Die Chance dazu eröffneten die demokratischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa. Damit die Erweiterung jedoch gelingen konnte, mussten die Menschen dieser Länder ihre Gesellschaften grundlegend umbauen, demokratische und rechtsstaatliche Strukturen buchstäblich aus dem Nichts entwickeln, eine moderne Gesetzgebung schaffen, die das EU-Recht vollständig respektiert, und den Sprung in die Marktwirtschaft schaffen. Diese Aufgabe haben sie in relativ kurzer Zeit bewältigt und weitgehend aus eigener Kraft.

Selbstverständlich liegen aber auch noch viele Jahre harter Arbeit vor diesen Ländern, denn das bittere Erbe einer kommunistischen Misswirtschaft ist nicht über Nacht zu tilgen. Ihre EU-Mitgliedschaft bedeutet jedoch ein stabiles Korsett für diese Anstrengungen und selbstverständlich auch gemeinschaftliche Solidarität für das Gelingen des notwendigen Aufholprozesses. Zu den Fragen, die auch nach dem EU-Beitritt intensiver Aufmerksamkeit bedürfen, gehört die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den ländlichen Räumen.

PERSPEKTIVEN FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM IN DEN BEITRITSSTAATEN

In den Beitrittsländern geht es primär um die Frage, wie den Menschen im ländlichen Raum eine verlässliche Perspektive auf Zukunft gesichert werden kann. Das ist nicht zuallererst eine landwirtschaftliche, sondern vor allem eine soziale Frage. Während die Landwirtschaft in jedem der Beitrittsländer nur ein sehr geringes gesamtwirtschaftliches Gewicht hat, ist die Beschäftigungsquote dort ungleich höher als in den heutigen Mitgliedsstaaten. Zudem war die kleinteilig struktu-

rierte Landwirtschaft in diesen Staaten gerade in den Jahren des Umbruchs ein wichtiges Auffangnetz für viele Menschen, die durch den Bankrott des kommunistischen Systems plötzlich ohne Arbeit dastanden. Damit stehen die allermeisten Staaten vor Reformnotwendigkeiten zur Anpassung ihrer Agrarstrukturen, die mit einer Stärkung der ländlichen Räume einhergehen muss, damit diese nicht veröden. Während regionale Pro-Kopf-Einkommen in den Großstädten der künftigen Mitgliedsstaaten mittlerweile bereits dem EU-Durchschnitt nahe kommen, liegen die ländlichen Regionen am untersten Ende der Einkommensskala. Die kleinteilige Landwirtschaft bietet schon heute den Menschen kein angemessenes Einkommen mehr und immer mehr junge Menschen drängen daher in die Großstädte, wo sich der Aufschwung schon längst bemerkbar macht. Um diese Trends zu stoppen, müssen gerade die jungen Menschen eine Perspektive in der eigenen Region sehen.

Seit dem Jahr 2000 hat die EU deshalb vor allem im Rahmen des SAPARD-Programms mit gezielteren Fördermaßnahmen für den ländlichen Raum begonnen. Jährlich stellte die EU aus diesem Programm seitdem 520 Mill. € für die künftigen Mitgliedsstaaten bereit. Die mit dem EU-Beitritt verbundene volle Teilhabe an der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wird eine wirklich substantielle Unterstützung für den Reformprozess der neuen Mitgliedstaaten nach sich ziehen.

BEFRISTETE UND UNBEFRISTETE FÖRDERINSTRUMENTE

Die notwendige Unterstützung der Reformen im Landwirtschaftsbereich und ihrer sozialen Abfederung war eine der großen und durchaus kontroversen Fragen der Beitrittsverhandlungen. Im Ergebnis konnten Lösungen gefunden werden, die auf die Entwicklungsbedürfnisse der künftigen Mitgliedstaaten zugeschnitten sind. So sieht der Beitrittsvertrag für den Zeitraum von 2004-2006 eine besondere Regelung für den Be-

reich der ländlichen Entwicklung vor. Sie basiert in erster Linie auf einem neuen, zeitlich befristeten Instrument für die ländliche Entwicklung (Temporary Rural Development Instrument, TRDI), das aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantie Fond für Landwirtschaft (EAGFL) finanziert wird. Dieses Instrument soll die Finanzierung von sogenannten flankierenden Maßnahmen ermöglichen, wie Agrarumweltmaßnahmen, Vorruhestandsregelungen für Landwirte, die Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen, Ausgleichszulagen in benachteiligten Gebieten und Gebieten mit umweltspezifischen Auflagen, die Förderung von Semi-Subsistenzbetrieben, die sich in der Umstrukturierung befinden, oder die Gründung von Erzeugergenossenschaften.

Nach dem Beitritt kommen die neuen Mitgliedstaaten ebenfalls in den Genuss sogenannter nichtflankierender Maßnahmen. Dazu zählen beispielsweise die Förderung der Berufsbildung von Junglandwirten, des Aufbaus von Vertretungs- und Betriebsführungsdiensten für landwirtschaftliche Betriebe oder von Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Bevölkerung. Maßnahmen der Dorferneuerung und -entwicklung sowie der Erhaltung des ländlichen Kulturerbes, die Schaffung alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten und Einkommensquellen sowie die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Wasserressourcen sind ebenfalls förderfähig.

Mit Ausnahme der Agrarumweltmaßnahmen, die obligatorisch angeboten werden müssen, können die neuen Mitgliedstaaten jeweils frei entscheiden, welche der o.g. Maßnahmen sie in ihre nationalen Programme zur Förderung der ländlichen Entwicklung aufnehmen.

Zudem wurde im Beitrittsvertrag ein stufenweises Hineinwachsen der neuen Mitgliedstaaten in das System der direkten Einkommenszahlungen vereinbart, die übergangsweise nicht an die Produktion, sondern an die bewirtschaftete Fläche gebunden wurden. Diese Regelung wurde

unter Berücksichtigung der allgemeinen Einkommensentwicklung in den betreffenden Ländern vorgeschlagen, um nicht zusätzliche soziale Spannungen und Verwerfungen zu stimulieren. Schließlich berücksichtigt der Beitrittsvertrag auch die Herausforderungen, die die Anpassung der Veterinär- und Gesundheitsstandards an die hohen Normen der EU gerade für kleinere und mittlere Unternehmen bedeutet. Dabei wurde jedoch ausgeschlossen, dass Produkte in den europäischen Binnenmarkt gelangen können, die nicht den EU-Anforderungen entsprechen, um das hohe Niveau des Verbraucherschutzes nicht zu gefährden.

Die Europäische Kommission hat im Januar 2004 beschlossen, die EU-Finanzierung für die Entwicklung des ländlichen Raums in den neuen Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2004-2006 auf 5,76 Mrd. (zu laufenden Preisen) festzusetzen, um die anspruchsvollen Aufgaben der Modernisierung, Umstrukturierung und Erreichung der EU-Produktionsstandards zu unterstützen und gleichzeitig zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung in ländlichen Gebieten beizutragen.

CHANCEN UND REALITÄTEN DER ERWEITERUNG

Die Erweiterung wird den gemeinsamen Markt um zunächst etwa 75 Mio. neue Konsumenten vergrößern. 4 Mio. neue Landwirte werden hinzukommen. Zudem sind die künftigen Mitgliedsstaaten stabile Wachstumsmärkte, und die Kaufkraft dort wächst derzeit etwa doppelt so schnell wie in der heutigen EU. Es ist damit zu rechnen, dass deshalb die Nachfrage nach Qualitäts- und Markenprodukten in den neuen Mitgliedsstaaten weiterhin stark steigen wird, denn dies ist in der Regel eine Folge einer verbesserten Einkommenssituation. Das bedeutet für die Landwirte in allen 25 EU-Staaten neue Marktchancen. Gleichzeitig ist jedoch ebenfalls damit zu rechnen, dass auch der Wettbewerb schärfer werden wird, jedenfalls in dem Maße, wie die Um-

strukturierung der Landwirtschaft in den beitretenden Ländern gelingt.

Dort leiden viele Landwirte unter Kapitalmangel, was notwendige Investitionen hemmt. Viele haben ebenfalls Probleme im Zugang zu Vermarktungsstrukturen in der heutigen EU. Hinzu kommt, dass Verbraucher der heutigen EU-Staaten kaum Produkte dieser Länder nachfragen, obwohl die neuen Mitgliedstaaten einiges anzubieten hätten. Überdies weisen viele eine ungünstige Altersstruktur der Landwirte auf, was sich ebenfalls als ein Hemmschuh erweisen könnte. In einigen Segmenten allerdings, wie etwa beim preisgünstigen Anbau von Futtergetreide, Raps und bei nachwachsenden Rohstoffen, bestehen für die Landwirte der neuen Mitgliedstaaten ganz klare Chancen, und die landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen in der EU werden sich diesen verändernden Märkten anpassen müssen. Aus den genannten Gründen ist deshalb unsicher vorhersehbar, dass die Landwirte und die Lebensmittelindustrie in den gegenwärtigen Mitgliedsstaaten zunächst stärker von der vollen Öffnung der Agrarmärkte profitieren werden als die Landwirte der Beitrittsländer, obwohl auch diese durch die gleichberechtigte Teilnahme an der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gewinnen werden.

DIE NEUE POLITIK ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS UND IHRE GRUNDSÄTZE

Die Förderung der Entwicklung der ländlichen Räume, die 80% des Gemeinschaftsterritoriums ausmacht, ist schon seit langem als wichtiges agrarpolitisches Ziel in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU verankert. Sie werden von der Globalisierung des Welthandels und den gestiegenen Qualitätsansprüchen der Verbraucher betroffen. Daraus ergeben sich veränderte Anforderungen an die Agrarproduktionen mit Rückwirkungen auf die lokale Wirtschaft im ländlichen Raum. Wichtig ist deshalb, diese Veränderungen so zu begleiten, dass der territoriale, wirtschaftliche und

soziale Zusammenhalt in den Staaten und in der EU durch eine starke Stellung des ländlichen Raumes bewahrt und gefestigt wird.

Deshalb setzt die Europäische Union auf die Fortführung des Reformkurses, der mit der Agenda 2000 eingeleitet wurde. Während eher produktionsbezogene Maßnahmen für die Landwirtschaft abgebaut werden, werden die erzeugerorientierte Unterstützung und die Nachhaltigkeit stärker gefördert. Kernanliegen dieses Reformprozesses ist es, eine wettbewerbsfähige europäische Landwirtschaft zu bewahren und gleichzeitig die vielfältigen Bedürfnisse des ländlichen Raums, die Erwartungen der heutigen Gesellschaft und die umweltpolitischen Notwendigkeiten besser zu berücksichtigen. Die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums zielt deshalb auf die Schaffung eines kohärenten und nachhaltigen Rahmens, der die Zukunft der ländlichen Gebiete als einen integrierten Politikansatz versteht und durchsetzt.

Die moderne Landwirtschaft ist multifunktional und kann nicht allein auf die Produktion von Lebensmitteln beschränkt werden. Sie spielt zum Beispiel eine wichtige Rolle bei der Bewahrung und Pflege der Umwelt oder der regionalen Kulturen. Sie ist eine Beschäftigungsquelle und kann ein wichtiger regionaler wirtschaftlicher Faktor, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Tourismusindustrie, sein. Moderne Politik zugunsten der Landwirtschaft und der ländlichen Räume setzt deshalb auch die Anerkennung und Förderung der breiten Vielfalt der von den Landwirten erbrachten Dienstleistungen für die Gesellschaft voraus.

EINMÜTIG FÜR LEBENDIGE LÄNDLICHE RÄUME

Diese Herausforderungen sind ungeteilt in der erweiterten Union. Die künftigen Mitgliedsstaaten haben in diesem Zusammenhang zwar einerseits an der Hypothek ihrer Vergangenheit zu tragen, die ihnen andererseits allerdings einige Vorteile einräumt. Zum

Beispiel kann sich der Aufbau extensiver und umweltschonender Produktionen dort einfacher gestalten, da der Mangel an Kapital in vergangenen Jahren ohnehin den Einsatz von Chemikalien beschränkte. Zudem ist deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger der künftigen Mitgliedsstaaten uneingeschränkt auf eine multifunktionale Landwirtschaft in lebendigen ländlichen Räumen setzen. Laut einer Eurobarometer-Umfrage vom März 2003 betrachten sie die Verbesserung der Lebensbedingungen in den ländlichen Räumen neben der Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit als höchste Priorität der Agrarpolitik. Rund 88% der Befragten waren der Ansicht, dass die GAP der EU auf dieses Ziel ausgerichtet werden sollte. Zudem befürworteten 67% der Befragten, dass die Europäische Union weniger an Subventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zahlen und statt dessen mehr Mittel auf die Erhaltung und Entwicklung der ländlichen Räume, verbunden mit einer direkten Einkommensstützung für die Landwirte, verwenden sollte. Dieser Erwartungshaltung wurde im Beitrittsvertrag entsprochen, dessen Regelungen im Reformtrend der gemeinsamen Agrarpolitik liegen. Hinzugefügt werden sollte, dass die beschriebene Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger der künftigen Mitgliedsstaaten nahezu deckungsgleich ist mit den Erwartungen, die in der heutigen EU vorherrschen.

Damit gibt es eine große öffentliche Einmütigkeit in der sich erweiternden EU, was die Zielrichtungen moderner Politik für die Landwirtschaft und die Entwicklung der ländlichen Räume angeht, und diese Einmütigkeit ist unzweifelhaft der entscheidende Schlüssel zum Erfolg. <<

KASIMIR RABSZTYN

Die polnische Landwirtschaft vor der EU – Beispiel Malopolska

Die Agrarstruktur Polens ist derzeit fast gleich wie vor 50 Jahren. Ungefähr 27% der Menschen sind in der Landwirtschaft beschäftigt, aber weniger als die Hälfte von denen leben von der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Nutzfläche zählt ca. 18,5 Millionen ha. Ca 92% des Bodens befinden sich im Privatbesitz. Ein Bauernhof hat im Durchschnitt 9 ha in 3 Teilen. Es gibt fast zwei Millionen Höfe, ein Drittel davon gehört Rentnern. Über 40% der Höfe produzieren vielseitig, ohne Spezialisierung. Etwa 63% des Bodens sind im Besitz von rund 20% der Bauern. Übrigens ist Polen das einzige Land im ehemaligen Ostblock, in dem die Bauern den Boden behalten haben. In der Agrarstruktur spiegelt sich immer noch die Teilung Polens aus dem 18. Jahrhundert.

AGRARPOLITIK DES STAATES

Seit der Wende 1989 steht Polen vor der Frage: Wo soll man mit dieser Agrarstruktur hin und wie soll die Landreform aussehen? Um die Probleme zu lösen, wurden folgende Leitlinien der Agrarpolitik entwickelt:

- » Entwicklung und Restrukturierung der Familienbetriebe,
- » Entwicklung der Infrastruktur auf dem Land,
- » Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze auf dem Land,
- » Umweltschutz im landwirtschaftlichen Bereich.

In den letzten dreizehn Jahren fanden in der Landwirtschaft Polens eine Reihe von Veränderungen statt – als Folge des Zusammenbruchs der wirtschaftlichen Zentralverwaltungen, aber auch aufgrund der sehr starken Propaganda für ein neues Ernährungsmodell. So ist z. B. der Verbrauch der Butter um 50% gesunken (von 8 kg auf 4 kg /Person/Jahr), gleichzeitig aber der von Pflanzenöl um 100% gestiegen (von 8 kg auf 19 kg/Person/Jahr).

- » Ca 10% des Bodens wurden zu Brache
- » Der Tierbestand ist stark gesunken: Milchkühe um 35%, Schweine um 15%, Schafe um 90%
- » Der Einsatz von Kunstdünger wurde von 180 kg NPK auf ca. 90 kg pro ha reduziert
- » Die Arbeitslosenrate ist auf 18% gestiegen, auf dem Lande, besonders in Pommern, auf bis zu 30%.

PERSPEKTIVEN

Im Dezember 1991 hat Polen den EG-Assoziierungsvertrag unterschrieben, der 1994 in Kraft trat. Damit beeinflusst die Agrarpolitik der EU die Landwirtschaft Polens mit den Folgen, die in den EU-Ländern wie Spanien, Portugal oder Österreich bekannt sind: Ca. ein Drittel der zwei Millionen Bauernhöfe soll hoch produktiv sein, das heißt – wachsen. Höfe unter 5 ha sollen arbeitsintensiv werden mit Produktion unter Folie oder Glas (Tomaten, Gurken, Erdbeeren, Frühkartoffeln, Blumen und andere) sowie Beeren, Heilpflanzen etc. Höfe über 15 ha sollen kapitalintensiv

werden mit Getreide, Kartoffeln, Raps, Zuckerrüben, Milchkühe, Mastschweine etc.

Seit 1996 arbeitet Polen intensiv an der Harmonisierung der polnischen Regelungen an die EU-Anforderungen. Im Bereich Landwirtschaft bedeutet dies ca. 180 Regulationen, die die EU-Standards und Normen betreffen, in erster Linie im Bereich Sanitär-, Veterinär- sowie Phytosanitär-Hygiene. Der Prozess wurde im Dezember 2002 beendet. Nun soll Polen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU einführen.

REGIONALISIERUNG

In Malopolska in Südostpolen (Voivodschaften Krakow, Rzeszow, Kielce) gibt es viele kleine Bauernhöfe mit durchschnittlich 4 ha Fläche. Den Bauern gehören mehr als 94% des Bodens. Mit sieben Millionen Einwohnern leben in der Region ca. 18% der Bevölkerung Polens. 54% der Bevölkerung leben auf dem Land, 38% sind in der Landwirtschaft beschäftigt. 30% der Höfe sind Selbstversorger und bauen fast alles an: Getreide (Weizen, Roggen, Hafer, Buchweizen, Gerste, Mais), Kartoffeln, Obst, Gemüse sowie Futterpflanzen für 1 – 3 Milchkühe, 2 – 10 Schweine, 30 – 50 Hühner und Geflügel. Relativ viele Bauern, obwohl die Zahl abnimmt, arbeiten noch mit Pferden, da sie keinen Traktor haben. Die Nebenerwerbsbauern verkaufen ihre Überschüsse auf Wochenendmärkten in den Städten und Städtchen. Das Einkommen der kleinen Bauern stammt zu ca. 30% aus der Landwirtschaft, ca. 30% aus dem Nebenerwerb, ca. 20% aus Handarbeit und Tourismus und ca. 20% aus sonstigen (Rente, Saisonarbeiten, Arbeit im Ausland). Für die Region Malopolska wurde im Jahr 1997 ein Regionalplan vorbereitet. Dessen Hauptziele sind:

- » Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Land
- » Ökologisierung der Agrarproduktion
- » Entwicklung des Biolandbaus
- » Entwicklung der technischen Infrastruktur: Wasserleitung, Kanalisation mit Kläranlagen, Straßen, Abfallplätze auf dem Land
- » Erziehung und Bildung auf dem Land
- » Unterstützung lokaler Initiativen.

WILDE NATUR UND KLEINBAUERN SCHÜTZEN

Polen hat einen ländlichen Raum, der in vielen Gebieten besonders reich an wilder Natur, schöner Landschaft und gut erhaltenen kulturellen Bräuchen ist. Es gibt noch viele Bäuerinnen und Bauern, die ihre Arbeit lieben. Dieses wertvolle Gut könnte in den nächsten Jahren verloren gehen.

Deshalb hat sich in Südostpolen eine neue Initiative mit dem Namen „Internationale Koalition zum Schutz des polnischen ländlichen Raumes“ entwickelt.

Um Lösungen für den Schutz des ländlichen Raumes in Polen zu finden, wird eine Koordination zwischen Bauern, Ökologen, Experten und den lokalen Gemeinden entwickelt. Gefordert wird unter anderem, dass die polnische Regierung nicht die Fehler der an-

deren Länder Europas wiederholt und damit das Land und Tausende von Kleinbauern und -bäuerinnen in den Ruin treibt. Ferner sollen industrialisierte Produktionsmethoden nicht erlaubt werden.

MURE: DENKT GLOBAL, ESST LOKAL!

MURE (Malopolska Unia Rolnictwa Ekologicznego – Malopolska Koalition für Öko-Landbau) wurde im Jahr 1998 gegründet als eine Kooperation der Produzenten- und Konsumentengruppen, die im Bereich Bio-Landbau in Südostpolen (Malopolska) tätig sind. Hauptziel der MURE ist die Förderung der nachhaltigen Produktion und Konsumtion der Bio-Nahrung. Der Bio-Landbau kann eine Lösung angesichts wachsender Arbeitslosigkeit auf dem Lande sowie gegen die Gefahr der chemischen Verschmutzung der Umwelt sein. Die MURE koordiniert die Aktivitäten der 16 angeschlossenen, mehrheitlich Verbraucherorganisationen und -gruppen. Schon seit 1998 hat die MURE Ausstellungen mit den Themenschwerpunkten Bio-Produkte und Öko-Touristik vorbereitet, die zum Beispiel beim Erntedankfest am Krakauer Markt und in anderen Orten zu sehen sind. Die Ausstellungen wurden von Tausenden von Krakauern und Touristen besucht. Seit 2000 ist die Erziehung und Bildung der Jugend der Schwerpunkt. Diese Aktivität geschieht über die Gemeinden, wie Krakow und andere Städte, in Zusammenarbeit mit Grund- und Mittelschulen. Die Schüler und Schülerinnen sowie ihre Eltern hören in der Schule Vorträge über Bio-Nahrung. Danach besuchen sie die Biohöfe, wo es verschiedene Lehrthemen gibt, z. B. „vom Körnchen bis zum Brötchen“.

Da „Frankenstein Food“ schon unterwegs nach Polen ist, hat MURE mit Hilfe des Polnischen Öko-Clubs eine Kampagne mit Broschüren, Plakaten und Werbung angefangen unter dem Motto „Denkt global – esst lokal“.

„DIE OPTIMALEN“

Seit 1998 besteht in Polen eine an die Öffentlichkeit getretene Organisation der Konsumenten, die sich „Die Optimalen“ nennen; „Optimale“ deshalb, weil sie das optimale Ernährungsmodell, nach Dr. Jan Kwasniewski, für den Menschen entwickelt haben.

(Tatsache ist, dass der menschliche Körper die drei Nährstoffgruppen, Eiweiße, Fette und Kohlenhydrate, in einem bestimmten Verhältnis – 1:3:0,5 – aufnehmen muss, um seine Gesundheit zu erhalten. Dabei wird eine fettreiche und kohlenhydratarme Diät angestrebt. Wichtig ist es, die biologisch wertvollen Lebensmittel zu essen.) Darüber hinaus zeigt die schnell wachsende Gruppe großes Interesse an gesunder Nahrung und besonders an Bio-Produkten.

BIOBAUERN PROJEKT

Das Projekt startete im Jahr 1999 südlich von Krakow in den Raba-Auen. Sein Ziel ist die Vermeidung der von der Landwirtschaft verursachten Wasserverschmutzung. (Es handelt sich um Stickstoff und Phos-

phor.) Begonnen mit einer Gruppe von 5 Bauern im Jahr 1999, umfasste die Kleinpolnische Agrar-Stiftung, der die Projektleitung obliegt, im Jahr 2002 schon sieben Gruppen und 80 Bauernhöfe. Diese Bauern und Bäuerinnen haben Biolandbau-Kurse, Marketing-Kurse sowie Fachexkursionen absolviert. Die Höfe besitzen das Bio-Siegel der PTRE – der Polnischen Gesellschaft

für Ökologischen Landbau. Das Projekt wurde von der Gemeinde Krakow unterstützt, weil Krakow 70% des Trinkwassers dem Fluss Raba entnimmt.

Die Bio-Produkte werden entweder am Ort an Touristen verkauft oder nach Krakow an „Die Optimalen“ geliefert. <<

GERHILD COSOROABA

Chronische Niedergeschlagenheit.

Wenn Rumänien in die EU kommt. – Stimmung auf dem Land

Rummel um Baronin Nicholson: Die europäische Dame ist das Morgen- und Abendgast der rumänischen Radiosender. „Was wird sie sagen?“, fragt auch die Presse vor dem Besuch der Rumänien-Berichterstatterin des Europa-Parlaments, Emma Nicholson, die ein Aussetzen der EU-Beitrittsverhandlungen mit Rumänien gefordert hatte. Nun sagte sie anlässlich ihres Besuchs im Februar in Bukarest, dass es nicht ausgeschlossen sei, dass Rumänien wie angestrebt am 1. Januar 2007 der EU beitreten könne, doch dafür müsse das Land „noch viel tun“.

DIE MENSCHEN SIND ARM

Frau A. stand drei Tage und zwei Nächte vor dem Arbeitsvermittlungsamt Schlange, um ja eine Stelle als Erdbeerpflückerin in Spanien zu ergattern. Mit dem Geld, das sie dort verdienen wird, kann sie eine kleine Zentralheizung in ihre Zweizimmer-Blockwohnung einbauen lassen. Im Heimatdorf in der Region Moldau hat die Familie zwar einen Garten, aber der Ertrag reicht kaum für den Eigenbedarf. Erdbeeren in Spanien, das ist der einzige Lichtblick. Und 5 Euro die Stunde ist ein Spitzenlohn. Ein Schuldirektor oder eine Arzthelferin in Rumänien verdienen viel weniger.

Ganz zu schweigen von der Landbevölkerung. Die Rente einer Bäuerin, die ihr Leben lang in der land-

wirtschaftlichen Produktions-Genossenschaft schwer gearbeitet hat, beträgt heute 600.000 Lei (15 Euro). Die sechzigjährige Frau B. musste sich einen Zahnersatz besorgen. Unerschwinglich. Schon der Bus bis in die Stadt ist zu teuer. Also bleibt Frau B. zu Hause und ohne Zähne. Sie hat ihre eigenen Sorgen. Über den EU-Beitritt Rumäniens denkt sie nicht nach.

INFORMATION GERÜCHTEWEISE

Gute Zeitungen werden am Dorf nicht gelesen, bedauert ein Pfarrer. Die Leute geben sich keine Rechenschaft darüber, was auf sie zukommt. Sie können sich keine Meinung bilden, weil sie nicht informiert sind. Bloß gerücheweise. Was? Darf ich in der EU nicht

» Viele Landwirte ackern tatsächlich noch mit Pferd und Handflug. Die Kartoffeln werden zwar meist maschinell ausgebuddelt, aufgelesen werden sie aber von Hand. «

mehr mein Schwein im Hof schlachten? Nicht mehr meinen Schnaps brennen? Den Schafkäse von den Sennhirten nicht mehr auf dem Markt kaufen (weil der Käse handgemolken, handgeknetet und nicht in Folie geschweißt ist)?

Rumänien tritt der EU bei? „Das ist ein Märchen“, meint ein Landwirt aus Codlea. „Vielleicht 2050!“ Im Winter, wenn die Straßen kaum befahrbar sind und kaputt gehen, dann zeige sich, wie weit wir noch von Europa entfernt seien.

AUSGELIEFERT

Das Leben ist schwer genug. Es muss scheinbar bewältigt werden. Große Zukunftspläne werden nicht geträumt und schon gar nicht bewusst vorangetrieben. Man gibt sich keinen Illusionen hin. Landleute in Saschiz zum Beispiel fühlen sich zudem der Willkür der „großen und kleinen Räuber im Lande“, den Ämtern und Bürokraten ausgeliefert und auch den großen Herdenbesitzern, die ihre Schafe einfach die Felder der Kleinbauern abgrasen lassen. Mag die Gesetzgebung auch verbessert werden, was nützt es, wenn die Gesetze nicht zur Anwendung kommen?

„Die Aussichten in der Landwirtschaft sind schwarz. EU? Dann wird es noch schwerer“, meint in Cârta der Vorsitzende eines der wenigen Landwirtschaftsvereine.

IM MÄRZEN DER BAUER DIE RÖSSLIN EINSPANNT

Der durch den sozialistischen Staat enteignete Grund ist noch nicht allen rechtmäßigen Eigentümern überschrieben worden. Das ist einer der Gründe, weshalb sich Landwirte nicht zusammenschließen. Eine andere Frage ist, ob sie das überhaupt wollen. Zu sehr haben sie unter der Zwangskollektivisierung gelitten. So bearbeitet jede Familie ihre unrentablen Flächen, im Durchschnitt 1,5 Hektar pro Wirtschaft.

Der Elektroingenieur C. bearbeitet an den Wochenenden den Hof seines Vaters in den südlichen Vorkarpaten. Für Saatgut und Traktormiete muss er mehr zahlen, als von dem Feld einkommt. Er bearbeitet es trotzdem. Was sagen sonst die Nachbarn?

Viele Landwirte ackern tatsächlich noch mit Pferd und Handflug. Die Kartoffeln werden zwar meist maschinell ausgebuddelt, aufgelesen werden sie aber von Hand. In manchen Gegenden hütet sogar jeder seine eigenen Tiere, statt sie gemeinsam auf die Weide treiben zu lassen. So arbeitsaufwändig ist die Landwirtschaft immer noch.

In Rumänien bilden die Beschäftigten in der Landwirtschaft einen Anteil von 44 % an den Erwerbstätigen. Das ist im europäischen Vergleich sehr viel. (Polen 19%, Bulgarien 9,7%, Ungarn 6,1%, EU bloß 4,2% .) Trotz der vielen Beschäftigten und der relativ großen Anbaufläche (14,8 Millionen Hektar Nutzfläche) importiert Rumänien Getreide, Gemüse, Fleisch und gebrauchsfertige Lebensmittel.

FIT FÜR DIE EU?

Für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Gebiete sieht der Finanzierungsvorschlag der Europäischen Kommission für Rumänien 2,42 Milliarden Euro vor. Um strukturschwache Gebiete von 2007 bis 2009 zu fördern, hat die Kommission 5,97 Milliarden Euro für Rumänien angesetzt. Steht in der Zeitung. Was erfährt und hat der Bauer davon? Nichts. Er arbeitet weiter wie bisher. Unrentable Betriebe werden eingehen müssen, nur große Betriebe können auf Subventionen hoffen. Wie wird es mit den vielen kleinen Wirtschaften weitergehen?

Ob das der amtierende rumänische Landwirtschaftsminister weiß? Dessen Namen kennt jeder im Lande. In die Schlagzeilen geriet er zu Neujahr, als er sich auf der Jagd verletzt hatte. Schrotschuss in Bein und Hoden. Zugleich wurde auch bekannt, dass er die Jagdsaison für Gämse zwei Wochen vorverlegt hatte, weil allerhöchste Parteileute bereits Lust zum Jagen hatten.

Zum Schluss soll der französische Botschafter in Bukarest, Philippe Etiënne, zitiert werden. Er forderte Rumänien auf, die Reformen nicht „Brüssel zuliebe“ durchzuführen (wie es wohl scheint), sondern einzusehen, dass diese für das eigene Land nötig seien. Mehr Energie im Reformprozess sei nötig, sagte der Diplomat.

Das rumänische Sprichwort sagt: „Maisbrei kocht langsam.“ «

Landgrenzen im Grenzland zur Schweiz

„Grenzbauern in Wut, weil der Staat nichts tut.“ Mit dieser Botschaft machten am Abend des 17. Dezember 2004 mehr als 200 Grenzbauern in Ühlingen-Untermettingen im Landkreis Waldshut ihrem Ärger Luft. Sie empfingen eine große Schar angereister Journalisten und Politiker aus der Schweiz und aus Baden-Württemberg. Untermettingen liegt in Sichtweite zu schweizerischen Gemarkungen des Kantons Schaffhausen. Und Schaffhauser Bauern sind es, die mit Landpacht und Landkauf auf badischer Seite die sonst friedfertigen Landwirte auf die Palme bringen.

Mit einem Fackelzug und einem weit in die Schweiz hinein sichtbaren Mahnfeuer bekundeten die aufgebracht Bauern ihren Unmut gegen die ungezügelt Landnahme schweizerischer Berufskollegen auf deutschem Hoheitsgebiet. Bei knisterndem Feuer und vorlaufenden Kameras wetterten sie ebenso wie Verbandsvertreter des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes (BLHV) gegen den Ausverkauf bäuerlicher Existenzen. Landgrenzen im Grenzland, im zweifach doppelten Sinn der Worte, sind Ursache des Zorns. Das für notwendige Betriebsaufstockungen rare Land ist teuer und geht immer häufiger in Schweizer Hand. Ein einseitig für schweizerische Bauern vorteilhaftes „Freizügigkeitsabkommen“ schürt einen „Bauernkrieg am Hochrhein“, wie Journalisten titulierte.

RARES LAND – STEIGENDE PREISE

Dieser Streit um begrenzte Bewirtschaftungsflächen lodert bereits seit den 70er Jahren. Er flammt immer dann wieder auf, wenn Schweizer Landwirte ihren deutschen Berufskollegen „Filetstücke“ an Acker- oder Grünlandflächen vor der Nase weg schnappen oder wenn mühsam durch Kauf und Pacht zusammen gestellte Bewirtschaftungsschläge durch Heraus-Kauf und Heraus-Pacht zerschnitten werden. Neuester Anlass für den Unmut der Grenzbauern ist ein Abkommen, das die Eidgenossen mit der Europäischen Union abgeschlossen haben. Im Juni 2002 wurde diese EU-rechtliche Regelung von der Bundesrepublik Deutsch-

land ratifiziert und in Kraft gesetzt. Dieses Abkommen soll die wirtschaftlichen Chancen für unternehmerisches Handeln beidseitig verbessern. Es enthält ein Diskriminierungsverbot. Das gilt bei der Betriebsansiedelung ebenso wie beim Landkauf. Den schweizerischen Bauern dürfen damit Pacht- und Kaufverträge nicht mehr mit Hinweis auf „eine ungesunde Verteilung von Grund und Boden“ nach dem Grundstücksverkehrsgesetz und dem Landpachtgesetz verwehrt werden.

Gleiches gilt im Gegenzug für deutsche Bauern, die sich in der Schweiz nach Land umsehen. Doch diese scheinbare Ausgewogenheit der Vereinbarung trägt. Für einen EU-Bauern macht es keinen Sinn, teures Land in der benachbarten Schweiz zu bewirtschaften und die Ernte dann in der Niedrigpreis-EU auf den Markt zu bringen. Nur im umgekehrten Verhältnis wird die Freizügigkeit belohnt. Bei dreifach höheren Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Produkte in der Schweiz rechnet es sich für grenznahe Schweizer Landwirte der Kantone Schaffhausen und Zürich, ihre Wirtschaftsfläche auf badisches Gebiet auszuweiten. Dies, zumal ein Zollabkommen aus dem Jahr 1959 den abgabefreien Import dieser Feldfrüchte gewährleistet. Da kann dann großzügig ein für deutsche Verhältnisse überhöhter Preis für Land geboten werden. Die Wirkung auf dem Bodenmarkt im grenznahen badischen Bereich ist verheerend. Wer als EU-Bauer überleben will, muss wachsen und ist auf Acker- und Grünland angewiesen. Bei sinkenden Preisen für Milch,

Fleisch und Feldfrüchte bleibt für Pacht und Kauf immer weniger übrig. Und doch gibt es keine Zukunft, wenn Land als Wirtschaftsgrundlage fehlt. Allein vom Ackerbau kann niemand in der kleinstrukturierten Landwirtschaft im deutschen Südwesten überleben. Veredelung durch Milchvieh- oder Schweinehaltung ist oft der einzige Weg. Wer seine Stallkapazität ausweitet, muss dazu aber Fläche nachweisen. Das gebieten Fachgesetze zum Schutz der Umwelt. Der von den Tieren anfallende Dung muss auf der eigenen Bewirtschaftungsfläche ohne Gefahr für eine Überdüngung und für Nitratbelastungen des Grundwassers verwertet werden können. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis – auch bei Landpacht und Landkauf. Schweizer Begehrlichkeit auf Land erhöhen den Preis auf begrenzte Land-Ressourcen.

Landhunger der schweizerischen Bauern schuf nach Ende des II. Weltkrieges vielen Bäuerinnen, deren Männer und Söhne im Krieg geblieben waren, eine willkommene Möglichkeit, sich von der erdrückenden Last der Flächenbewirtschaftung zu befreien und durch Pachteinahmen und Landverkauf an schweizerische Landwirte wirtschaftlich über Wasser zu halten. Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland veranlasste in den 50er Jahren viele Kleinbauern, ihre Höfe im Nebenerwerb weiter zu bewirtschaften. Brachflächen waren auch im Grenzland keine Seltenheit. Damals waren schweizerische Landwirte gerne gesehene Partner. „Angestammtes Land“ nennen Deutsche und Schweizer diese Flächen, die einvernehmlich zur Sicherung der Eigenversorgung der Schweiz mit Lebensmitteln ihrer heimischen Bauern auch auf deutschem Hoheitsgebiet bewirtschaftet werden. Bis in die 90er Jahre hatten Schweizer Landwirte 338 Hektar Land von deutschen Eigentümern erworben und 1.460 Hektar zugepachtet.

FLÄCHENHUNGER VERDREIFACHT

Für diese „angestammten Flächen“ erhalten die Schweizer Bauern 75 Prozent der in der Schweiz üblichen Flächenprämien. Sie sind mit 1.200 Franken Grundprämie pro Hektar sowie 400 Schweizer Franken Zusatzprämie für ökologisch schonende Wirtschaftsweise dreifach höher als die in Baden-Württemberg und der EU üblichen Flächenprämien. Solche Prämien werden als Ausgleich für Marktpreissenkungen und ökologische Wirtschaftsweisen gewährt. In der Schweiz erzielen die Bauern, umgerechnet auf Euro, Getreidepreise von 33 €/dt. In der EU liegt der Erzeugerpreis durchschnittlich bei 11 €/dt. Das erklärt das Interesse an Land auf badischer Seite des Rheins ebenso wie die Bereitschaft zu höheren Preisangeboten, bei denen EU-Landwirte nicht mithalten können.

Um den Dambruch zu verhindern, galten in der Vergangenheit restriktive Auflagen bei der Genehmigungs- und Beanstandungspraxis für den Landkauf und die Pachtung von Flächen durch Schweizer Landwirte. Sie waren den Nichtlandwirten in Deutschland gleich gestellt. Grundstücksverkehrsgesetz und Land-

pachtgesetz schreiben bisher eine Genehmigungspflicht durch die Ämter für Landwirtschaft vor. Genehmigungen konnten versagt werden, wenn die Kauf- und Pachtpreise wesentlich über den ortsüblichen Preisen lagen und Kauf- und Pachtinteresse deutscher Landwirte vorlag. Der Abschreckungseffekt gerichtlicher Auseinandersetzungen konnte die „Landnahme“ häufig eindämmen. Dieser Damm ist durch das Diskriminierungsverbot des Freizügigkeitsgesetzes gebrochen. Und das sprach sich verständlicher Weise in den Schweizer Grenz-Kantonen rasch herum. Allein im Jahr 2003 verdreifachte sich der Flächenkauf und die Flächenpacht gegenüber dem Vorjahr. Mehr als 3.000 ha badischer Fläche werden von Schweizer Bauern zu Jahresbeginn 2004 bewirtschaftet. Das ist die durchschnittliche Bewirtschaftungsfläche von 100 bäuerlichen Betrieben in Baden. Bezogen auf den Kanton Schaffhausen liegt der Anteil der in Baden bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen der dortigen Landwirte bei 15 Prozent – Tendenz stark steigend.

ZOLLFREIHEIT RUINIERT

Ein nach dem Aufodern der Pacht- und Kauffälle in den 80er Jahren erreichter Stopp der Schweizer Flächenprämie für neu erworbenes deutsches Land brachte nur vorübergehend eine Beruhigung auf dem Bodenmarkt des Grenzlandes. Dreifach höhere Erzeugerpreise bieten den Schweizer Bauern aber noch immer genügend Anreiz zur Betriebsflächenausweitung im Badischen. Das gilt erst recht, nachdem nun die Verwaltungshürden durch das Freizügigkeitsabkommen beseitigt sind. Schweizer Bauern verdienen mit deutschen Äckern so lange, wie sie in der Hochpreis-Alpenrepublik eine angemessene finanzielle Wertschätzung für landwirtschaftliche Produkte erfahren. Voraussetzung ist ferner, dass die seit 1959 vereinbarte Zollfreiheit für den Import ihrer Erzeugnisse in die Schweiz gilt.

Genau dies muss aus berufsständischer badischer Sicht geändert werden. Für den Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverband (BLHV), die südbadische Interessenvertretung der Landwirte, ist es unerträglich, dass ein massiver ruinöser Wettbewerbsdruck durch das ungeschützte Aufeinandertreffen höchst unterschiedlicher Agrarsysteme in der Schweiz und der EU besteht. Die Forderung des Verbandes: Durch einen angemessenen hohen Zoll für die auf neu gepachteten oder erworbenen Flächen produzierten Erzeugnisse beim Import in die Schweiz muss der Wettbewerbsvorteil abgeschöpft werden. Oder es muss im Gegenzug Zollfreiheit auch für die von deutschen Grenzbauern im betroffenen Zollgrenzbezirk erzeugten Produkte gewährt werden. Stichtag für neue zollrechtliche Regelung muss aus BLHV-Sicht das Datum des Inkrafttretens des Freizügigkeitsabkommens am 1. Juni 2002 sein.

VERSTÄNDNIS WÄCHST

Mit ihrer Protestbewegung haben die deutschen Grenzbauern und ihr Verband die Öffentlichkeit und

die Medien erreicht. Es geht nicht nur um das Schicksal einiger weniger Bauern. Betroffen sind auch die Zulieferer und Abnehmer der Grenzbauern. Es geht um Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region und um eine bislang von Bauern gepflegte Kulturlandschaft. Sie ist gefährdet, wenn sich die Schweizer Landwirte gut bewirtschaftungsfähige Flächen sichern und sich für Hanglagen keine Nutzer vor Ort mehr finden.

„Bauern in Wut, weil der Staat nichts tut“ rüttelte politisch Verantwortliche wach. Sie mussten den Vertretern der Medien Rede und Antwort stehen, ob denn der Vorwurf zutreffe. Inzwischen brachte die Landesregierung von Baden-Württemberg einen Initiativan-

trag an die Bundesregierung ein, auf eine Korrektur des Freizügigkeitsgesetzes und des Zollrechts-Abkommens von 1959 mit der Schweiz hinzuwirken. Der Freiburger Regierungspräsident Dr. Sven von Ungern Sternberg traf sich im Juli 2003 in Ühlingen-Birkendorf auf Drängen des BLHV-Präsidenten mit betroffenen Grenzbauern. Er versprach, deren Sorgen auf die Agenda grenzüberschreitender Besprechungen zu nehmen. Und er hielt bislang Wort. Der BLHV führte zahlreiche Gespräche mit Vertretern der kantonalen Bauernverbände, dem Schweizerischen Bauernverband und mit Vertretern des Schweizerischen Bundesrates. Dort wächst das Verständnis, dass es so nicht weiter gehen kann. Das stimmt hoffnungsvoll. <<

MELANIE KREUTZ

Das Grüne Band – Vom Eisernen Vorhang zur Lebenslinie

Von der bestgesicherten Grenze der Welt, dem „Todesstreifen“, der viele Menschen das Leben kostete und Familien schmerzlich trennte, wandelte sich die ehemalige innerdeutsche Grenze zu einer einzigartigen Lebenslinie. Das sogenannte „Grüne Band“ ist heute längster Biotopverbund Mitteleuropas und lebendiges ökologisches Denkmal der Wiedervereinigung.

Unmittelbar nach Öffnung der Grenze 1989 ergriff der Bund Naturschutz in Bayern (BN), der bayerische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), zusammen mit engagierten Naturschützern aus der ehemaligen DDR die Initiative, die entlang der deutsch-deutschen Grenze entstandene Biotopkette als zusammenhängendes Grünes Band zu sichern.

Das Grüne Band ist die zentrale Struktur eines 1393 Kilometer langen, unersetzbaren und einmaligen Biotopverbundsystems von der Ostsee über Elbe und Harz

bis in das bayerisch-sächsische Vogtland. Die hohe naturschutzfachliche Bedeutung liegt vor allem darin, dass dieses Band noch vergleichsweise ununterbrochen ist.

Im Auftrag des Bundesumweltministeriums hat das BUND-Projektbüro Grünes Band eine Bestandsaufnahme des Zustands der wertvollen Lebensräume entlang des ehemaligen „Todesstreifens“ durchgeführt. Die Ergebnisse untermauern die hohe Schutzwürdigkeit des Grünen Bandes. Es wurden 109 verschiedene Biototypen erfasst, von denen die Hälfte stark gefähr-

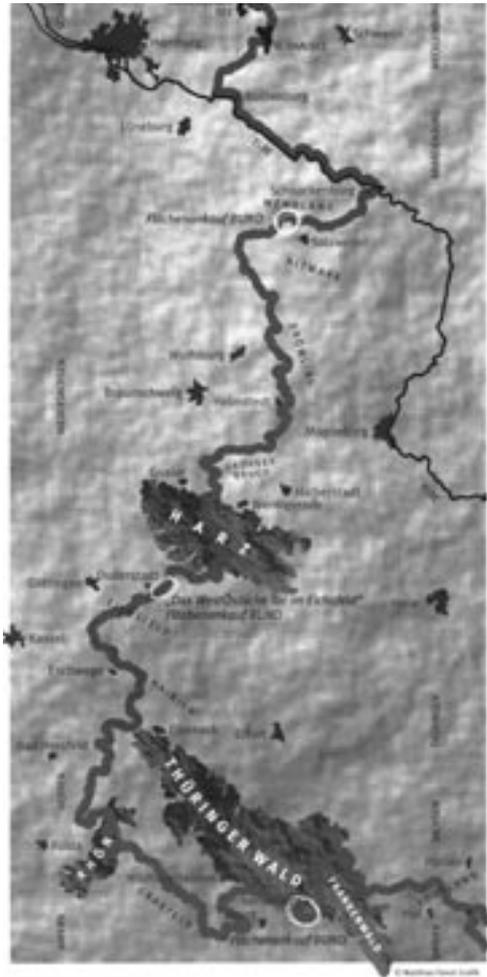
det ist. Auch vom Aussterben bedrohte Tierarten, wie Laubfrosch, Braunkehlchen, Schwarzstorch und Fischotter, finden hier einen Lebensraum.

Die anhaltend große Resonanz in der Öffentlichkeit zeigt das enorme Interesse, dieses unersetzbare Lebensraumsystem zu bewahren. Mit eingenommenen Spenden-Mitteln für das Grüne Band (Grüne Band-Anteilschein) werden vom BUND besonders schutzwürdige Flächen angekauft, die sich bisher in Privatbesitz befinden. Denn dies ist oftmals der einzige Weg zur langfristigen Sicherung und Erhaltung dieses einmaligen Biotop-Verbundes. Die bisherigen Ankaufsgebiete liegen im Landkreis Sonneberg (Südthüringen), im Eichsfeld (Nordthüringen) und im Altmarkkreis Salzwedel (Sachsen-Anhalt). Insgesamt konnten bisher rund 180 ha Fläche vom Verband gesichert werden. Jedoch befinden sich noch zahlreiche Flächen in Privatbesitz, die es zu schützen gilt. Hier wird sich der BUND auch weiterhin im Ankauf von Grundstücken engagieren.

Menschen, die „Anteilseigner“ am Grünen Band werden möchten, erhalten für eine Spende von 65 Euro den Grüne Band-Anteilschein. Sie helfen mit dieser Spende nicht nur ökologisch wertvolle Bereiche des Grünen Bandes zu sichern, sondern haben auch die Möglichkeit, an exklusiv geführten Exkursionen („Aktionsversammlungen“) im Grünen Band teilzunehmen und die einzigartige Natur zu erleben. <<

» KONTAKT:

Internet: www.dasgrueneband.info
Projektbüro Grünes Band:
Dr. Liana Geidezis, Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg; Tel. 09 11 / 81 87 80
liana.geidezis@bund-naturschutz.de



MATTHIAS BARTELS

„Maikäfer flieg“ – aus einer pommerschen Landgemeinde

Maikäfer flieg, der Vater ist im Krieg,
die Mutter ist in Pommernland,
Pommernland ist abgebrannt. Maikäfer flieg.
(Altes Kinderlied)

IST POMMERNLAND ABGEBRANNT? ZUR KIRCHLICHEN SITUATION IM NORDOSTEN

Die Provinz Pommern der Altpreußischen Union war bis 1945 das flächenmäßig größte Kirchengebiet in Deutschland. Der durch die Landwirtschaft ganz besonders geprägte Landstrich war dabei traditionell durch eine vergleichsweise dünne Besiedlung und weitläufige regionale Strukturen gekennzeichnet. Als mit dem Ende des Krieges 1945 die großen Fluchtbewegungen einsetzten und andere politische Grenzen gezogen wurden, verdoppelten sich nun aber im Bereich Vorpommerns nahezu die Bevölkerungszahlen. Ebenso nahmen auch die Kirchengemeinden dort zahlenmäßig entsprechend zu. In Einzelfällen wurden damals in Vorpommern sogar neue Pfarrämter eingerichtet, um die rasant wachsenden Aufgaben zu bewältigen und auf die Flüchtlingsnot zu reagieren.

Außerdem kamen mit den Flüchtlingen aus dem stärker erwecklich geprägten Hinterpommern und aus Ostpreußen oftmals kirchlich sehr viel aktivere und

engagiertere Gemeindeglieder in die bestehenden Gemeinden, so dass – verbunden mit der allgemeinen Rückbesinnung auf „Kirche“ nach dem Krieg – eine spürbare Belebung des kirchlichen Lebens geschah. Nicht selten werden heute von älteren Gemeindegliedern – gelegentlich aber auch kirchenoffiziell – diese Verhältnisse als Vergleichsmaßstab und als wieder anzustrebende Ziele herangezogen.

Die Entkirchlichungs- (und Entchristlichungs-)wellen in den 50er, 60er und 70er Jahren, beschleunigt durch die Drucksituation der sozialistischen Gesellschaft (Stichworte: Massive Einführung der Jugendweiche, Kollektivierung der Landwirtschaft, Aufbau „sozialistischer Dörfer“, Kampagne „Industriearbeiter auf's Land“) brachten dann jedoch besonders für die Landgemeinden gravierende und irreversible Problemlagen mit sich. Die parallel dazu auch einsetzende Landflucht tat ihr Übriges. Die immer wieder geäußerte Mutmaßung, dass all dies ein Prozess des „Gesund-schrumpfens“ auf eine aktive Kerngemeinde sei, erfüllte sich nachweislich nicht, denn das Verlassen der

Kirche geschah bis in den Kern der Gemeinden hinein. Gelegentlich blieben Landpfarrstellen außerdem aus Mangel an Pastoren über Jahre vakant und mussten extern versorgt werden. So verkleinerten sich die Dorfgemeinden bis zum Ende der 80er Jahre weiter. Nach der Grenzöffnung und der Deutschen Einheit 1989/90 traf die Kirchen in Ostdeutschland dann noch eine weitere Austrittswelle, motiviert oftmals durch die Furcht vor Kirchensteuernachzahlungen, aber auch vor vermeintlich hohen laufenden Steuerforderungen. Mancherorts traten so noch einmal bis zu 20 % der Gemeindeglieder in den Jahren 1991/92 aus der Kirche aus – Menschen, die die gesamte DDR-Zeit über der Kirche angehört hatten!

UNGETAUFT, ABGEWANDERT

Heute haben die Kirchengemeinden unserer (Städte und) Dörfer teil an den allgemeinen Problemen des Landes Mecklenburg-Vorpommern und besonders der Region Vorpommern: Da sind zum einen die dünne Besiedlung und die starke Überalterung der Bevölkerung. Dies ist neben der relativ niedrigen Geburtenrate besonders zurückzuführen auf die hohe Abwanderung vor allem junger (und kirchlich aktiver!) Familien. Um die Auswirkungen dieser Abwanderung besonders auf die Kinder- und Jugendarbeit in unserer Gemeinde zu illustrieren, sei ein (zugegebenermaßen besonders extremes) Beispiel aufgeführt: Der Konfirmandenjahrgang 2001/2003 begann mit sieben Vorkonfirmanden, von denen im Lauf der Konfirmandenzeit vier wegzogen.

Die wirtschaftliche Struktur der Region wird immer noch von der Landwirtschaft bestimmt – im doppelten Sinn: Einerseits bilden die Landwirtschaftsbetriebe (Nachfolgefirmen der alten LPGs und Wiedereinrichter) in ihrer Gesamtheit immer noch den stärksten Wirtschaftszweig. Andererseits hat die starke Ausrichtung der Region auf die Landwirtschaft nach 1990 zu einer hohen Arbeitslosenquote geführt, die momentan im Amtsbereich bei über 28 % liegt (bei Herausrechnen der ABM/SAM weit über 35 %). Gegenwärtig erleben wir die Tendenz, dass selbst saisonal kaum noch Entlastungen erfolgen und die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region gegen Null tendieren. Dies hat neben vielen anderen Faktoren (Vereinzelung, Frustration, verringerte Kaufkraft, familiäre Konflikte, Alkoholismus) zur Folge, dass die Quote der Abwanderung sich spiralförmig weiter nach oben entwickelt.

Von all diesen Entwicklungen in besonderer Weise betroffen sind die Kinder und Jugendlichen in unseren Dörfern. Ihr Alltag ist gekennzeichnet von langen Schulwegen, hohem Druck auf dem „Markt“ der Ausbildungsplätze sowie oftmals sehr komplizierten Familiensituationen. Zu dieser Gruppe haben wir allerdings auch einen besonders schweren Zugang: In Pommern werden nur noch 10 bis (höchstens) 15 % der Neugeborenen getauft und nur ca. 8-10 % eines Jahrgangs werden noch konfirmiert!

WELCHE GRENZZIEHUNGEN TRAFEN UNS?

Die Pommersche Evangelische Kirche hat – nach einer kurzen Phase der Hoffnung auf wachsende Zahlen nach 1989 – Mitte der 90er Jahre auf die aus den genannten Gründen sinkenden Gemeindegliederzahlen vor allem auch unter dem Druck sinkender Finanzmittel fast zwangsläufig reagiert mit Strukturreformen im Verwaltungsbereich (von denen wir heute wissen, dass sie dort offensichtlich nicht ausreichend waren), aber auch im Bereich der Pfarrstellen. Von bis dato 220 Pfarrstellen wurden 80 gestrichen. Somit verschoben sich in vielen Fällen auch Gemeindegrenzen. Heute wissen wir, dass diese Reformen nicht immer langfristigen und zukunftssträchtigen Überlegungen angemessen waren, sondern dass gelegentlich auch aktuelle oder persönliche Interessen im Vordergrund standen. In jedem Fall hatten sich jedoch einzelne Orte oder Gemeindeteile, oft ganze Kirchengemeinden und Kirchspiele, aber auch Pfarrerrinnen und Pfarrer sehr unvermittelt auf völlig neue Ausgangsbedingungen einzustellen.

8 KIRCHEN + 10 FRIEDHÖFE + 2 PFARRHÄUSER = 110 QKM = 1 GEMEINDE

Auch an der Kirchengemeinde Altenhagen gingen all diese umrissenen Entwicklungen nicht vorüber. 1919 werden für Altenhagen in der Statistik 1300 Gemeindeglieder genannt (das sind 95 % der Einwohner), 1953 sind es dann 2400, 1970 noch 1100, im Jahr 1992 lediglich 600. Da sind dann allerdings schon die Christen aus Röckwitz, Gützkow, Adamshof und Fahrenholz mitgezählt – Orte, die aus der Mecklenburgischen Landeskirche 1977 aufgrund dauernder Vakanz nach Pommern umgepfarrt bzw. eingemeindet wurden – eine bis heute besondere und seltene Art der Überschreitung von Grenzen.

Noch viel dramatischer erging es der Kirchengemeinde Wildberg: 1919 waren es 1700 „Seelen“, 1953 ca. 2800, 1970 noch 1000 und im Jahr 1992 sind es noch 300!

Der prozentuale Anteil der Kirchenmitglieder an der Bevölkerung ist damit auf ca. 35 % gesunken, allerdings mit deutlichen Unterschieden in den einzelnen Orten.

Die ersten Bewertungen landeskirchlicherseits nach der „Wende“ sprechen 1995 Altenhagen noch 80 %, Wildberg noch 40 % Pfarrstellenanteile zu. Als Ende 1995 die Pfarrstelle Wildberg durch den Ruhestand des bisherigen Pastors frei wird, erwägt man im Zuge der Pfarrstellenstrukturreform in Pommern eine Wiederbesetzung aufgrund der ungünstigen Prognose jedoch gar nicht mehr. Nach längeren Zeiten der Vakanzverwaltung und der Zuordnung der Wildberger Orte zu einer anderen Kirchengemeinde wird die Vereinigung der Kirchengemeinden Altenhagen und Wildberg zum 1.1.2001 dann endgültig vollzogen. Die Kirchengemeinde Wildberg – als ältester dörflicher Gemeindeverband in der Region mit dem schon seit dem 13. Jahrhundert unverändert bestehenden Pfarr-Sprengel – hatte damit aufgehört zu existieren.

Die nunmehrige Kirchengemeinde Altenhagen erstreckt sich jetzt entlang der alten Grenze nach Mecklenburg über das Gebiet von insgesamt 7 politischen Gemeinden mit 20 kleinen und mittleren Dörfern. Alle Kommunen gehören immerhin zu einem Landkreis und bisher auch zu einem Amt (und somit auch einer Schule). 8 Kirchen, 10 Friedhöfe, 2 Pfarrhäuser sind zu unterhalten.

WIE GEHT ES UNS MIT UND IN UNSEREN JETZIGEN GRENZEN?

Schon die so dürr und schematisch beschriebenen Faktoren deuten an, dass die derart veränderten und erweiterten Kirchengemeindegrenzen eine Fülle von äußeren und dann auch inneren Problemen mit sich brachten und bringen, die wir nur mühsam bearbeiten können:

Äußerlich ist die Kirchengemeinde Altenhagen nun gekennzeichnet durch eine auch für pommersche Verhältnisse relativ große Ausdehnung von ca. 110 qkm. Der Pfarrsitz liegt sehr exzentrisch im nördlichsten Ort des ganzen Kirchspiels. Für die pfarramtliche Tätigkeit erfordert die Grenzerweiterung daher etwa eine Verdreifachung der zeitlichen und kilometrischen Mobilität. Besonders für die Kirchenältesten und andere ehrenamtliche Mitarbeiter, eigentlich aber für alle Gemeindeglieder, verlangt sie ein erst zu erwerbendes Gefühl für erheblich erweiterte Wahrnehmungen und Verantwortungen.

Die Anzahl der innerhalb der Gemeinde nun zu bedienenden Gottesdienststätten hat sich auf 8 verdoppelt. Somit musste der Turnus der Gottesdienste stark erweitert werden; in einigen Orten predigt der Pfarrer nur noch alle 4 Wochen.

Auch sind doppelt so viele Friedhöfe und Ländereien zu verwalten, noch stärker stieg die Anzahl der zu unterhaltenden Gebäude und Wohnungen. Selbstverständlich ist dies alles in pommerschen Landgemeinden ohne Mitarbeiter im Verwaltungsbereich zu leisten. Vermerkt sei auch, dass es für diese Tätigkeitserweiterungen der pommerschen Pfarrerinnen und Pfarrer landeskirchlicherseits weder eine Begleitung im Bereich von Supervision oder anderer Beratung gab noch eine Evaluation der neuen Tätigkeitsfelder nach einem angemessenen Zeitraum.

Die Infrastruktur in unserer Gemeinde ist weiterhin klar zweigeteilt. Dies zeigt sich exemplarisch in unterschiedlichen Telefonknotenpunkten, in unterschiedlichen Orientierungen auf Städte oder auch darin, dass die beiden ehemaligen Gemeindeteile nur durch zwei Landwirtschaftsstraßen miteinander verbunden sind, die im übrigen durch Winterdienste nicht bedacht und geräumt werden und uns in pommerschen Wintern manchmal erhebliche Barrieren für die Verbindung bescheren.

EINE GEMEINDE WERDEN

Dies alles wiegt allerdings nur gering gegenüber den auch nach 3 Jahren immer noch bestehenden inneren

» Bei der Frage, wie unsere nun vereinigte Gemeinde im Jahr 2010 eigentlich aussehen und leben soll, stand uns das Bild einer Gemeinschaft vieler Menschen aller Generationen in unserer Region vor Augen «

Schwierigkeiten, die uns beschweren. Wir haben erkennen müssen, dass das kirchengemeindliche Leben trotz relativer räumlicher Nähe doch sehr verschieden beeinflusst und geprägt wurde. Dies lässt sich durch den formalen Akt einer Vereinigung von Kirchengemeinden ja nicht einfach beseitigen. Ungleiche Ausgangspunkte nach 1945, unterschiedliche Siedlungsstrukturen, unterschiedliche Erfahrungen mit der Durchsetzung sozialistischer Landwirtschaftsstrukturen und mit dem Zusammenhalt christlicher Gemeinde haben dazu beigetragen.

Dies führt einerseits zu Schwierigkeiten bei der Vermittlung des christlichen Glaubens. Sind in dem einen Gemeindeteil mehr als 30 % der jüngeren Bevölkerungsteile kirchlich gebunden und zumindest jahres- oder lebenszyklisch auch kirchlich ansprechbar, so wird es im südlichen Gemeindebereich darauf ankommen, hier besonders intensiv tätig zu werden, um überhaupt ein nennenswertes Grundinteresse zu erzeugen.

Dies führt andererseits natürlich auch zu besonderen Schwierigkeiten beim Prozess des Zusammenwachsens von einer „Ansammlung von Orten“ zu einer Gemeinde. Das Bewusstsein, jetzt wirklich einer Kir-

chengemeinde anzugehören, ist bisher einfach noch nicht genügend entwickelt. Die Bereitschaft, auch zu Veranstaltungen in Orten des früher jeweils fremden Gemeindeteils zu kommen, ist noch nicht groß genug. Oft bestimmen hier partielle Interessen und eine gewisse „Kirchturmentalität“ Denken und Handeln vor allem älterer Gemeindeglieder. Dies ist zwar subjektiv verständlich und nicht zuletzt ja auch Ausdruck der Wertschätzung jahrzehntelang vertrauter Strukturen, aber es erschwert die Arbeit doch. Zwar sind hier inzwischen erste Fortschritte zu erkennen, aber dieser Prozess wird noch viel Zeit brauchen und noch etliche Jahre in Anspruch nehmen.

DIE CHANCEN DER GRENZEN ...

Trotz all dieser Schwierigkeiten ist in den letzten Jahren in unserer Gemeinde doch mehr und mehr die Zuversicht gewachsen, die Zusammenlegung der beiden Kirchengemeinden und somit die Veränderung der Gemeindegrenzen weniger als Last denn eher als Chance und Anregung anzunehmen. Für diesen Perspektivwechsel war nicht ausschlaggebend, dass wir plötzlich einer Idealisierung des Faktischen huldigen würden. Auch haben wir dabei eigentlich weniger pragmatische Argumente anzuführen wie etwa, dass eine „größere“ Gemeinde vielleicht eine günstigere Prognose für nach menschlichem Ermessen unweigerlich wieder kommende Strukturformen hat, oder dass die finanzielle Situation durch die Vereinigung sich etwas gebessert hat. All dies mag nützlich sein.

Was uns aber nach einer Phase der Unsicherheit („Wird das Gewohnte so auch bleiben können?“) und verständlicherweise auch der Mutlosigkeit („Dann werden wir ja noch weniger!“) weitergebracht hat, war die nach und nach gemeinsam gewonnene Überzeugung: Die wirklich wichtigen Grenzen und Grenzveränderungen, mit denen wir uns hier in Pommern (und wohl auch darüber hinaus) beschäftigen müssen, sind gar nicht die zwischen Kirchengemeinden oder Pfarorien. Die für uns als Christengemeinde viel wichtigeren Grenzen, die es zu überschreiten gilt, verlaufen zwischen uns und den Menschen, die uns in den vergangenen Jahrzehnten verlassen haben. Sie bestehen im Blick auf die vielen Nachbarn, Arbeitskollegen und Bekannten, die in ihrem Leben noch nie mit dem Evangelium in Berührung gekommen sind und hier im Osten Deutschlands die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachen.

... ODER: WIE SICH SICHTWEISEN ÄNDERN

Insofern hat die Zusammenlegung der beiden Gemeinden nach einiger Zeit zu einer Art Initialzündung für unsere Arbeit geführt, in der uns deutlich wurde: Wir können zwar unter großem Kräfteaufwand versuchen, die hergebrachten Arbeitsformen in größerer Fläche und mit weniger Personal so wie bisher weiterzuführen. Dies wird vielleicht auf Zustimmung bei einem Teil der Gemeindeglieder stoßen. Dies wird für einen gewissen Zeitraum vielleicht sogar auch funk-

tionieren – bei enormer Ressourcenausbeutung. Aber zukunftsfruchtig ist das auf Dauer nicht. Sondern bei der Frage, wie unsere nun vereinigte Gemeinde im Jahr 2010 eigentlich nach unseren Wünschen und Vorstellungen aussehen und leben soll, stand uns das Bild einer Gemeinschaft vieler Menschen aller Generationen in unserer Region vor Augen, die möglichst viele Möglichkeiten haben (können), sich vom Evangelium berühren zu lassen.

Bei unseren Bemühungen, dafür Gelegenheiten zu schaffen und Barrieren abzubauen, kam uns zugute, dass etliche uns früher belastende und hemmende Faktoren (hoher und ineffektiver Verwaltungsaufwand der Friedhöfe, hohe Bauleistungen, ständige Vakanzvertretungen des Gemeindepastors) momentan hinter uns liegen. Neue Projekte konnten daher begonnen werden bzw. sind in Vorbereitung. So haben wir etwa für die einzelnen Orte neue Gottesdienstformen erarbeitet (z. B. Seeufergottesdienst, Osternacht, Osterfrühgottesdienst) und bereiten weitere vor. Die faktische Zielorientierung unserer Gottesdienste auf Senioren konnten wir an diesen Stellen überwinden. Wir haben ehrenamtliche Mitarbeiter gewonnen, die in einer Kirche jeden Samstag eine von ihnen verantwortete Wochenschlussandacht anbieten. Oder wir führen in einem Ort gemeinsam mit einem dort aktiven Verein seit 2 Jahren einen Kultursommer durch, der in einer „offenen Kirche“ Ausstellungen und Konzerte einschließt.

NEUE GRENZEN ÜBERSCHREITEN

Unsere Erfahrungen mit dieser Sichtweise sind bisher ermutigend. Wir haben Menschen erreicht, die bisher keinen Kontakt zur „Kirche“ hatten und z. T. ihre eigene Dorfkirche noch nie von innen gesehen hatten. Und wir haben erlebt, dass diese „Sicht nach außen“ auch uns selbst in unserem Leben als Gemeinde erfrischende neue Impulse gegeben hat.

Ausdruck all dessen sind die hohe Beteiligung von ehrenamtlichen Mitarbeitern an Vorbereitung, Durchführung und Begleitung von Projekten sowie die sehr positiven Reaktionen von Nicht-Kirchenmitgliedern auf unsere Arbeit, nicht zuletzt aber auch eine deutlich gestiegene Zahl von Wiedereintritten in den letzten zwei Jahren.

So hoffen wir und sind zuversichtlich, dass – so Gott will – Pommernland auch in Zukunft kein „abgebranntes“ Land für Glauben und Kirche sein wird, sondern trotz (oder gerade wegen?) schmerzhafter Grenzveränderungen von Kirchengemeinden sich der Blick von unseren eigenen Problemen und unseren engen Grenzen weg wieder stärker darauf richtet, seit langem scheinbar unverrückbar und unüberwindbar geglaubte Grenzen zu den Menschen außerhalb unserer Gemeinden zu überschreiten. <<

Aus fünf mach eins! Kirchspielreform in Mittelfranken

Wo ursprünglich vier Pfarrer in fünf Gemeinden sinnvoll und heilsam gewirkt haben, soll heute ein einziger erfolgreich arbeiten.

Dennoch: Der Satz „dazu bin ich leider nicht gekommen...“ fällt in dem zweistündigen Gespräch mit dem Gemeindepfarrer Gert Sommerfeld nur ein einziges Mal. Er scheint alles im Griff zu haben. Zusammen mit den 20 Mitgliedern der fünf Kirchenvorstände, mit Kraft und Geduld, mit kompetenter Beratung von außen hat er das Ziel erreicht, das ihm der neue Landesstellenplan auferlegt hatte: Aus fünf eigenständigen Gemeinden eine einzige Pfarrei zu bilden.

Als ich mir auf dem Weg zum Kollegen Gert Sommerfeld überlege, wie er das bewältigen wird, bin ich eher in zweifacher Sorge: Wird der Pfarrer unter der Last zusammen brechen oder müssen die fünf Gemeinden so viele Einschnitte hinnehmen, dass sie ihr Profil und ihre Kraft verlieren? Ich sehe eine sehr schwierige Aufgabe, fünf bisher eigenständige Kirchengemeinden in einer neuen Pfarrei zusammenzuführen.

Es sind fünf Dörfer an den Hängen des Altmühltals im südlichen Mittelfranken – jeweils nur drei Kilometer von einander entfernt -, für deren Einwohner die Kirche noch immer von großer Bedeutung ist. 85 % der Bevölkerung zählen zur Evangelischen Landeskirche, protestantisches Kernland par excellence. Mitgliedschaft in der Kirche hat vielleicht nicht automatisch Bekenntnis-Rang, gehört aber zum selbstverständlichen Brauch. Daraus wächst ein ebenso selbstverständlicher Anspruch an Kirche. Wovon andere träumen: Kirche ist in diesen fünf Ortschaften eben „kein Ofen [...], der nur sich selbst wärmt, Reservation für Lebensuntüchtige, frommes Betkränzchen für

harmlose Gemüter, die nichts fertig bringen, als fromm zu sein und diese Frömmigkeit zu kompromittieren.“ (Karl Rahner) Vielmehr ist Kirche mitten im Dorf. Der Bürgermeister betätigt sich seit Jahrzehnten als Organist. Es wäre zu fragen, womit er zuerst begonnen hat: Kirche und Musik oder Politik und Verwaltung? Hat ihn die Kirchenmusik ins Wahlamt gebracht oder umgekehrt? Aus diesem allgemeinen Interesse für Kirche wachsen Ansprüche an sie. Solche Haltung mag manche schrecken, weil sie Arbeit anstößt. In meinen Augen bedeutet sie Ermutigung, mitzutun, dabei zu sein, wo Kirche gebaut wird. Dabei ist mir sehr wohl klar, dass es in der Diaspora oder in den Städten Kirchengemeinden bzw. Pfarreien mit viel höheren Zahlen und ganz anderen Verhältnissen gibt. Freilich halte ich diese hohe Erwartungshaltung und ebensolche Identifikation mit der Kirche am Ort für außerordentlich. Ich bin überzeugt, dass es vielen Kolleginnen und Kollegen im Pfarramt neue berufliche Motivation brächte, wenn sie o.g. Haltung in ihrem Betätigungsfeld spüren könnten.

ZUSAMMENFÜHRUNG

Für Pfarrer Gert Sommerfeld ist die gegenwärtige Zusammenlegung der Gemeinden in eine Pfarrei eine große Aufgabe. Er sieht zuallererst die Freude an dem reichen Schatz dieser ehemaligen Selbständigkeit und die Früchte gewachsener Strukturen. Er will die große Partizipation und Emanzipation sehr vieler Gemeindeglieder als Grundlage für die Weiterarbeit nützen. Die Zahl der Mitarbeitenden liegt (unter Vermeidung von Doppelzählungen) bei 20 %. Es bedeutet einen Verlust an Nähe, Identifikation und Begleitung, wenn eine ganze Pfarrstelle hergegeben werden muss. Kann heute eine Person bewältigen, was vor 50 Jahren noch vier Kollegen ausreichend Arbeit (und Brot) gab? Gerade die Nachhaltigkeit der Besuche durch den Geistlichen, das Licht im Pfarrhaus, die Präsenz im Dorf mit der „Wohngemeinschaft“, die beiläufige Ansprechbarkeit und damit der vorgegebene Zusammenhang zwischen Bürgergemeinde und Christengemeinde bleiben zunächst zurück. Ob das durch stärkere Beteiligung zusätzlicher Menschen in den Dörfern aufgefangen werden kann, wird man erst in mittlerer Zukunft wirklich beantworten können. Da bleiben zunächst einige Fragen.

Denn auf dem Land und mit den oben genannten Erwartungen sieht seelsorgerliche Begleitung und Betreuung für 1.200 Gemeindeglieder anders aus als für 700. Diese Zahlen bedeuten für Sommerfeld als zweites eine große Herausforderung, der er sich stellt. Dabei ist er selbst zuversichtlicher als andere. Einzelne Gemeindeglieder haben trotzdem Sorgen ob der neuen Situation und formulieren sie deutlich. Etliche treue Gemeindeglieder aus den fünf Orten erleben einen Wandel.

Der Prozess – durch den Dekanatsausschuss in Gang gesetzt – dauerte zwei Jahre und endete in einer schriftlichen Vereinbarung. Ihre Verabschiedung geschah einstimmig! In einem Festakt unterzeichneten alle Mitglieder der beteiligten fünf Kirchenvorstände das Papier, das die Kirchengemeinden der Ortschaften Theilenhofen, Dornhausen, Gundelsheim, Wachstein und Wachenhofen in die Pfarrei Theilenhofen zusammenführt.

Das Stichwort Beratung taucht hier auf: Erst die kompetente Beratung durch qualifizierte Kräfte der Gemeindeakademie Rummelsberg konnte das Gespräch über zukünftige Zusammenarbeit fördern und die Gleichwertigkeit aller Beteiligten verstehen und behagen helfen. Ängste wichen. Auf dieser Basis wuchs ein Gebilde, das die Ansprüche der Gemeinden formulierte und zueinander in Beziehung brachte. Als in einem der Zwischenschritte die Frage der Sonntagsgottesdienste für die einzelnen Gemeinden befriedigend geklärt war, kam auch in die anderen Bereiche Bewegung.

ERGEBNIS

In den beiden größeren Ortschaften feiert die Gemeinde jeden zweiten Sonntag Gottesdienst, in den drei kleineren jeden dritten; an Festtagen wird in vier Kirchen zum Gottesdienst geläutet. Möglich wird dieses Angebot mit Hilfe der Kollegen aus der Stadt und der vielen Lektorinnen und Lektoren. Daneben wird nun die Mobilität der Gemeindeglieder beansprucht, von der eigenen Ortschaft sich ins Nachbardorf zu bewegen. Das ist bei der langen Tradition evangelischer Gottesdienste in allen dieser 5 Kirchen schon ein Schritt, zu dem sich die Gemeindeglieder erst überwinden müssen. Menschen im ländlichen Raum sind es zwar gewohnt, für viele Dienstleistungen erst das Auto bewegen zu müssen. Aber „Kirche“ und Gottesdienst waren – zumindest in dieser Gegend Frankens – davon ausgenommen. Gilt auch ihnen der weise Spruch von Ruth Rau: „Wenn du dich aber wandelst, kann Neues werden“ ?

Mit dem Abschluss der Vereinbarung sind nun alle fünf Ortschaften mit ihren Kirchen und Kirchengemeinden zu einem großen Schatz zusammen gewachsen. Pfarrer Gert Sommerfeld hat das Leitbild (gemäß Joh 14,2) von dem einen großen Haus mit vielen Zimmern geprägt: Zusammen sind wir groß genug und zukunftsfähig. Dabei darf jede Kirchengemeinde sie selbst bleiben! Es gibt ein Wohnzimmer, in dem sich das Miteinander abspielt, und daneben hat jede Gemeinde ihr eigenes kleines Zimmer.

Auch den Alltag des Gemeindelebens lässt die gegenseitige Wertschätzung nach und nach gelingen: Konfirmanden und Präparanden aus allen fünf Gemeinden kommen in einem der Gemeindehäuser zusammen, so dass in einigen Jahren wie selbstverständlich von „unserer Pfarrei“ gesprochen werden wird. Hoffentlich geht bis dahin von dem „Reichtum“ (Originalton Sommerfeld) nichts verloren, der die fünf Gemeinden heute auszeichnet:

5 Kirchen, 4 Gemeindehäuser, 4 Posaunenchoräle mit über 130 Bläserinnen und Bläsern aller Altersgruppen, 2 Kirchenchöre (40 Sängerinnen und Sänger), 4 Liturgische Chöre, 4 Kindergottesdienst-Team-Gruppen (ca. 25 Mitglieder), 2 Jungschargruppen (40 Kinder), 2 Gruppen der Ev. Landjugend (25 Jugendliche), 2 Frauenkreise, 2 Seniorenkreise, 4 Organisten, 5 Mesner, 5 Reinigungskräfte. (Neben den Ehrenamtlichen gibt es nur nebenamtlich Tätige.)

Allerdings stehen auch fünf Bauprojekte an, je Gemeinde eines. Dazu zählt das ehemalige, jetzt überzählige und unverkäufliche Pfarrhaus, bei dem einer Vermietung eine kostspielige Renovierung vorausgehen müsste.

Die finanzielle Lage ist insgesamt noch ausgeglichen. Gert Sommerfeld hofft, dass die Kirchenleitung die wirkliche Situation einschätzen kann und den besonderen Bedürfnissen und Anstrengungen eine adäquate Zuweisung aus dem Haushalt der Allgemeinen Kirchenkasse genehmigt. Seitens der Gemeinden ist

Personaleinsparung auf der Ebene der Hauptamtlichen geleistet.

FÜR'S LAND ZU HOCH QUALIFIZIERT?

Ekklesiologisch gesehen ist das neue Zusammenspiel dieser fünf Dörfer mit ihren Prägungen und ihrer jeweiligen Geschichte ein Modell für das Zusammenleben; denn mit dem Blick der Liebe und Wertschätzung können aus der Geschichte tradierte Ressentiments überwunden werden. Das Miteinander wird zum Gewinn, auch wenn für viele der Menschen in den Gemeinden zunächst das Verlustempfinden stärker ist als das Lustempfinden.

Insgesamt praktizieren die Menschen in den genannten Dörfern, was Günter Kehler in seinem Plädoyer für die Ortskirchengemeinde schreibt: „Christli-

cher Glaube ist auf Veränderung gerichtet, aber diese Veränderungen müssen aus dem Bewusstsein, aus der reflektierten Erfahrung des Ungenügenden resultieren.“

Zum Schluss noch zwei Bemerkungen zur Person des Pfarrers dieser fünf Gemeinden in neuer Zusammenarbeit. Diese Aufgabe erfordert eine hochqualifizierte Persönlichkeit mit theologischer, spiritueller, seelsorgerlicher und organisatorischer Kompetenz. Es kann nicht so sein, wie ihm einmal gesagt wurde, dass er für die Arbeit auf dem Lande viel zu hoch qualifiziert sei. Er widmet sich nach eigenen Aussagen den Menschen sehr gerne: „Sie sind mir das Engagement wert“. <<

BEATE STRAETER

Kirchenasyl auf dem Land

„Die Frau hat ein Martyrium hinter sich. Ihre gesamte Familie ist 1990 bei Überfällen umgekommen. Wir haben sie in unserem Dorf, wo sie als Asylbewerberin lebt, freundlich aufgenommen. Ihr Sohn, 9 Jahre, geht hier erstmals zur Schule, weil er sich in seinem ganzen bisherigen Leben verstecken musste ...“

So beginnt ein Brief aus den letzten Tagen, in dem eine Gemeinde auf dem Land sich nach den Möglichkeiten und Konsequenzen eines Kirchenasyls erkundigt.

Seit mehr als 20 Jahren gewähren Kirchengemeinden Flüchtlingen Zuflucht, die von Abschiebung bedroht sind, um so mögliche Gefahren für Leib und Leben oder unzumutbare menschliche Härten abzuwenden.

Schätzungsweise 500 Gemeinden haben in diesem Zeitraum zum Teil mehrfach Kirchenasyl gewährt. Etwa ein Drittel davon sind Gemeinden im ländlichen Raum. Unter den Kirchenasylen in den neuen Bundesländern ist dieser Anteil noch höher.

Was macht die Besonderheit eines Kirchenasyl auf dem Land aus? Gibt es hier überhaupt Unterschiede zur Stadt?

SITUATION: FREMDE AUF DEM LAND

Unterschiede bestehen bereits vor einem Kirchenasyl. Sie liegen in der spezifischen Situation, die das Leben in einem Dorf oder in einer ländlichen Kleinstadt sowohl für Flüchtlinge und Asylsuchende als auch für die Einheimischen bedeutet.

Ulf Häbel berichtet in der Veröffentlichung „Fremde auf dem Land“ darüber, was das Leben auf dem Land für Flüchtlinge und Asylsuchende oftmals besonders schwierig macht:

Es bedeutet eine vergleichsweise größere Öffentlichkeit. Dies kann zu Solidarität und Zusammenhalt führen, jedoch genauso zur Ausgrenzung von Menschen, die als nicht dazugehörig empfunden werden. Diese Erfahrung machten Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg, die in Dörfer zuzogen. War die Integration in die Gemeinschaft bei Menschen der gleichen Sprache und Religion schon ein langer und mühsamer Prozess, so liegt es auf der Hand, dass Menschen unterschiedlicher Kultur und Sprache es hier um ein Vielfaches schwerer haben. Hinzu kommt: Auch das Land ist dem wirtschaftlichen und sozialen Wandel unterworfen. Traditionelle Strukturen lösen sich teilweise auf, Mobilität ist auch von der Landbevölkerung gefordert, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. In dieser Situation kann der Zuzug von Asylsuchenden als ein zusätzliches Moment der Bedrohung und Verunsicherung erlebt werden.

HINDERNISSE FÜR INTEGRATION

Erschwerend für ein gutes Zusammenleben wirken die besonderen Bedingungen, unter denen Asylsuchende zu leben gezwungen sind.

Die Unterbringung in einer Sammelunterkunft weitab von einer größeren Stadt verschärft für viele Flüchtlinge und Asylsuchende ihre ohnehin angespannte Situation. Als zu Beginn der 60er Jahre die Asylbewerberzahlen schnell anstiegen und ohne Vorbereitung Gruppen von Flüchtlingen überall in Deutschland untergebracht wurden, regte sich nicht selten massiver Widerstand: Zum einen von den Flüchtlingen selbst, die sich besonders in den Hochzeiten fremdenfeindlicher Übergriffe Anfang der 90er Jahre sogar schon einmal mit einem Kirchenasyl gegen eine Umverteilung nach Ostdeutschland wehrten, auf der anderen Seite auch durch die Einwohner, die mit Bürgerinitiativen und Protestaktionen verhindern wollten, dass Asylbewerber in ihren Ort zogen.

Dies ist jedoch nicht zwangsläufig so. Almut Berger, die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, berichtet von durchaus gelungenen Beispielen, wo selbst in kleinen Dörfern gute Kontakte zu Gemeinschaftsunterkünften bestehen. Dies gelingt ihrer Erfahrung nach meist dann, wenn es in den Heimen eine gute Sozialarbeit und Ansprechpartner in der Kommune gibt.

Für die Flüchtlinge selbst bringt eine Unterbringung auf dem Land unabhängig von der Haltung ihrer Umgebung zahlreiche Schwierigkeiten mit sich. Aufgrund ihrer eingeschränkten Bewegungsfreiheit sind die Kontakte zu Angehörigen der eigenen community deutlich schwerer als in einer größeren Stadt. Preiswerte Einkäufe für größere Familien sind ohne eigenes Auto kaum zu bewerkstelligen. Der Zugang zu Fachanwältinnen für Fragen des Asylrechts und zu Beratungsstellen ist wesentlich schwieriger als in der Stadt, da das Netz geeigneter Ansprechpartner auf dem Land sehr viel weitmaschiger ist, sofern es überhaupt existiert. Die Begleitung durch eine Beratungsstelle und eine gute anwaltliche Vertretung sind jedoch für das Betreiben

» In einer kleinen Stadt im Sauerland kam bei einem Kirchenasyl für zwei junge kurdische Flüchtlinge die Schulklasse der beiden Jungen zum Unterricht in die Kirche, damit die beiden Jungen weiterhin unterrichtet werden konnten. «

eines Asylverfahrens bei den meisten Flüchtlingen unbedingt nötig.

Häufig werden Asylsuchende in Gebäuden untergebracht, die vorher schon stigmatisiert waren. In den neuen Ländern waren dies nicht selten ehemalige Kasernen. Von externen Firmen betrieben, dienten die Unterbringungen meist der Gewinnmaximierung der Betreiber, was immer wieder zu menschenunwürdigen Lebensbedingungen für die Bewohner führte. Das Personal wurde häufig mitgebracht und bestand nicht aus einheimischen Arbeitskräften. Hierdurch und durch das Arbeitsverbot für die Flüchtlinge kam es kaum zu Kontakten, was Ängste und Vorurteile weiter schürte. Dies ist jedoch nicht automatisch und in jedem Fall so gewesen: Eine gute Vorbereitung, ein Dialog mit den Einheimischen, eine Organisation der Unterbringung, bei der die Flüchtlinge nicht wie Kriminelle bewacht werden, sondern wo für eine soziale Betreuung und Berührungspunkte mit den Dorfbewohnern gesorgt ist – auch dafür gibt es zahlreiche gelungene Beispiele.

BEEINDRUCKENDE SOLIDARITÄT

Kirchenasyle in Landgemeinden, so geht es aus den Berichten hervor, die uns zur Verfügung stehen, können ganz unterschiedlich aussehen. Ob es eine verzweifelte Afrikanerin mit ihrem Kleinkind aus einer Unterkunft ist, der die Abschiebung droht und die nun beim Pfarrer vor der Tür steht, ohne jemals vorher Kontakt im Ort gehabt zu haben, oder die vietnamesische Familie, die schon seit vielen Jahren gut integriert im Ort lebt, oder die Familie aus dem Kosovo, deren Sohn in der örtlichen Fußballmannschaft unverzichtbar ist: Die jeweiligen Verbindungen zur einheimischen Bevölkerung und ihr Engagement werden hier unterschiedlich ausfallen. Mein Eindruck ist: Wo Kontakte bereits bestehen und Integration gelungen ist, da werden Kirchenasyle in teilweise überwältigender Einmütigkeit unterstützt. Da werden Unterschriften gesammelt, Kommunalpolitiker aller Parteien setzen sich für die Flüchtlinge ein.

Am Beispiel der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge berichtet Ulf Häbel, wie groß die Hilfsbereitschaft und Unterstützung in Regionen außerhalb der Ballungsgebiete sein kann. Ursachen sieht er darin, dass bei dieser Gruppe durch die Berichterstattung in den Medien deutlich mehr Verständnis für die Fluchtgründe vorlag und sie, anders als Asylsuchende, durch die Möglichkeit der Erwerbsarbeit schneller integriert wurden. Auch Kirchenasyle auf dem Land scheinen da, wo die Flüchtlinge im Ort bekannt sind und ein Zusammenleben bereits vorher stattfand, von beeindruckender Solidarität und Engagement geprägt.

In einer kleinen Stadt im Sauerland kam bei einem Kirchenasyl für zwei junge kurdische Flüchtlinge die Schulklasse der beiden Jungen zum Unterricht in die Kirche, damit die beiden Jungen weiterhin unterrichtet werden konnten.

DIE BESONDERE ROLLE DER KIRCHEN

Der Kirchengemeinde am Ort kommt im ländlichen Raum eine besondere Rolle für die Gestaltung des Zusammenlebens mit Flüchtlingen zu, nicht erst dann, wenn es zu einem Kirchenasyl gekommen ist.

Die Organisation von Runden Tischen, bei denen es zu Begegnungen zwischen Asylsuchenden und Einheimischen kommt, der Kontakt zu Asylsuchenden, die in Unterkünften leben, der Aufbau von Beratungsstrukturen, Informationsveranstaltungen, am besten gemeinsam mit Flüchtlingen- all dies kann dazu beitragen, Konflikte zu verhindern und ein Zusammenleben zu befördern. Meist verfügen die Landeskirchen und Diakonischen Werke über Ansprechpartner, die hierbei unterstützen und beraten können.

Ebenso von hoher Bedeutung ist die Einbindung von Ortsautoritäten wie Bürgermeister und Ortsvorständen.

Wenn ein Kirchenasyl notwendig wird, ist es ohnehin wichtig, soweit wie möglich die Unterstützung aus der Kommunalpolitik und örtlichen Meinungsträgern zu gewinnen.

PRAKTISCHE RATSCHLÄGE ZUM KIRCHENASYL

Die Gewährung des Kirchenasyls muss vom Presbyterium beschlossen werden, in katholischen Gemeinden hat der Pfarrer die letzte Entscheidung, wird sich aber sicher der Unterstützung seines Pfarrgemeindefrats versichern.

Bevor die Gemeindeleitung über ein Kirchenasyl entscheidet, ist es unerlässlich, dass mit einem auf das Asylrecht spezialisierten Anwalt – am besten in Zusammenarbeit mit einer Beratungsstelle – die rechtliche Situation der Flüchtlinge, die Perspektive und das Ziel des Kirchenasyls geklärt werden.

Die Aufnahme der Flüchtlinge ist der zuständigen Ausländerbehörde zu melden. Ein Kirchenasyl ist kein Verstecken der Flüchtlinge, sondern der Versuch, Aufschub für eine erneute rechtliche Prüfung zu schaffen.

Kirchenasyl ist immer ein Provisorium und von Ort zu Ort unterschiedlich. Trotzdem kann man auf Grund der Erfahrungen in den letzten Jahren einige Anregungen geben:

Neben geeigneten Räumlichkeiten – was nur noch selten die Kirche, sondern meist Gemeinderäume sind – sollten genügend Menschen für die Versorgung und Unterstützung der Flüchtlinge zur Verfügung stehen.

Da Flüchtlinge im Kirchenasyl nicht krankensichert sind, sollte man nach Möglichkeit Ärzte kennen, die bereit sind, im Notfall ohne Entgelt zu behandeln. In der Regel ist es nicht sehr schwierig, die nötige finanzielle Unterstützung für den Unterhalt der Flüchtlinge zu organisieren. Es kommt darauf an, die verschiedenen Aufgaben auf möglichst viele Schultern zu verteilen. Es empfiehlt sich, dass ein oder zwei Menschen sich auf die Begleitung des Verfahrens und die rechtlichen Aspekte konzentrieren und in ständigem Kontakt zu den Behörden bleiben. Darüber hinaus ist bei einem öffentlichen Kirchenasyl eine gute Öffentlichkeitsarbeit wichtig.

All dies kann hier nur angerissen werden. Für den konkreten Fall ist der Kontakt zu einem Mitglied der verschiedenen Kirchenasyl-Netzwerke und Arbeitskreise zu empfehlen. Über die Geschäftsstelle der „Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche“ kann eine erste Beratung und die Vermittlung von Kontakten vor Ort erfolgen. Dort können auch Broschüren und weiteres Material bestellt werden. <<

» KONTAKT:

Internet: www.kirchenasyl.de.

Beate Sträter

Ökumenische BAG Asyl in der Kirche

Berliner Freiheit 16, 53111 Bonn

Tel: 0228-965 03 42

e-mail: info@kirchenasyl.de

Zwischen den Generationen

Wie werden die Grenzen zwischen den Generationen überwunden?

Diese Frage stellten sich vor nahezu drei Jahren Freundinnen und Freunde der Hohenloher-Aktivgruppe 60 + -. Wir sind eine aktive und uns selbst bestimmende Gruppe, konfessionell und politisch unabhängig, alle um die 60 Jahre. Wir sprechen Menschen an, die im Übergang vom Erwerbsleben zum Ruhestand stehen, oder die dort bereits angekommen sind.

Auf herkömmliche Vereinsstrukturen haben wir bewusst verzichtet, um als lose Personenvereinigung ein breites und freiheitliches Forum für unterschiedliche Begegnungen anbieten zu können und uns nicht, wie viele Vereine, nur einer bzw. wenigen Aktivitäten zuzuwenden.

Menschen, die bei uns aktiv sind, organisieren für sich und andere ehrenamtlich verschiedene Aktivitäten, z.B.

- >> Vorträge aus allen Lebensbereichen
- >> einen ständigen Gesprächskreis
- >> Studienfahrten im Inland und Ausland
- >> Wochenendseminare mit aktuellen Themen
- >> Gesellige Veranstaltungen
- >> Besuche von Museen und Konzerten
- >> Bus-Rundfahrten (z.B. heimatkundliche Hohenlohe-Rundfahrten mit Führung)
- >> Wanderungen aller Art
- >> und seit 23.07.2001 die neue Projekt-Reihe „Generationen im Gespräch“.

MIT NEUGIER UND ZWEITEM FRÜHSTÜCK

In unserem Gesprächskreis, der sich einmal im Monat trifft, hatten wir in einem mehr allgemein gehaltenen Gespräch die „Generationenfrage“ angesprochen und bald festgestellt, dass wir ohne eine partnerschaftliche Beteiligung der Gegenseite nur Vorurteile bedienen, aber keinen sachgerechten und lebendigen

Austausch von unterschiedlichen Argumenten haben können.

Ein Religionslehrer, der an Öhringer Gymnasien unterrichtet, wurde von uns gebeten, die Bereitschaft der Schüler zu testen, mit uns Älteren in ein Gespräch über ein Generationen übergreifendes Thema einzutreten. Und siehe da: Unser Vorstoß wurde mit großem Interesse aufgenommen.

Wir haben uns dann sehr intensiv überlegt: Was können wir den jungen Menschen als Gesprächsthema vorschlagen? Was interessiert die durchschnittlich 18-jährigen Schülerinnen und Schüler? Schließlich haben wir dann das Thema „Lebensentwürfe und Lebenswege“ vorgeschlagen, einmal aus der Sicht und Lebenserfahrung der Älteren, die sagen konnten aber nicht mussten, was aus ihren Entwürfen oder Träumen geworden war – eine sehr persönliche Herausforderung an uns Ältere, sich zu dem zu bekennen, was gelungen ist in unserem Leben, aber auch zu Fehlern und Versagen.

Den Schülern blieb der Bericht über den Erfolg ihrer Lebensentwürfe naturgemäß erspart, dafür taten sie sich schwerer, überhaupt ein tragfähiges Konzept für ihr Leben zu entwickeln.

Es gab für sie zu viel Unsicherheiten, z.B. ist das Fach, das ich studieren möchte, nach dem Abschluss überhaupt noch zukunftsfähig? Muss ich mich eventuell während des Studiums umorientieren?

Begonnen haben wir das Treffen mit großer Neugier auf den Verlauf und vor allem mit einem zweiten Frühstück, wozu wir unsere jungen Gesprächspartner ein-

» Ich habe mich erstmalig von Älteren verstanden und angenommen gefühlt. Mit meiner Oma und meinem Opa kann ich nicht so sprechen wie mit euch. «

geladen hatten. Dieser Einstieg war goldrichtig, weil sich schon während des Frühstücks „Jung und Alt“ auf unkomplizierte Art näher kamen.

Danach haben wir uns in Kleingruppen zu viert – je zwei Ältere und zwei Junge – aufgeteilt.

Für dieses Achtaugengespräch haben wir eine Stunde angesetzt und dann mit einer Schlussrunde von ca. 30 Minuten das Treffen abgeschlossen.

RESÜMEE

Eine 18-jährige Schülerin sagte in der Schlussrunde: „Ich habe mich erstmalig von Älteren verstanden und angenommen gefühlt. Mit meiner Oma und meinem Opa kann ich nicht so sprechen wie mit euch.“ „Ich bin überrascht, was ich hier an interessanten Lebensgeschichten gehört habe.“, äußerte ein gleichaltriger Gymnasiast und fügte etwas nachdenklich hinzu: „Wie einfach wir es heute oft haben.“ Ihm sei deutlich geworden, dass es im Leben auch ohne Auto und Handy gehe.

„Dafür habt ihr es an anderer Stelle schwerer“, erwiderten viele der Älteren.

Nach drei Stunden Beisammensein in entspannter Atmosphäre hieß es übereinstimmend: Wir möchten mehr von einander erfahren, dieses Gespräch sollten wir fortführen!

Zurück zur Eingangsfrage: „Wie werden die Grenzen zwischen den Generationen überwunden?“

Aus der Erfahrung dieses Gesprächs und den anderen, die folgten, sagen wir: Nur durch gegenseitige Wahrnehmung und ehrlichen und vorurteilsfreien Gedankenaustausch.

Wir Älteren haben gegenüber den nachfolgenden Generationen eine große Verantwortung, Erfahrungen weiterzugeben.

Eine weitere wichtige Erfahrung haben wir Älteren gemacht: Der „Krieg zwischen den Generationen“ findet nur in den Köpfen von sensationslüsternen Autoren statt, kaum aber in der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Vielmehr besteht ein großes Interesse an der jeweiligen Lebenssituation und Befindlichkeit der anderen Generation.

Die Älteren haben hier eine Bringschuld, sie sollten auf die Jugendlichen zugehen. Wenn sie das in nicht besserwisserischer Weise tun, dann hat ein solches Bemühen Erfolg.

Die Hohenloher-Aktivgruppe bietet seit 2001 jedes Jahr ein solches Treffen an, von Jahr zu Jahr kommen immer mehr Gesprächspartner dazu.

Weitere Themen lauteten: „Wie stellen wir uns die Zukunft vor?“ und „Kindheit und Jugend im Dritten Reich“.

Dieses Jahr ist im Hinblick auf die sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft das Thema angedacht: „Soziale Sicherheit im Alter – ein erreichbares Ziel“

FÜR UNS GILT FOLGENDE DEVISE:

Zusammenkommen ist ein Beginn,
Zusammenbleiben ist ein Fortschritt,
Zusammenarbeiten ist ein Erfolg! «

Nebenan – doch Welten trennten uns Frauen

Leben als Nachbarinnen hat Folgen, wenn es nicht nur Anspruch bleibt. Frauen, die über familiäre Bindungen schon von Kindheit an im Landkreis verwurzelt sind, und Frauen, die sich über Erwerbstätigkeit hier beheimatet haben, wurden aufmerksam auf Frauen, die in der Nachbarschaft anders leben.

Der internationale Frauentag, der Weltgebetstag und der Kreis-Landfrauentag im Jahr 2003 boten den Auftakt zum öffentlichen Blick auf fremde Frauen unter uns. Von diesen Großveranstaltungen ging die Werbung zur Teilnahme an einem Frauenprojekt aus. Im Mai konnte der interkulturelle Gesprächskreis für Frauen im Kreis Altenkirchen beginnen.

Im Trägerverbund von Diakonischem Werk und Ev. Landjugendakademie wurden Vorbereitung und Konzeption in einem interkulturell zusammengesetzten Leitungsteam erarbeitet. Aus dem Frauencub der Russlanddeutschen, der interkulturellen Frauengruppe und den traditionell verankerten Frauenverbänden im Land- und Kirchenkreis Altenkirchen fanden sich Frauen zur Mitarbeit bereit.

Die Beteiligung von Anfang an hat sich als wesentlich für den Erfolg erwiesen. Jedes der zwölf Treffen hatte ein Thema, das ganze Projekt drei inhaltliche Schwerpunkte.

- » Gruppeninterner Prozess zur Annäherung, Alltagskultur, Vorurteilsbildung, Geschlechtergerechtigkeit
- » Geschichte Deutschlands im Zentrum von Europa, religiöse Wertesysteme, Buchreligionen in Zentraleuropa
- » Politische Grundstruktur, Landespolitik und Kommunalpolitik

Die Sprachprobleme wurden gruppenintern durch Übersetzung relativiert oder in nonverbaler Verständigung konstruktiv akzeptiert.

Von der Analphabetin bis zur Fachärztin, vom Mädchen bis zur Oma, von Mexiko bis zur nördlichen Altei-Region, von „gerade dem Landkreis zugewiesen“ bis „schon seit Generationen familiär in der Region verwurzelt“ ließen sich die Bögen spannen, sollten die Brücken führen. In einem Landkreis leben die Teilnehmerinnen, doch Welten trennen ihre Biographien und Alltage.

Das Projekt setzt den Willen zur Integration und das Bedürfnis, sich besser kennen zu lernen, in die Tat um. Zwei Studienfahrten wurden gemeinsam erlebt.

Als Vertiefung der inhaltlichen Arbeit von Mai bis Juli besuchte die Frauengruppe die Ausstellung „Ex oriente“ in Aachen. Dort traf sie auch eine zum Islam konvertierte Christin als Vertreterin der interreligiösen Frauengruppe zum Gespräch im Islamischen Zentrum Aachen e.V.

Die zweite Studienfahrt führte nach Mainz zum Besuch des Landtages und einer Gesprächsrunde mit der Beauftragten für die Arbeit mit ausländischen Mitbürgern in Rheinland Pfalz.

Leider musste die Frauengruppe die Erfahrung machen, dass keine der Ausländerrinnen, die eine Genehmigung zum Verlassen des zugewiesenen Aufenthaltsbereiches beantragen musste, an den Studienfahrten teilnehmen durfte.

Der ungeklärte Aufenthaltstatus fördert eben nicht die Integration. <<

WILLI HEIDTMANN

ALTE GRENZEN – NEUE HORIZONTE

Der griechische Philosoph Sokrates führte mit einem Schüler einen Dialog, der uns durch Plato als ‚Höhlengleichnis‘ bekannt ist. Sein Inhalt: Eine Gruppe angeketteter Menschen lebt sitzend in einer Höhle derart, dass ihr Blick nur auf die Wand vor ihnen möglich ist. An der Wand bewegen sich Schatten, deren Ursache wohl der Erzähler kennt – sie machen keinen Sinn – nicht aber die Betrachter in der Höhle. Die Kultur der Höhlenbewohner besteht darin, die Schatten zu deuten und so in ihrem Leben einen Sinn zu entdecken.

Nun wird einer der Bewohner von der Fessel befreit und gewaltsam aus der Höhle gezerrt. Zwar ist er zunächst vom Licht der Sonne geblendet, aber dann erkennt er doch die grenzenlose Weite des Himmels und die überwältigende Schönheit der Natur. Was nun? Er müsste zurück zu den Gefesselten in der Höhle, ihnen von der wunderbaren Welt berichten und sie aus ihrer erbärmlichen Lage befreien. Dann kommen ihm Zweifel: Würden sie ihm das abnehmen? Wären sie überhaupt bereit, sich in ihrer zugegeben erbärmlichen Lebenslage – eine andere kennen sie nicht – stören zu lassen? Sie würden ihn vermutlich erschlagen.

Diese alte Parabel spiegelt sich in den Ereignissen der Gegenwart: Es zeigen sich vergleichbare Verhaltensmuster im Umgang mit Grenzen.

Vor gut vierzig Jahren gerieten viele Bauernhöfe wirtschaftlich und sozial zunehmend unter Druck. Was sich in Jahrhunderten stabilisiert hatte, stieß nun an Grenzen, erforderte neue Lösungen. Ich denke an die schmucken Dörfer im Sauerland: Viele Höfe konnten sich in beengten Ortslagen nicht mehr entwickeln; die Flächenausstattung der Betriebe war unzureichend und angesichts langer Erbsitten stark zersplittert. So wurden damals Betriebe in die Gemarkung ausgesiedelt, die Flächen flurbereinigt und mit einer modernen Infrastruktur erschlossen.

Der neue Horizont des bäuerlichen Lebens war oft nur gegen harten Widerstand durchzusetzen. Das Erbe stand auf dem Spiel, und was die Zukunft brachte, dafür wollte niemand seine Hand zum Schwur erheben. Nach Jahren aber war wieder alles zu eng geworden, weil sich Agrartechnik und Preise schneller anders entwickelt hatten als angenommen. Etwa zehn Jahre später folgten landauf und landab Kommunalreformen - auch hier z.T. heftiger Widerstand. Nun haben auch das Treffen die Kirchen damit begonnen, Gemeinden zusammenzulegen und sich für die Zukunft neu aufzustellen.

Allenthalben fallen alte Grenzen; auch andere Institutionen und Organisationen im ländlichen Raum sind davon erfasst. Ob dadurch neue Horizonte in den Blick kommen, wird die Zukunft zeigen. Im Unterschied zu der antiken Parabel, in der der Himmel noch sicher war, kann heute keiner mehr sagen, ob die Reformen das gesteckte Ziel auch erreichen. Deshalb stehen uns die Höhlenbewohner von einst manchmal näher, als wir denken.

Offene Kirchen – Faktor im Landtourismus

Stralsund. Die Entwicklung des Landtourismus war Thema der ersten landesweiten Konferenz „Kirche und ländlicher Tourismus“, die in Stralsund vom Greifswalder Bischof Hans-Jürgen Abromeit und dem Landwirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns, Till Backhaus (SPD), eröffnet wurde.

Die Tagung war das erste Forum in Mecklenburg-Vorpommern, auf dem Vertreter von Kirchen, Tourismusverbänden und Wirtschaft gemeinsam nach Entwicklungsmöglichkeiten und Strategien suchten.

130 Teilnehmende aus Tourismusverbänden, der Wirtschaft des Landes und den Kirchen besuchten die von den evangelischen Landeskirchen in Mecklenburg-Vorpommern, dem IHK-Bildungszentrum Stralsund und dem Verein „Landurlaub Mecklenburg-Vorpommern“ organisierte Tagung. Das Projekt „Offene Dorfkirchen“ ist offenbar bestens gerüstet. Etwa 140 Menschen seien bereits für die Kirchenführungen ausgebildet worden, wie Backhaus mitteilte. Die Konferenz diene dem Ziel der Vernetzung von Kirche und Tourismus und der Entwicklung gemeinsamer Angebote. Von den 430 Gotteshäusern der Region sind derzeit 60 akut vom Verfall bedroht. *ju*

Nachwachsende Rohstoffe – ein Politikum

Karlsruhe. Mit dem Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und deren Möglichkeit, die Einkommen im landwirtschaftlichen Bereich zu stabilisieren, befasste sich eine Tagung des Kirchlichen Dienstes auf dem Lande an der Evang. Akademie in Baden.

Dr. Christine Rösch vom Forschungszentrum Karlsruhe stellte heraus, dass bis zu 7% des Primär-Energieverbrauches in Deutschland durch Biomasse gedeckt werden könne. Gegenwärtig würden auf ca. 665 000 ha Energiepflanzen wachsen, die auch dementsprechend genutzt werden.

Das Energieeinspeisungsgesetz des Bundes leiste einen wichtigen ersten Beitrag zur Gewinnung von Bioenergie und zur Stabilisierung der Einkommenssituation, aber nicht nachhaltig genug. Elmar Mattern vom Landesbauernverband Baden-Württemberg wünschte sich von der Politik langfristige, verlässliche Konzepte zur Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen. Die Landwirtschaft sei bereit, der Politik bei der Umsetzung des Kyoto Protokolls zu helfen, Know-how und die Technik seien vorhanden. Was fehle, seien langfristige Planungssicherheit und Vermarktungskonzepte.

Dr. Ruth Brökeland aus Straubing referierte zum Thema: Energetische Nutzung von Getreidekörnern und Halmgutverbrennung. Nach dem Bundesmissionsschutzgesetz (Bimsch) sei die Verbrennung von

Stroh zulässig, aber von Getreidekörnern nicht, weil bei der Verbrennung von Körnern Stickoxide in höherem Masse anfallen, als gesetzlich erlaubt sei.

Hermann Witter

Perspektive Hofübernahme auf der IGW

Berlin. Auf der diesjährigen Internationalen Grünen Woche in Berlin wurde eine Podiumsveranstaltung zur Perspektive Hofübernahme unter das Motto gestellt „Wer macht die Landwirtschaft von morgen?“. Der Vorsitzende der Kirchlichen Dienste auf dem Lande in der EKD (ADL), Clemens Dirscherl, machte die unzuverlässigen politischen Rahmenbedingungen wie das verzerrte Image des landwirtschaftlichen Berufes dafür verantwortlich, dass sich junge Leute heute mit einer Entscheidung für die Hofübernahme schwer täten. Am Gespräch beteiligt waren der Deutsche Bauernverband, der Europäische Verband Junger Landwirte, der Bund Deutscher Landjugend sowie das Bundeslandwirtschaftsministerium. Auch ein positives Selbst- und Fremdbild, so wurde festgehalten, beeinflussten die Entscheidung junger Menschen zur Hofübernahme. *ju*

» I M P R E S S U M

Herausgegeben im Auftrag des Ausschusses für den Dienst auf dem Lande in der Evangelischen Kirche in Deutschland (ADL) vom

Redaktionskreis:

Anemone Bekemeier, Storkow; Clemens Dirscherl, Hohebuch; Willi Heidtmann, Bielefeld; Werner-Christian Jung, Altenkirchen (Redakteur); Ute Rönnebeck, Düsseldorf; Dieter Sonntag, Altenkirchen (Geschäftsführung)

Verlag und Redaktion:

Evangelische Landjugendakademie
Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen/Ww.
Telefon 026 81/95 16-0, Telefax 026 81/7 02 06; E-Mail: kilr@lja.de

Satz: www.bauwerk-design.de, c. liersch

Druck: Mühlsteyn-Druck, Weiselstein 2, 57580 Elben

Die Zeitschrift »Kirche im ländlichen Raum« erscheint vierteljährlich.

Jahresabonnement:

Inland: € 15,00 inkl. Mwst. und Porto; Ausland: € 18,00 inkl. Mwst. und Porto; für Auszubildende und Studenten (mit Beleg): € 10,00; Einzelheft: € 3,75 zzgl. Porto

Bestellungen an den Verlag. Probeexemplare können auf Wunsch zugeschickt werden. Kündigungen sind sechs Wochen vor Jahresende schriftlich mitzuteilen. Manuskripte, redaktionelle Mitteilungen, Rezensionsexemplare werden an die Redaktion erbeten. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

www.lja.de/angebot/kirche.htm

» A u s b l i c k a u f H e f t 2 / 2 0 0 4

ERNTEDANK 2004 – LEBENS Lust

- » Glaube und Lebenslust
- » Wider den Diät-Sadismus
- » Kochlust und Erntedank-Rezept
- » Erntedank-Predigt
- » Liturgische Stücke
- » Verzicht als Lustgewinn
- » Landwirtschaft 2004 – Wenn die Lust vergeht

UNSERE THEMENHEFTE VON A BIS Z:

Abschied und Wandel im Dorf 4/2000 | Im Alter auf dem Lande leben 4/1999 | Anderssein im Dorf – Innensichten, Außensichten 4/2001 | Perspektiven ländlicher Arbeitswelten 1/2000 | Armut 4/1994 | Vom Bauernhof zum Agrarstandort – der künftige Weg 1/1994 | LippenBekenntnis 2/2002 | Soziale Umbrüche – Herausforderung für Seelsorge und Beratung 4/1993 | Dem Land auf der Spur – Bilder, Meditationen, Geschichte SH 1999 | Lebensgrundlage Boden 1/1987 | Vom Weizenkorn zum täglich Brot 3/1997 | Dank und Ernte teilen 3/1996 | Danken – Denken – Handeln. Gottes gute Schöpfung 3/1994 | Zwischen Supermarkt und Direktvermarktung – Erzeuger und Verbraucher 4/1992 | Dorfkirchen 4/2002 | Erd-Boden 1/1998 | Ernährung – mehr als Essen 1/1993 | **ErnteZeiten – Erntedank** 2/2003 | Erntedank-Handreichungen zu den Perikopenreihen ab 1990 | Ernten oder Schätze sammeln? 2/2001 | Erzeuger und Verbraucher zwischen Supermarkt und Direktvermarktung 4/1992 | Grenzenloses Europa zwischen Erwartungen und Sorgen 1/1997 | Das Dorf und die Fremden – Migration in Europa 2/1993 | Land-Frauen 4/1997 | Fünfzig Jahre Landleben – Aufbau, Wachstum, Grenzen 3/1995 | Gärten – ein Stück Paradies? 1/1999 | Gastgeber Land 3/2000 | Grenzland-Landgrenzen 1/2004 | Die Ernte ins Gebet nehmen 2/2000 | In Generationen leben 4/1987 | Lebens-Gemeinschaften auf dem Lande 4/1998 | Schöpfung aus zweiter Hand – Gentechnologie und Landwirtschaft 1/1991 | Gesegnete Mahlzeit 3/1999 | Globalisierung – Weltmarktethik für Land und Leute 2/1998 | Globalisierung der Landwirtschaft aus christlicher Sicht – eine Streitschrift SH/2000 | Grenzenloses Europa 1/1997 | Siehe, es war sehr gut... 3/1988 | Hunger und Handel 2/1991 | LandBlicke – Landschaft im Wandel 1/2003 | Land-Kinder 4/1995 | Kirchenleben vom Land, Ökum. Landjournal SH 2001 | Landfrauen 4/1997 | **Landjugend** 4/2003 | Lebens-Gemeinschaften auf dem Lande 4/1998 | Land-Lernen 2/1997 | LippenBekenntnis 2/2002 | Loben, Bekennen, Teilen 3/1990 | Braucht das Land neue Männer? 4/1990 | Gesegnete Mahlzeit – für alle 3/1999 | Auf der Suche nach neuen Maßstäben 3/1993 | Dem Land auf der Spur – Bilder, Meditationen, Geschichte SH 1999 | Milch-Labyrinth 2/1999 | Tier – Mitgeschöpf oder Produktionsfaktor 2/1987 | Mitgeschöpf Pflanze 1/1995 | Nachhaltigkeit – Ökum. Fragen und Handeln 1/2001 | Entwicklung der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern 2/1992 | Von Bauern, Bildern und Berichten – Landwirtschaft in der öffentlichen Meinung 2/1995 | Aufbruch – Veränderungen in Ost und West 2/1990 | Land-Pfarrer 4/1996 | Mitgeschöpf Pflanze 1/1995 | Pflegenotstand 4/1991 | Psychosoziale Lage – Land des Lächelns 2/1996 | Von Weinstock und Reben 3/2001 | Land zwischen Romantik und Verwertung 1/1996 | Welche Saat geht auf? 3/1992 | Säen, ernten, wundern 3/1998 | Schöpfung aus zweiter Hand – Gentechnologie und Landwirtschaft 1/1991 | Siehe, es war sehr gut... 3/1988 | Spannungsfeld: Land – Wirtschaft SH 1992 | Dem Land auf der Spur – Bilder, Meditationen, Geschichte SH 1999 | Welche Stimmen hat das Land? 3/2002 | Tier – Mitgeschöpf oder Produktionsfaktor 2/1987 | Tierhaltung und Ethik 2/1994 | Soziale Umbrüche – Herausforderung für Seelsorge und Beratung 4/1993 | Lebensspender Wald 1/2002 | Abschied und Wandel im Dorf 4/2000 | **Wasser – Worin sich der Himmel spiegelt** 3/2003 | Weinstock und Reben 3/2001 | Vom Weizenkorn zum täglich Brot 3/1997 | Säen, ernten, wundern 3/1998

Bestellbedingungen:

Aktuelle Hefte kosten € 3,75 zzgl. Porto. Ab 5 Hefte erfolgt der Versand frei. (Staffelpreise)

Hefte, die älter als ein Jahr sind, kosten € 2,- zzgl. Porto (Staffelpreise)